

„Wasser. Kraft. Bayern.“ heißt es am 23. Mai 2019 in Töging am Inn beim 7. Bayerischen WasserkraftForum. Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter lädt hier zu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Lebensadern ein.
Informationen unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de/

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Von links: Landrat Herbert Eckstein, Landrat Thomas Karmasin, Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags; Finanzminister Albert Füracker, Landrat Eberhard Nuß und Dr. Johannes Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbands. Bild: Bayerischer Landkreistag

Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags in Veitshöchheim:

Standortfaktor Fachkräfte

Führende Köpfe aus Wirtschaft und Politik setzten sich bei der zweitägigen Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Veitshöchheim (Landkreis Würzburg) mit der Fachkräftegewinnung auseinander. „Die Versorgung mit Breitband, Mobilfunk, Gesundheits- und anderen Dienstleistungen, aber eben auch die Verfügbarkeit von Fachkräften entscheidet über die Gleichwertigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Regionen. Voraussetzung für die wirtschaftlichen Wachstumsschübe der zurückliegenden Jahre waren überzeugende Standortbedingungen. Das muss auch in Zukunft so bleiben“, betonte Landkreistagspräsident Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf) vor rund 300 Gästen.

„Starke Standortbedingungen sind planbar und eine solide Grundlage für unser aller Zukunft“, betonte Bernreiter. Die Digitalisierung sei die entscheidende Stellschraube einer zukunftsfähigen Daseinsvorsorge und deswegen ein Thema, das der Landkreistag mit aller Kraft vorantreiben werde. „Damit unsere Unternehmen, aber auch die Menschen dort bleiben können, wo sie sind, brauchen wir eine überzeugende Digitalisierungsstrategie“, hob der Präsident hervor.

Digitalisierung auf die Überholspur bringen

Daran arbeite derzeit auch der Bayerische Innovationsring mit Hochdruck. Gemeinsam mit der Staatsregierung wolle man die Digitalisierung der Verwaltung auf die Überholspur bringen. Beispiele sind die „digitale Baugenehmigung“ oder auch das Gemeinschaftsprojekt „digitaler Werkzeugkasten“, mit dem

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

im kommunalen Bereich ist Bernreiter zufolge „eine gute Antwort auf unsere Forderungen“.

Alle Haushalte in Bayern bis 2025 gigabitfähig machen

Schon lange kämpfte der Bayerische Landkreistag für eine leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur und begrüße daher, dass sich der bayerische Koalitionsvertrag dazu bekennt, alle Haushalte in Bayern bis 2025 gigabitfähig zu machen. In der Praxis sehe es freilich nach wie vor etwas anders aus, fuhr der Verbandschef fort.

Die Telekommunikationsunternehmen gäben trotz guter Breitbandförderprogramme des Freistaats Bayern in Orten mit

(Fortsetzung auf Seite 4)

bis März 2020 wichtige Verwaltungsleistungen online gestellt werden sollen.

Förderprogramm

Das hierzu angekündigte Förderprogramm zur digitalen Bereitstellung von Online-Diensten

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Fatales Signal und offene Fragen

„Das Thema ‚Digitalisierung von Schulen‘ ist brisant. Nichts darf dem Zufall überlassen werden. Es geht um die Gleichwertigkeit der Bildungsverhältnisse. Damit die Reise in das digitale Zeitalter an den Schulen nicht mit ungleichen Voraussetzungen stattfindet, müssen bestimmte Grundstrukturen gewährleistet sein“, unterstrich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl, vor Pressevertretern in München.

Konkret beklagt der Bayerische Städtetag eine Unsicherheit über die Förderung der digitalen Schule. Der Bund will künftig bundesweit die Digitalisierung der Schulen fördern, weshalb der Freistaat einen Antragsstopp für Landeszuschüsse verfügt hat. Die Kommunen sehen sich deshalb mit einer Förderlücke konfrontiert.

Viele Kommunen müssten wegen der abrupten Bremsung der Landesförderung Ausschreibungen für die IT-Beschaffung abbrechen. Rathäuser könnten keine Anträge mehr auf Mittel für die digitale Schule stellen, obwohl ursprünglich ein mehrjähriges bayerisches Förderprogramm versprochen war. „Wir sind davon ausgegangen, dass wir mit einer festen Finanzierungspartnerschaft eine durchgängige Kontinuität der Verfügbarkeit von Fördermitteln haben. So können Kommunen nicht planen und vor allem nicht umsetzen“, so Gribl.

Aus seiner Sicht entfaltet der Digitalpakt des Bundes nicht die

beabsichtigte Wirkung, wenn sich Bayern aus der Förderung zurückzieht. Einen nachhaltigen Schub für die Digitalisierung der Schulen werde es nur geben, wenn alle kräftig zusammen finanzieren. „Das digitale Klassenzimmer ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen, damit alle Kinder in allen Regionen gleiche Bildungschancen erhal-



Bernd Buckenhofer und Dr. Kurt Gribl. Bild: GZ

Bayerischer Gemeindetag:

Trinkwasser in Gefahr

Präsident Brandl wirbt in Erding für eine neue Wasserethik

Wasser ist das wichtigste aller Lebensmittel und durch nichts zu ersetzen. Weltweit gewinnt der Zugang zu ausreichend sauberem Trinkwasser sowie der Schutz der Wasserressourcen für die Zukunft der Menschheit und letzten Endes allen Lebens auf der Erde stetig an Bedeutung. Und dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern — im Gegenteil: Die Ressource wird zunehmend knapper, sei es durch den Klimawandel, zunehmende Umweltverschmutzungen oder schlicht Verschwendung, wie Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei einem Pressegespräch in Erding im Rahmen einer Führungskräfte tagung der bayerischen Wasserwirtschaft erläuterte.

„Rettet die Bienen? Ja! Aber rettet auch das Trinkwasser! Denn zum Artenschutz gehört auch der Grundwasserschutz“, machte Brandl deutlich. Vor dem Hintergrund des trockenen Sommers 2018 und seiner befürchteten Wiederholung in diesem Jahr wies er auf drohende Dürreperioden hin, die zu einem verstärkten Bewusstsein um den Wert gesunden Trinkwassers in der Bevölkerung führen werden.

Der Freistaat muss gerade in der Fläche fördern

„Gesundes, hygienisch einwandfreies Trinkwasser gibt es nur, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger hinter den kommunalen Versorgern stehen und diese weiter achten. Dazu gehört auch, zu akzeptieren, dass die millionenschweren Investitionen in zukunftsfähige, technisch einwandfreie Wasserver-

sorgungen über Gebühren und Beiträge finanziert werden müssen. Und der Freistaat muss auch weiterhin bereit sein, gerade in der Fläche zu fördern“, unterstrich Brandl.

Warnung vor Privatisierung des Wassermarktes

Der Gemeindetagschef warnte in diesem Zusammenhang vor einer Privatisierung des Wassermarktes, „einem veritablen öko-

durch externe Schadstoffeinträge in Gefahr, wie der Präsident hervorhob. Grundwasservorkommen in der Nähe landwirtschaftlicher Nutzflächen seien hier oft besonders hohen Belastungen ausgesetzt.

Nitratbelastung

Dabei gehört Nitrat in immer mehr Regionen zu den Stoffen, die die Grundwasservorkommen am stärksten belasten. Auf 30 Prozent der Landesfläche liegt die Belastung im Grundwasser bereits über 50 Milligramm Nitrat pro Liter, betonte Friedrich Zapf, Werkleiter der Reckenberg-Gruppe, Gunzenhausen. Aber auch Pflanzenschutzmittel, die zur Ertragsicherung eingesetzt werden, hätten ebenso unerwünschte Folgen wie Rückstände von Medikamenten oder Mikroplastik durch Folien im Landbau.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Von links: Maximilian Schober, Maximilian Gotz, Dr. Uwe Brandl, Dr. Juliane Thimet, Friedrich Zapf. Bild: DK

nomischen Markt mit der Möglichkeit hoher Gewinne“. Während in Deutschland die Versorgung mit Trinkwasser in bester Qualität eine Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und damit überwiegend in kommunaler Hand liegt, witterten internationale Konzerne im Zuge der Globalisierung und Privatisierung mit der kostbaren Ressource Wasser ein lukratives Geschäft für die Zukunft. In Deutschland werde damit ein Gewinn von 14 Milliarden Euro erzielt. „Wasser ist kein Handelsgut, sondern Lebensmittel. So muss es bleiben“, stellte Brandl fest.

In Deutschland wird der Großteil des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Doch mittlerweile ist die natürliche Grundwasserqualität immer häufiger



Der Sieg der Oberflächlichkeit – sichtbar am scheinbar zu schwierigen Matheabitur – betrachtet der Bürgermeister als direkten Angriff auf unsere Werte, unsere Zivilisation und unsere Demokratie, denn eine aufgeklärte Gesellschaft lebt von einer fundierten Meinungsbildung. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

BGH: Kommunales Amtsblatt darf freie Presse nicht gefährden	Seite 2
Frauen in die Politik!	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Die Bewahrung der Schöpfung ist eine Gesellschaftsaufgabe	3
bvv-Landestagung: Gelebte Diversität	4
Digitalisierung: Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz	5
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	6 - 10
Zusammenarbeit in der einen Welt	11
Abfall • Entsorgung	12
Sicherheit • Katastrophenschutz • Extremwetterereignisse	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Bayerische Staatsregierung zum Finanzausgleich 2019:

Fairer Partner der Kommunen

Der Innenausschuss im Bayerischen Landtag hat über den staatlichen Finanzausgleich abgestimmt. Für die CSU ist das Ergebnis ein Beweis für faire Partnerschaft, die SPD hingegen fordert „Kommunen müssen mehr vom Steuerkuchen abbekommen“.

Der kommunale Finanzausgleich 2019 soll die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen verbessern und ihre Investitionskraft stärken. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist die Finanzentwicklung der Kommunen weiterhin sehr positiv und günstiger als die des Staates. Beweis dafür ist beispielsweise der Anstieg der Steuereinnahmen von 2008 bis 2017 in den Kommunen um 42 Prozent. Der des Staates beträgt nach dem Länderfinanzausgleich nur 36 Prozent. Im Jahr 2016 konnten die Gemeinden zudem mehr als 21 Prozent ihrer Gesamteinnahmen oder über 7,7 Mrd. Euro für freiwillige Aufgaben ausgeben. Das ist ein Beleg für eine kraftvolle kommunale Selbstverwaltung. Der Ausblick auf das Jahr 2019 lässt keine Verschiebungen zulasten der Kommunen erkennen. Die Analyse ist ausführlich in der Begründung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2019 dargestellt. Sie belegt, dass keine Verteilungsdefizite zulasten der Kommunen bestehen. Auch im Ländervergleich ist die Finanzlage der bayerischen Kommunen sehr gut. So haben sie seit Jahren mit Abstand die höchste Investitionsquote. 2017 lag sie in Bayern über 21 Prozent. Im Durchschnitt der westlichen Flächenländer ergaben sich gerade mal 13 Prozent.

Einigung mit Spitzenverbänden

Das gesetzlich vorgeschriebene Erörterungsgespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2019 von StMFH und StMI mit den kommunalen Spitzenverbänden fand am 10. Januar 2019 statt (sog. Spitzengespräch). Dabei einigten sich die Vertreter auf das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs 2019. Der kommunale Finanzausgleich 2019 steigt gegenüber 2018 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses um 439,7 Mio. Euro oder 4,6 Prozent auf ein neues Rekordniveau von 9,97 Mrd. Euro. Die reinen Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich 2019 (ohne Bundesleistungen nach dem Entflechtungsgesetz und Krankenhausumlage) steigen gegenüber 2018 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses um 413,2 Mio. Euro oder 4,6 Prozent auf 9,38 Mrd. Euro.

Hauptleistung im kommunalen

Finanzausgleich sind die Schlüsselzuweisungen. 2019 wachsen die Schlüsselzuweisungen um 240 Mio. Euro oder 6,6 Prozent auf 3,9 Mrd. Euro. Der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund beträgt unverändert 12,75 Prozent. Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen beruht auf der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes, an der die Kommunen über den allgemeinen Steuerverbund beteiligt werden. Der Anstieg des allgemeinen Steuerverbunds ermöglicht neben höheren Schlüsselzuweisungen auch gezielte Schwerpunktsetzungen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs.

Mittel für ÖPNV

Der Anteil der Kommunen am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund wird um zwei Prozentpunkte auf 54,5 Prozent angehoben. Hierdurch stehen weitere 31 Mio. Euro für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung. Diese zusätzlichen Mittel werden wie folgt verwendet: Der Härtefonds nach Art. 13c BayFAG wird um rd. 21 Mio. Euro auf 133,4 Mio. Euro erhöht. Die Erhöhung wird für Straßenbaumaßnahmen verwendet. Die Straßenbaumittel im Härtefonds steigen damit auf 66,1 Mio. Euro. Für ÖPNV-Investitionen werden (unverändert) 67,3 Mio. Euro eingesetzt. Die Verstärkungsmittel für Fördermaßnahmen nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz steigen um 10 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro. Die Mittel für die ÖPNV-Betriebskosten steigen um 20 Mio. Euro oder 27 Prozent auf 94,3 Mio. Euro.

Pauschalen für den Ausbau

Eingeführt werden Straßenausbaupauschalen zur Unterstützung der Kommunen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge. Das Volumen beträgt für das Jahr 2019 insgesamt 35 Mio. Euro, im kommenden Jahr 2020 steigt die Straßenausbaupauschale auf 85 Mio. Euro. In den Folgejahren steigt das Volumen sukzessive um die Mittel, die nicht mehr für die Spitzabrechnung nach KAG benötigt werden. Für Spitzabrechnung nach KAG stehen 2019 außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs im Haushalt des StMI 65 Mio. Euro zur Verfügung. 2019 werden Straßenausbaupauschalen nur an

die Gemeinden verteilt, die Straßenausbaubeiträge als Finanzierungsquelle genutzt haben. Ab 2020 erhalten alle Gemeinden Straßenausbaupauschalen. Dabei werden die Straßenausbaupauschalen nach der Siedlungsfläche verteilt. In der Startphase von 2019 bis 2021 werden mit abschmelzenden Anteilen auch die in den letzten zehn Jahren vereinnahmten Straßenausbaubeiträge berücksichtigt.

Mehr Geld für Schulen

Die Mittel für die Förderung des kommunalen Hochbaus nach Art. 10 BayFAG werden 2019 um 50 Mio. Euro oder 10 Prozent auf 550 Mio. Euro angehoben. Damit wird dem steigenden Ausbaubedarf der Kommunen insbesondere bei Schulen und Kindergärten Rechnung getragen. Die allgemeinen einwohnerbezogenen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG werden um 15 Mio. Euro angehoben. Damit ist eine Erhöhung der Pro-Kopf-Beträge auf 36,84 Euro je Einwohner möglich. Landkreise und kreisangehörige Gemeinden teilen sich diesen Betrag (je 18,42 Euro je Einwohner). Die besonderen einwohnerbezogenen Finanzzuweisungen nach Art. 9 BayFAG für Gesundheitsämter und die Lebensmittelüberwachung werden um 5 Mio. Euro angehoben. Im Bereich der Gesundheitsämter ergibt sich eine Erhöhung der Pro-Kopf-Beträge auf 8,36 Euro je Einwohner für kreisfreie Gemeinden und 3,04 Euro je Einwohner für Landkreise. Bei der Lebensmittelüberwachung steigen die Pro-Kopf-Beträge auf 0,28 Euro je Einwohner für kreisfreie Gemeinden und 0,14 Euro je Einwohner für Landkreise. Auf hohem Niveau fortgeführt werden die Krankenhausfinanzierung (643,4 Mio. Euro), Investitionspauschalen (446 Mio. Euro), Bedarfzuweisungen/ Stabilisierungshilfen (150 Mio. Euro), Zuweisungen an Bezirke (691,5 Mio. Euro) und Zuweisungen zur Schülerbeförderung (320 Mio. Euro). Die politische Zusage, dass Pauschalen landesdurchschnittlich 60 Prozent der Aufwendungen abdecken, wird weiter eingehalten.

SPD stimmt nicht zu

„Der Kommunale Finanzausgleich 2019 ist erneut ein Beleg für die faire Partnerschaft zwischen dem Freistaat und den Kommunen“, kommentiert Peter Tomaschko (CSU) das Ergebnis und betont die Wichtigkeit der Unterstützung der Kommunen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert hingegen eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Dem aktuellen Finanzausgleichsgesetz stimmte die SPD im Innenausschuss nicht zu. Kommunalexperte Klaus Adelt erklärt dazu: „Die im Entwurf veranschlagten Mehreinnahmen sind lediglich der guten konjunkturellen Lage zu verdanken und dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kommunen insgesamt zu wenig Geld zur Verfügung haben. Das ist weder nachhaltig noch gerecht. Wenn die Zeiten wieder schlechter werden, kommt unterm Strich wieder weniger raus.“ Adelt fordert in diesem Zusammenhang, dass die Kommunen einen deutlich höheren Prozentanteil an den allgemeinen Staatseinnahmen erhalten. Diese sogenannte Verbundquote müsse von derzeit 12,75 auf 15 Prozent angehoben werden. „Statt eines größeren Stücks vom Kuchen gibt es Krümel. Und für jeden Krümel muss sich der Beschenkte dankbar zeigen. Das ist keine Gleichbehandlung von

Kommunen, sondern zentralistischer Förderabsolutismus. Da machen wir nicht mit.“ Bayern gewährt deutschlandweit seinen Kommunen die niedrigste Verbundquote. Ein Umstand, der dann mit immer wieder neuen Förderprogrammen kaschiert werde, erklärt Adelt. Auf diese Weise wird die kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt und es werden Ab-

hängigkeiten geschaffen. „Wenn jedes zweite Schwimmbad in kommunaler Hand sanierungsbedürftig ist, der Investitionsstau in die Milliarden geht und gleichzeitig den Kommunen aufgrund der stümperhaften Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rund 200 Millionen Euro pro Jahr fehlen, kann das System so nicht funktionieren“, kritisiert Adelt.

Anja Schuchardt

Weniger Europa ist nicht mehr

Die Vertiefung des Binnenmarktes hat hohe politische Priorität. Denn laut einer Studie gewinnt Bayern dadurch jedes Jahr eine zusätzliche Wertschöpfung in Höhe von rund 25 Milliarden Euro. Umso wichtiger ist damit auch das Ergebnis der Europawahl Ende Mai für die Unternehmer.

Der Binnenmarkt erleichtert es mittelständischen Unternehmen, in das internationale Geschäft einzusteigen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie von Prof. Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, im Auftrag des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK). Wie aus der Untersuchung hervorgeht, liegt der Anteil der Exporteure im verarbeitenden Gewerbe in Bayern derzeit bei über einem Drittel. Vor 25 Jahren waren es noch weniger als ein Fünftel. Bayern gewinnt durch den europäischen Binnenmarkt jedes Jahr eine zusätzliche Wertschöpfung in Höhe von rund 25 Milliarden Euro. Für die Beschäftigten im Freistaat bedeutet das eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens um vier Prozent.

Grund für die Steigerung ist, dass die EU Handelshemmnisse abgebaut und einen gemeinsamen Rechtsrahmen aufgebaut hat. „Die Schaffung einer gemeinsamen Regulierung für die Internationalisierung der bayerischen Unternehmen war deutlich wichtiger, als die Abschaffung der Zölle oder die Einführung des Euro. Daher muss die Vertiefung des Binnenmarktes weiter hohe politische Priorität haben“, erklärt Prof. Felbermayr. Insgesamt liegt der Anteil der EU im Außenhandel Bayerns bei rund 60 Prozent, neun der zwölf wichtigsten Handelspartner sind Teil der Union. Deutlich zugenommen hat laut der Studie die Bedeutung der ost- und mitteleuropäischen EU-Mitglieder für die bayerische Industrie. Studien-Autor Felbermayr spricht dabei von der sogenannten „importierten Wettbewerbsfähigkeit“. Dies ermöglicht es unter anderem der Automobilindustrie, anhand relativ kostengünstiger Importe von Teilen und Vorleistungen, die Produktionskosten der fertigen Autos trotz hoher Löhne in Bayern im Rahmen zu halten. „Das verbessert die Wettbewerbsfähigkeit im In- und Ausland und hilft, Wertschöpfung in Bayern zu halten und sogar auszubauen“, so Felbermayr. Mit Blick auf den 26. Mai fordert BIHK-Präsident Sasse die Wirtschaftstreibenden zur Wahl auf. „Die Europawahl ist ein Pflichttermin für alle Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir haben es in der Hand, dass im künftigen Europaparlament Politiker sitzen, welche die Herausforderungen und Belange des bayerischen Mittelstandes kennen.“

Anja Schuchardt

Bundesgerichtshof:

Kommunales Amtsblatt darf freie Presse nicht gefährden

Der Bundesgerichtshof hat sich in einem viel beachteten Urteil vom 20. 12. 2018 zu Umfang und Grenzen gemeindlicher Publikationen geäußert (AZ: I ZR 112/17).

Es ging um folgenden Fall: Klägerin war ein privates Verlagsunternehmen, das eine kostenpflichtige Tageszeitung und ein kostenloses Anzeigenblatt herausgibt. Beklagte war die Stadt Crailsheim (Baden-Württemberg), die wöchentlich ein kommunales Amtsblatt unter dem Titel „Stadtblatt“ mit einem amtlichen, redaktionellen und Anzeigenteil veröffentlicht, wobei die Kommune den redaktionellen Teil selbst verantwortet. Die Verteilung des „Stadtblatt“ ist kostenlos.

Das Gericht sah die Klage des Presseunternehmens als begründet, da die Kommune mit der Herausgabe des Stadtblatts gegen den aus dem Grundsatz der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz) folgenden Gebot der Staatsferne der Presse verstoßen habe. Das Stadtblatt hatte in pressemäßiger Aufmachung z.B. über die bevorstehende Veranstaltung einer privaten Bürgerinitiative „BürgerRad“ und die Beringung von Störchen, die auf dem Rathausdach nisteten, berichtet.

Zunächst weist der Bundesgerichtshof in seinem Urteil darauf hin, dass staatliche Öffentlichkeitsarbeit nicht nur zulässig, sondern notwendig ist, „um den Grundkonsens im demokratischen Gemeinwesen lebendig zu erhalten“. Über getroffene politische Entscheidungen wie auch sich zukünftig stellende Probleme müsse der Bür-

ger objektiv informiert werden.

Den Kommunen ist, so der Bundesgerichtshof, allerdings nicht jede pressemäßige Äußerung erlaubt. Das Gericht nennt für die Zulässigkeit zwei Voraussetzungen:

- Äußerungen in kommunalen Publikationen müssen einen Bezug zur Gemeinde und ihren Aufgaben haben.

- Das Institut der grundrechtlich geschützten freien Presse muss beachtet werden; Kommunen haben sich in ihren Publikationen wegen des Grundsatzes der Staatsferne der Presse wertender oder meinungsbildender Darstellungen zu enthalten.

Unter Beachtung dieser Grundsätze hatte schon das Oberlandesgericht Stuttgart als Vorinstanz eine „Faustformel“ entwickelt, die der Bundesgerichtshof jetzt bestätigt hat:

- Zum zulässigen Informationshandeln einer Gemeinde in ihrem Amtsblatt gehören Berichte über die aktuelle und zukünftige Arbeit des Gemeinderats und der Kommunalverwaltung wie auch Berichte über die kommunale Wirtschaftsförderung.

- Unzulässig sind allgemeine Berichte über die lokale Wirtschaft, ortsansässige Unternehmen, private Initiativen und rein gesellschaftliche Ereignisse aus den Bereichen Sport, Kunst und Musik.

- Öffentlichkeitsarbeit ist für Kommunen aber auch jenseits dieser beiden Kategorien mög-

Zwei Welten im Landtag

Die neue Ausstellung „In zwei Welten“ im Bayerischen Landtag präsentiert Herkunft, Tradition und aktuelle Verbandsaktivitäten deutschstämmiger Volksgruppen und ist zugleich ein Dank an ihre Arbeit als „Brückenbauer“.

Über eine Million Menschen deutscher Abstammung leben im Ausland. Vor allem durch die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert, die deutsche Ostkolonisation, Grenzverschiebungen und Vertreibungen nach Kriegen entstanden diese ethnischen Minderheiten in den vergangenen Jahrhunderten. Geschichte, zahlenmäßige Stärke sowie die regionale Siedlungsstruktur sind dabei von Volksgruppe zu Volksgruppe sehr unterschiedlich. Die Ausstellung „In zwei Welten“ präsentiert zum ersten Mal die deutschsprachigen Volksgruppen im europäischen Ausland in ihrer Gesamtheit.

Schautafeln informieren über Traditionen und aktuelle Tätigkeiten der einzelnen Minderheitenverbände und verdeutlichen damit, wo und in welchen Ländern sich deutsche Sprache, deutsche Traditionen und Überlieferungen sowie neue Ideen manifestieren. Die vielfältigen Projekte zur Sprachpflege, zu Bildungs- und Schulwesen sowie zur Kulturarbeit spiegeln das vitale Verbandsleben, sowie die politischen und soziokulturellen Wechselbeziehungen zwischen den deutschen Minderheiten und den Mehrheitsgesellschaften.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner begrüßte bei der Eröffnung der Ausstellung den von Ideologien befreiten Blick auf das Miteinander in Europa und die Pflege der eigenen Traditionen. „Lange Zeit war Heimat ein politischer Kampfbegriff. Das ist er heute nicht mehr.“

Anja Schuchardt

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albin Steiner
85120 Hepberg
am 24.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Drexler
94344 Wiesenfelden
am 19.5.

Bürgermeister Kurt Back
97724 Burglauer
am 20.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Seiler
86753 Möttingen
am 26.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Michael Cerny
92224 Amberg
am 16.5.

Bürgermeister
Hubert Mangold
82445 Schwaigen
am 17.5.

Bürgermeister Hans Henninger
91607 Flachslanden
am 22.5.

Bürgermeister Werner Langhals
90530 Wendelstein
am 25.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Zita Baur
97778 Fellen
am 19.5.

Bürgermeister
Dr. Alexander Greulich
85737 Ismaning
am 24.5.

Bürgermeister Erwin Gerstlacher
86510 Ried
am 25.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Gabriela von Wallenberg

Die Autorin war Professorin u. a. für Wettbewerbs- und Medienwirtschaftsrecht an der OTH Regensburg. □



Frauen in die Politik!

Sozialministerin Schreyer trifft bayerische Bürgermeisterinnen

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer traf sich mit bayerischen Bürgermeisterinnen. Anlässlich 100 Jahre Frauenwahlrecht war insbesondere die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in den Parlamenten und Gremien das Hauptthema. Gerade in den Kommunalparlamenten sind Frauen noch massiv unterrepräsentiert. Nur drei von insgesamt 25 Oberbürgermeistern in Bayern sind Frauen, bei den Landräten sind es nur fünf von 71. Von den 2.022 Bürgermeistern sind lediglich 186 weiblich, der Anteil weiblicher Gemeinderäte in den kreisangehörigen Gemeinden Bayerns liegt laut Bayerischem Landesamt für Statistik bei 19,1 Prozent. Dabei ist es gerade hier, wo das Lebensumfeld der Menschen unmittelbar betroffen ist, besonders wichtig, dass Frauen ihre persönlichen Erfahrungen, Sichtweisen und Kompetenzen einbringen. „Der dreifache Spagat zwischen Familie, Beruf und Ehrenamt ist vor allem für Frauen eine große Herausforderung. Wenn uns das dauerhafte politische Engagement von Frauen am Herzen liegt, müssen wir daher erreichen, dass sie dafür auch die notwendigen Freiräume haben. Denn wenn sich zu wenige Frauen in der Politik engagieren, geht der Gesellschaft etwas Entscheidendes verloren“, so die Ministerin.

Bild: STMAS

Rathauschefinnen im Gespräch mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner

Vorbild Bürgermeisterin

Auch wenn immer mehr Frauen in Städten und Gemeinden politisch aktiv werden, sind sie immer noch unterrepräsentiert. Dr. Birgit Kreß, erste Bürgermeisterin aus Markt Erlbach, sprach mit der Bayerischen Gemeindezeitung über ihre Vorbildrolle und die Vorteile für Frauen, wenn sie sich politisch engagieren.

Mut für den Einstieg in die Politik machen – das war das Ziel einer Gesprächsrunde von Landtagspräsidentin Ilse Aigner mit Bürgermeisterinnen aus ganz Bayern. Aigner hatte dazu auch die frauenpolitischen Sprecherinnen der im Landtag vertretenen Fraktionen eingeladen. „Wir brauchen mehr Frauen, die Lust auf die Kommunalpolitik haben“, betonte die Präsidentin. Auf keiner politischen Ebene gäbe es so viele Gestaltungsmöglichkeiten wie in der Kommunalpolitik. Dennoch: in

Bayern sind derzeit nur 186 Bürgermeisterinnen für das Wohl ihrer Gemeinde verantwortlich.

Hemmschwellen für Frauen

„Unsere Idee ist, im Vorfeld der Kommunalwahlen 2020 verstärkt auf uns aufmerksam zu machen“, fasste Dr. Birgit Kreß, erste Bürgermeisterin aus Markt Erlbach und Sprecherin der ARGE „Frauen führen Kommunen“ des Bayerischen Gemeindestags, den Ansporn der Bürgermeisterinnen zusammen.

Bayerische Akademie Ländlicher Raum:

Wichtiger Impulsgeber für den ländlichen Raum“

Bei der Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Regionen in Bayern als vitale Lebens- und Wirtschaftsräume leistet die Bayerische Akademie Ländlicher Raum seit drei Jahrzehnten wertvolle Dienste. Jetzt verabschiedete sich der langjährige Präsident Holger Magel. Sein Nachfolger wurde Manfred Miosga.

„Die Akademie ist ein wichtiger Impulsgeber für den ländlichen Raum und eine unverzichtbare Denk- und Zukunftswerkstatt für uns alle“, sagte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber bei der Mitgliederversammlung der Akademie in München. Vor allem der nach 25 Jahren aus dem Amt scheidende Präsident Prof. Dr. Holger Magel habe die Akademie maßgeblich geprägt. „Als führender Experte weit über Bayerns Grenzen hinweg anerkannt und als wortgewaltiger Streiter für die Sache haben Sie sich große Verdienste um den ländlichen Raum erworben“, würdigte die Ministerin das herausragende Engagement

Magels. Schon in der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung habe er mit der Dorferneuerung und der Einführung einer eigenständigen Landschaftsplanung in der Flurneueordnung wichtige Akzente gesetzt. Dem Nachfolger Magels als Akademie-Präsident und bisherigen Vize, Prof. Dr. Manfred Miosga, bot die Ministerin an, die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen Akademie und Ministerium fortzuführen. „Verstehen Sie sich auch weiterhin als aktive Fürsprecher des ländlichen Raums und begleiten Sie meine Strategie dafür konstruktiv mit Ihrer Fachkenntnis“, so Kaniber.



Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mit Prof. Dr. Holger Magel (li.) und Nachfolger Prof. Dr. Manfred Miosga Bild Baumgart/ALR

Kreß und ihre Mitstreiterinnen Katharina Rottenwallner (erste Bürgermeisterin Altfraunhofen), Marianne Zollner (Mühlendorf am Inn), Michaela Mühlen (Inning am Holz), Liane Sedlmeier (Osterhofen) und Regina Wohlpart (Viereth-Trunstadt), diskutierten mit den Abgeordneten, welche Hemmschwellen es gerade für Frauen gibt, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Neben der besseren Vereinbarkeit von Familie und Amt, ging es vor allem auch um die Altersversorgung der Bürger-



Ilse Aigner.

meisterinnen und die oft fehlenden Rückkehrmöglichkeiten in den Beruf. Oft stehe auch das Image der Politik und zahlreichen Abendtermine einem Engagement im Wege. Kreß will hier aber die Vorbildrolle der amtierenden Bürgermeisterinnen stärken.

„Best practice“ gab es dazu von Bürgermeisterin Michaela Mühlen, die seit fünf Jahren ehrenamtlich tätig ist. Sie stelle vor, wie sich ihre Rolle als Mutter bestens mit ihrer Rolle als Rathauschefin vereinbaren lässt.

Gerade in Kommunalparlamenten sind Frauen unterrepräsentiert. Sie führen nur neun Prozent der Rathäuser in Bayern. Im Landtag sind es 26, im Bundestag 30 Prozent. Kommunalpolitik ist also nach wie vor eine Männerdomäne, auch wenn der Anteil stetig zunimmt. Nach den bayerischen Kommunalwahlen 1996 lag er bei rund 2,2 Prozent, 2002 bei 3,9 Prozent, 2008 bei 5,9 Prozent und 2014 bei knapp neun Prozent. Doch auch wenn es in diesem Tempo so weitergeht, wird der Frauenanteil erst im Jahr 2038 bei rund 44 Prozent liegen und das bei einem Bevölkerungsanteil von mehr als 50 Prozent.

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

der Landtag berät derzeit über ein enorm wichtiges Thema: das Versöhnungsgesetz zum Volksbegehren „Artenschutz und Naturschönheit“. Unser Bayerischer Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte, dass der Kampf gegen das Artensterben eine existenzielle und gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Als KPVP ist das Thema Umweltschutz seit Jahren ein zentrales Politikfeld. Als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung freue ich mich sehr, dass mit dem runden Tisch und mit dem richtungsweisenden Gesetzesvorhaben ein beispielhafter Prozess in Gang gesetzt wurde, der für diese und weitere wichtige politischen Herausforderungen Maßstab sein kann.

Der Anstoß für diese Entwicklung kam von



Die Bewahrung der Schöpfung ist eine Gesellschaftsaufgabe

der Bevölkerung. Das initiierte Volksbegehren erreichte weit mehr als nur die benötigten Unterschriften: insgesamt waren es 1.745.383 Unterschriften. Somit haben 18,4 Prozent aller Bayern dem Begehren ihre Stimme gegeben und ein Zeichen für den Artenschutz und die Bewahrung der Schöpfung gesetzt.

Die Politik hat reagiert: Unter der Leitung von Landtagspräsident a.D. Alois Glück wurde ein Runder Tisch einberufen. Es waren alle gesellschaftlichen Gruppierungen und Verbände vertreten, die in irgendeiner Weise von einem neuen Artenschutzgesetz betroffen sind. Zunächst hatten alle Gruppierungen die Möglichkeit, sich auszusprechen und die eigenen Standpunkte darzulegen. Man hörte sich die Positionen anderer Parteien an. Ziel war es, in diesem Rahmen einen neuen Gesetzentwurf zu entwickeln, der für alle Beteiligten tragbar ist. Die Bevölkerung hätte anschließend den Auftrag gehabt, zwischen diesem neuen Gesetzentwurf und dem vorherigen Gesetzentwurf des Volksbegehrens in einem Volksentscheid abzustimmen. Das Gesetz, für das sich die Mehrheit der Bevölkerung ausspricht, wird vom Landtag verabschiedet.

Nun kam es doch anders: die Bayerische Staatsregierung hat sich entschlossen, den Gesetzentwurf des Volksbegehrens im Landtag zu verabschieden. Damit werden zwar teils strittige Maßnahmen beschlossen, diese sollen aber in einem Begleitgesetz, über das parallel abgestimmt wird, festgelegt wer-

den. Umstrittene Punkte des Gesetzentwurfs, wie z.B. die fest vorgegebenen Mäh- und Walztermine für Wiesen, sollen so durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden, dass sie den regionalen Gegebenheiten in ganz Bayern gerecht werden. Dieses Versöhnungsgesetz soll Artenschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft miteinander in Einklang bringen und Natur- und Artenschutz nachhaltig verbessern. Denn Artenschutz ist nicht alleine Aufgabe der Landwirtschaft, sondern geht alle an: Privatleute ebenso wie Kirchen und Kommunen.

Über die Bezeichnung Versöhnungsgesetz, wie es offiziell betitelt wurde, lässt sich hier streiten. Meines Erachtens nach wäre der Titel Kooperationsgesetz besser geeignet, da das Gesetz auf einer gesellschaftspolitischen Kooperation basiert. Wer von Versöhnung redet, meint damit Gräben zu schließen; das stellt den Prozess letztlich viel zerwerfender dar, als er eigentlich war. Denn schließlich hatten alle Beteiligten dasselbe Ziel vor Augen: Fortschritte im Umwelt- und Artenschutz. Der Unterschied war nur das Wie. Und dieses Wie wird nun vom Versöhnungs- und dem dazugehörigen Begleitgesetz geregelt.

Auch unsere Kommunen haben bereits viele Maßnahmen im Bereich des Umwelt- und Artenschutzes in die Wege geleitet – Hand in Hand mit unseren Landschaftspflegeverbänden und vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Städten und Gemeinden. Darauf können wir stolz sein! Dennoch dürfen wir uns nicht auf dem bereits Geleisteten ausruhen. Die Bewahrung der Schöpfung ist eine Gesellschaftsaufgabe, die nur mit der Hilfe eines jeden Einzelnen gelingen kann.

Ich übertreibe nicht, wenn ich bei dieser Entwicklung – vom Volkswillen zum fertigen Gesetz – von einem Lehrstück der Demokratie spreche. Bürger und Verbände vertreten ihre Interessen, setzen sich für Veränderung ein und nutzen mit dem Volksbegehren ein Organ unserer Verfassung, was der Gesellschaft genau für solche Prozesse zur Verfügung steht.

Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürgern zeigte, dass es der Wunsch vieler Menschen ist, den Umwelt- und Artenschutz auf ein neues Level zu heben. Gemeinsam mit allen Interessengruppen und Betroffenen und unter der Leitung der politischen Verantwortlichen kann nun der Wille der Bürgerinnen und Bürger in ein Gesetz, das greifbare Maßnahmen mit sich führt, aggregiert werden. Vom Wunsch zur Umsetzung, Gesellschaft und Politik gleichsam beteiligt – das ist Demokratie und Politik, wie ich sie mir vorstelle.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVP Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Frauen führen Kommunen

Der Bayerische Gemeindegtag will das ändern. Dazu haben im Februar 2016 Bürgermeisterinnen aus ganz Bayern die Arbeitsgemeinschaft „Frauen führen Kommunen“ gegründet. Ziel ist es mehr weiblichen Nachwuchs zu gewinnen, sowohl im Bürgermeisteramt als auch in den Räten und weiteren Gremien. Es gibt schließlich einen eindeutigen Verfassungsauftrag. Nach Art. 118 Abs. 2 Bayerische Verfassung (BV) gilt: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Gleiches gilt nach Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz (GG). „Beste Beispiele, was Frauen bewegen und verbessern können, sind motivierte Bürgermeisterinnen!“, sagte Landtagspräsidentin Ilse Aigner während der Gesprächsrunde.

Lust auf Politik

Mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit versuche ich die Arbeit als Bürgermeisterin in all ihren Facetten positiv zu präsentieren, die Vielfältigkeit der Aufgaben und den großen Gestaltungsspielraum als Gemeindeführerin darzustellen. „Tue Gutes und rede darüber.“ Aber am wichtigsten ist natürlich die persönliche Ansprache von Frauen, um ihnen Mut zu machen und ihr Zutrauen in die Kommunalpolitik zu stärken. Auch am Girls day habe ich schon teilgenommen und 3 Mädchen den Arbeitsalltag einer Bürgermeisterin gezeigt. Was ich absolut nicht mache, ist, über zuviel Arbeit zu klagen! Ich mache mein Amt mit sehr viel Herzblut und bringe gern die viele Zeit auf, die es manchmal braucht!

Kommunalwahl 2020

Sie wird das Thema weiter vertiefen und will Frauen für die Kommunalwahlen 2020 gewinnen. Deshalb lädt der Bayerische Landtag am Freitag, 11. Oktober, zu einem ganztägigen Kongress „Frauen in Parlamen-

te - FiPi!“ ein. Mit der Bayerischen Gemeindezeitung spricht Birgit Kreß über ihre Vorbildrolle als amtierende Bürgermeisterin, die Vorteile für Frauen sich politisch zu engagieren und wie sie Lust auf Politik weckt.

Lust auf Politik

Mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit versuche ich die Arbeit als Bürgermeisterin in all ihren Facetten positiv zu präsentieren, die Vielfältigkeit der Aufgaben und den großen Gestaltungsspielraum als Gemeindeführerin darzustellen. „Tue Gutes und rede darüber.“ Aber am wichtigsten ist natürlich die persönliche Ansprache von Frauen, um ihnen Mut zu machen und ihr Zutrauen in die Kommunalpolitik zu stärken. Auch am Girls day habe ich schon teilgenommen und 3 Mädchen den Arbeitsalltag einer Bürgermeisterin gezeigt. Was ich absolut nicht mache, ist, über zuviel Arbeit zu klagen! Ich mache mein Amt mit sehr viel Herzblut und bringe gern die viele Zeit auf, die es manchmal braucht!

Der schönste Job auf Erden

Sie können mitgestalten und ihr unmittelbares Umfeld, ihre Heimat und Projekte, von denen sie selbst und ihre Familie auch

profitieren, formen und auf den Weg bringen. Kommunalpolitik ist einfach direkt und unmittelbar. Erfolg ist relativ schnell und konkret messbar. Als Bürgermeisterin habe ich einen sehr anspruchsvollen „Job“ aber meinen Arbeitsplatz vor Ort. Ich kann also auch wenn etwas familiäres anstehet untertags nach Hause. Ich kann viele meiner Termine selbst festlegen und meinen Arbeitsalltag gut selbst gestalten. Ich habe diesbezüglich viele Freiheiten. Nicht umsonst heißt es der schönste Job auf Erden ist „Bürgermeister/in in Bayern“ zu werden!

Arbeit positiv darstellen

Ilse Aigner hat angekündigt Frauen für die Kommunalwahl 2020 gewinnen zu wollen. Was ist dafür Ihrer Meinung nach wichtig? Wie wecken Sie die Lust auf Politik? Wir müssen uns und unsere Arbeit positiv darstellen und vor allem von uns „Reden machen“ – nur wenn die Berufs- und Karrierechancen in der Kommunalpolitik als solche wahrgenommen werden, werden wir Interesse wecken können. Wir müssen offen und auch lebensfroh wirken und dürfen auf keinen Fall als abgehoben wahrgenommen werden. Ein gutes Netzwerk untereinander ist ein wichtiger Schritt dazu. **AS**

Standortfaktor Fachkräfte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den wenigen Haushalten zum Teil gar keine Angebote mehr ab. In verschiedenen bayerischen Landkreisen wie Passau oder Rhön-Grabfeld habe sich beispielsweise die Deutsche Telekom in den zurückliegenden Monaten nicht mehr an Ausschreibungen für den Breitbandausbau beteiligt. „Wir haben damit die absurde Situation, dass der flächendeckende Breitbandausbau im Hochtechnologieband Deutschland nicht am Geld, sondern am mangelnden Ausbaunutzen scheitert“, stellte Bernreiter fest. Mit „Rosinenpickerei“ werde man jedenfalls die Ziele nicht erreichen. Der ländliche Raum dürfe bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden.

Auch beim Mobilfunk drohe dem ländlichen Raum das Nachsehen. Die Vergabebedingungen für die erfolgte Versteigerung der 5G-Frequenzen hätten nicht auf die Fläche, sondern auf Haushalte abgestellt. Bis Ende 2022 sollte nur mindestens 98 % der Haushalte je Bundesland mit mindestens 100 Mbit/s versorgt sein. Dabei sei der Ausbau in den kreisfreien Städten für die Betreiber in der Regel wirtschaftlicher als in den Landkreisen. „Gerade angesichts des Vorschlags der Koalitionspartner, ein Recht auf digitale Teilhabe in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, erwarten wir, dass sich die Staatsregierung mit Nachdruck deutliche Nachbesserungen und eine flächendeckende Mobilfunkversorgung einsetzt“, erklärte Bernreiter.

Elementartheema Bildung

Kein Thema sei so elementar für die Zukunft eines Landes wie die Bildung. Dementsprechend wichtig sei es auch, dass deren Digitalisierung gelingt. „Wir brauchen ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege, um Systembetreiber und Schulleitungen von diesen zusätzlichen technischen Aufgaben zu entlasten“, unterstrich Bernreiter und ergänzte: „Schon jetzt muss ich anmelden, dass wir niemals dauerhaft alleine als Sachaufwandsträger die ständige Erneuerung der digitalen Ausstattung stemmen können. Wir hoffen nicht, dass die Förderprogramme von Bund und Land Eintagsfliegen sind und wir dann quasi in Zukunft für die Ausstattung mit sehr kurzen Halbwertszeiten dauerhaft sorgen müssen.“

Zu den starken Standortbedingungen zählt insbesondere auch ein leistungsstarker ÖPNV. Einig waren sich die Tagungsteilnehmer darin, dass man die Angebote ausbauen und über die Tarife sprechen muss. „Wir müssen erst unsere eigentlichen Probleme im ÖPNV lösen, sonst hilft auch eine Flatrate nichts“, erklärte der Landkreistagschef. Dies betreffe ganz Bayern, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. In vielen Landkreisen werde bereits heute mittels flexibler Angebote wie Rufbussen auf den Wunsch der Bevölkerung nach mehr ÖPNV reagiert. Eine Verstärkung und der weitere Ausbau dieser Angebote seien wichtige Schritte zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Voraussetzung sind laut Bernreiter passgenaue Förderkriterien. Während für Landkreise im ländlichen Raum flexible Bedienformen unerlässlich sind, müssten in Landkreisen rund um die großen Städte die Kapazitäten dringend ausgebaut werden. Die Ausgangsbedingungen seien aufgrund der unterschiedlichen Fahrgastzahlen und Verkehrsbelastungen nicht

vergleichbar. Anders als in den großen Städten sei es im ländlichen Raum schwierig, klassische Linienverkehre wie in der Stadt eigenwirtschaftlich zu betreiben. Deswegen müssten im ländlichen Raum alternative Förderungsmodelle dauerhaft gefördert werden, um flächendeckende attraktive Mobilitätsangebote vorhalten zu können.

Landkreise rund um die großen Städte dürfen nach Bernreiter Meinung aber ebenso wenig übersehen werden. Hier breche der ÖPNV teilweise zusammen, weil die Kapazitäten längst nicht mehr der realen Nachfrage entsprechen. Die Vielzahl an Menschen könne nicht mehr adäquat transportiert werden. Die bayerischen Landrätinnen und Landräte wollen deswegen gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung Wege für einen flächendeckend überzeugenden ÖPNV finden.

ÖPNV-Angebot

„Am Ende muss ein bayernweit aufeinander abgestimmtes ÖPNV-Angebot stehen, das mit hoher Qualität und Zuverlässigkeit auf die unterschiedlichen Bedarfe Rücksicht nimmt und durch ein bayernweites Tarifsystem geprägt ist. Nicht zuletzt im Interesse unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss der ÖPNV zu einer attraktiven Alternative für den Individualverkehr entwickelt werden“, fasste Bernreiter zusammen.

„Der Freistaat und seine Kommunen gehören zusammen - sie sind ein starkes Team für die Menschen. Das ist unsere bayerische Erfolgsformel“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in seiner Festrede hervor. „Die Kreise und Gemeinden setzen Politik vor Ort um und sind oft der erste Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Bei ihren wichtigen Aufgaben unterstützen wir sie mit ganzer Kraft, natürlich auch finanziell. Insgesamt gehen 2019 rund 17 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt an die Kommunen, das ist gut jeder vierte Euro“, so der Finanzminister. „Die Staatsregierung hält ihre Zusagen ein. Sie ist ein starker und verlässlicher Partner für die Kommunen und damit für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Freistaat Bayern – Partner der Kommunen

Der Freistaat lasse seine Kommunen auch neben den direkten monetären Leistungen, wie zum Beispiel dem kommunalen Finanzausgleich, den Fördermaßnahmen für Breitbanderschließung und Regionalmaßnahmen, nicht allein. Er engagiere sich zudem beim Personal oder der digitalen Infrastruktur der Gemeinden und Kreise. „Die Digitalisierung ist eine große Chance, aber gleichzeitig eine Herausforderung für alle Ebenen der Verwaltung. Mit neuen Schulungsangeboten schaffen wir ein zusätzliches Angebot für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, diese Entwicklungsmöglichkeiten optimal zu nutzen“, erklärte Füracker und fuhr fort: „Wir unterstützen beim Aufbau einer zukunftsfesten digitalen Infrastruktur mit Breitbandanschlüssen und WLAN – und das gerade im ländlichen Raum. Außerdem fördert der Freistaat neue Online-Dienste, um künftig den Gang zum Rathaus in vielen Fällen virtuell zu ermöglichen.“

„Unsere Kreise und Gemeinden sind nahe an den Menschen und wissen oft am besten, was die Menschen vor Ort tatsächlich brauchen. Nicht alles muss in München entschieden werden. Daher werden wir auch in Zukunft an unserem tatkräftigen

Engagement für die Kommunen in ganz Bayern festhalten“, hob Füracker hervor.

Was die Bundesregierung tut, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, zeigte Christian Hirte, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand, im Rahmen einer Podiumsdiskussion auf. Er mahnte, sich nicht zu sehr auf die Fachkräftezuwanderung zu verlassen. Auch die europäischen Nachbarn stellten sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage mittlerweile gegen ein Abwerben der eigenen Leute.

„Fachkräftesicherung ist zualererst die Verantwortung der Unternehmen“, machte Thomas Leubner, Leiter Aus- und Weiterbildung bei der Siemens AG, deutlich. Nach seinen Worten investiert Siemens unter anderem jedes Jahr 500 Mio. Euro weltweit in die Aus- und Weiterbildung. Zudem existiere ein zusätzlicher Fonds in Höhe von 100 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre für die Umschulung von Mitarbeitern, die von strukturellen Änderungen betroffen sind.

Familienzentrierte Ansätze

Wie Valerie Holsboer, Vorstand Ressourcen, Bundesagentur für Arbeit, berichtete, wurde sie bei der Übernahme ihrer Aufgabe im Jahr 2017 mit einer schockierenden Zahl konfrontiert: Rund 50.000 Jugendliche brechen jedes Jahr ihre Ausbildung ab. Vor diesem Hintergrund warb Holsboer für familienzentrierte Ansätze beim Werdegang der Kinder. Zudem forderte sie weitere Anstrengungen beim Bürokratieabbau.

Bayerns Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, MdB, schwor die Landrätinnen und Landräte beim Festabend darauf ein, dass die Herausforderungen der Zukunft nur im guten Miteinander aller Beteiligten bewältigt werden können. Das sei auch in der Vergangenheit eine der großen Stärken des Freistaates gewesen.

Welche Strategien im Landkreis Cham erfolgreich waren und sind, um Fachkräfte zu halten und zu gewinnen, zeigte der Präsident des Bayerischen Bezirksrats, Landrat Franz Löffler, auf. Nach seiner Überzeugung „muss Innovation ein Gradmesser für den ländlichen Raum sein“. Deshalb sei es wichtig, vielfältige Qualifikationen in der Region anzubieten, um die Fachkräfte von morgen in der Region zu sichern. Der kommunale Einsatz bei der Fachkräftegewinnung lohne sich – „es muss nicht jeder Landkreis dasselbe tun, aber er muss für seine Region das Richtige tun“.

Mittlerweile verfügt der Landkreis Cham mit seinen 127.000 Einwohnern über 70.000 Beschäftigungsverhältnisse und 53.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. „Diese Situation stimmt uns positiv“, betonte Löffler. „In den vergangenen zehn Jahren haben wir es trotz Fachkräftemangels geschafft, jedes Jahr zwischen 600 und 800 zusätzliche Fachkräfte im Landkreis zu akquirieren. Das ist phänomenal.“

Um die ansässigen Bürger von der Qualität des Standorts zu überzeugen, sollte Regionalmarketing als zentrales Thema „nicht nur nach außen, sondern weitaußer mehr nach innen gerichtet sein“, bekräftigte der Landrat. Zu diesem Zweck habe er beispielsweise die Innovationsgala initiiert, die dazu dienen soll, Leuchttürme nach vorne zu stellen und den Austausch

zwischen den Wirtschaftsakteuren im Landkreis Cham zum Thema Innovation zu fördern. Alle zwei Jahre – heuer bereits zum siebten Mal – wird in diesem Rahmen der Innovationspreis „Beste Aussichten“ vergeben, ausgelobt durch den Verein „Aktionskreis Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham e.V.“.

Das Landratsamt Cham biete zudem eine Vielzahl an Messen, Berufswahlaktionen und Infoveranstaltungen an, damit die Unternehmen für sich werben können. Auch unterstützt das Amt mit gezielten Projekten bei der Personalakquisition.

Pflege hat erst Priorität

Im Rahmen einer weiteren Podiumsdiskussion arbeitete Moderator Uwe Ritzer (Süddeutsche Zeitung) gemeinsam mit dem Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, MdL Roland Weigert, der Vorsitzenden des Bayerischen Landespflegerats, Generaloberin Edith Dürr, dem Präsidenten des Bayerischen Handwerkskammertags, Franz Xaver Peteranderl, dem Präsidenten des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Eberhard Sasse, und Landrat Franz Löffler heraus, mit welchen Problemen sich die verschiedenen Branchen beim Thema Fachkräftemangel konfrontiert sehen. Die Podiumsteilnehmer waren sich darin einig, dass die Pflege künftig an die erste Stelle der Prioritätenliste gesetzt werden muss, weil das Thema nahezu jede Familie betrifft. Auch werde die Digitalisierung in allen Berufssparten neue Rahmenbedingungen erfordern.

Über die jüngsten Entwicklungen zum Fachkräftezuwanderungsgesetz informierte schließlich tagesaktuell MdB Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat anstelle von Bundesminister Horst Seehofer, der der 1. Lesung des Gesetzes im Bundestag beiwohnte.

Hierzulande werden derzeit rund 1,2 Millionen Fachkräfte gesucht, etwa in der Pflege oder auf dem Bau. Für die Bundesregierung ist dieser Mangel an Personal ein Risiko für die Wirtschaft. Hinzu kommt die immer älter werdende Gesellschaft. Mit dem Fachkräftewanderungsgesetz soll Ausländern, die eine berufliche Ausbildung haben, daher die Möglichkeit gegeben werden, zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen. Bisher ist das bis auf wenige Ausnahmen für ausgewählte Branchen nur Akademikern möglich.

Vereinfachte Bedingungen für Fachkräftezuwanderung

Das Vorhaben zielt vor allem auf Fachkräfte aus Staaten außerhalb der Europäischen Union. Für sie sollen die Bedingungen vereinfacht werden, unter denen sie nach Deutschland kommen können.

Zum Gesetzespaket gehört außerdem die sogenannte Beschäftigungsduldung. Ausländern ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland, die nur geduldet sind – etwa weil sie nicht abgeschoben werden können – sollen für 30 Monate eine Beschäftigungserlaubnis bekommen. Voraussetzung dafür ist vor allem ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in einem bestimmten Umfang, der den Lebensunterhalt sichert.

Das Gesetz werde auch einen Beitrag dazu leisten, illegale Migration zurückzudrängen, so Mayer, gebe es nun doch einen legalen Weg, Arbeit aufzunehmen und nicht den Umweg über einen Asylantrag zu nehmen. **DK**

bvv-Landestagung in Hof:

Gelebte Diversität

Vor 100 Jahren wurden zahlreiche Volkshochschulen gegründet. Seither sind sie Orte der Bildung und der Demokratieerziehung. In diesem Geist steht die verbandspolitische Grundsatzklärung zur politischen Bildung an Volkshochschulen, die die 73. bvv-Landestagung und Mitgliederversammlung in Hof verabschiedete.

„Demokratie braucht Menschen, die wissen, wie Demokratie funktioniert, von ihrem Wert überzeugt sind und sich für ihre Gestaltung einsetzen. Diese Erkenntnis stand am Anfang der 100-jährigen Geschichte der Volkshochschulen und



Barbara Stamm.

Bild: Hipp

war der Hauptgrund für deren Wiedergründung nach dem Nationalsozialismus“, bekräftigte bvv-Aufsichtsratsvorsitzender Prof. Dr. Klaus Meisel. Die Herausforderungen seien freilich nicht kleiner geworden. Volkshochschulen stellten exzellente Orte dar, um globale Zusammenhänge und lokales Handeln zu verbinden und so für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement zu begeistern. bvv-Präsidentin Barbara Stamm zufolge, „bekennen wir uns in der Hofer Erklärung klar zum Respekt gegenüber kontroversen Positionen, zur gelebten Diversität der Volkshochschulen. Kritische Standpunkte sind willkommen; die Grenzen liegen bei Positionen, die auf die Zerstörung der Demokratie abzielen.“

In ihrem Impulsvortrag ent-

führte die frühere Inhaberin des Lehrstuhls für Erwachsenenbildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. Martha Friedenthal-Haase, die Tagungsteilnehmer auf eine spannende Zeitreise durch hundert Jahre institutionalisierte Weiterbildung der erwachsenen Bevölkerung. Der Wechsel der politischen Systeme im Laufe von 100 Jahren habe die Volkshochschule nicht unberührt gelassen: Sie blühe und gedeihe, wenn die Demokratie in Deutschland stark ist. Zur Förderung und Erhaltung der Demokratie komme ihr eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Begleitet wird das programmatische Bekenntnis zu politischer Bildung und Demokratieerziehung durch ein System finanzieller und praktischer Unterstützung durch die Bezirke und die Geschäftsstelle des Bayerischen Volkshochschulverbands. Dafür ist eine solide, langfristige institutionelle Förderung unabdingbar.

Umso erfreulicher ist es für den bvv, dass die Bayerische Staatsregierung die im Juli 2018 als Ergänzung zum neuen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (EbFöG) vom Landtag einstimmig verabschiedete Entschließung zum Ausbau dieser Förderung ohne Abstriche umsetzen wird, wie Herbert Püls vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus in seinem Grußwort darlegte. Er dankte den bayerischen Volkshochschulen für ihre täglich geleistete großartige Arbeit in der Grundbildung, der Integration, der Sprach- und der beruflichen Bildung sowie in der europäischen Zusammenarbeit, denn: „Es ist des Lernens kein Ende.“ Damit zitierte Püls den Komponisten Robert Schumann, von dem kaum jemand im Auditorium wusste, dass er sich einst zum Lernen im Lebenslauf äußerte. **DK**

Trinkwasser in Gefahr ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Brandl stellte klar, dass die Landwirtschaft kein Gegner der kommunalen Wasserversorger ist. Er verwies dabei auf die zahlreichen freiwilligen Vereinbarungen in Wasserschutzgebieten, die ein hervorragendes Miteinander und gutes Auskommen zwischen Bauern und Wasserversorgern sicherstellen. Gleichwohl mache sich die Wasserversorgung Sorgen, weil sie selbst wenige Möglichkeiten habe, die Wasserqualität zu beeinflussen. Der Verbandschef rief die EU dazu auf, andere Förderkulissen einzuführen. Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe nur über die Größe und nicht über die Art der Nutzung zu bedienen, sei ein Irrweg.

Ursache für Fluchtbewegungen

Laut einer Studie könnten bereits im Jahr 2030 nur noch 60 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zur lebensnotwendigen Ressource Wasser haben, fuhr Brandl fort. Dies werde zu Fluchtbewegungen führen, weshalb es unumgänglich sei, ganzheitlich ökologisch zu denken.

Wie der Präsident zudem bemerkte, sieht sich die Abwasserentsorgung zwei großen Herausforderungen gegenüber: der Sanierung der Bestandsnetze mit einem kurz- und mittelfristigen Aufwand von 15 Milliarden Euro allein im Freistaat sowie

der gesetzlich vorgeschriebenen Phosphorrückgewinnung aus dem Klärschlamm, die Stadtwerke oder kleinere Zweckverbände freilich nicht bewältigen könnten. Diese Aufgabe müsse der Staat übernehmen, forderte Brandl.

Insgesamt ist die Wasserversorgung im Freistaat aus seiner Sicht gut aufgestellt: „Trotz unserer Kleinteiligkeit müssen wir den Vergleich mit anderen Ländern nicht scheuen. Aber wir müssen anpacken. Und Qualität hat ihren Preis.“

„Sei stolz auf das, was aus der Leitung kommt“, ergänzte Gemeindegamtdirektorin Dr. Juliane Thimet. „Das ist ein echter Schatz.“ Bayerns Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger realisierten – meist Abseits der Wahrnehmung der Öffentlichkeit – viele Maßnahmen, um diese wichtige Infrastruktur zu pflegen, zu erhalten und nachhaltig zu modernisieren.

Im Rahmen der Initiative „Schau auf die Rohre“ habe der Freistaat Bayern u. a. gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Fachverbänden der Wasserwirtschaft eine umfangreiche Informationskampagne gestartet, um das Thema noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und den Blick unter die Straße zu ermöglichen. Maßnahmen und Positivbeispiele aus allen Regionen Bayerns würden so vor den Vorhang geholt. **DK**

Diskussionspapier des Deutschen Städtetages:

Digitalisierung in Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz

Die Städte nutzen die Digitalisierung, um ihre Strukturen und Abläufe kritisch zu überdenken und zu modernisieren. Dabei durchdringt die Digitalisierung nicht nur klassische Bereiche der Informationsverarbeitung, sondern wird mit rasantem Tempo auch in jene Bereiche eindringen, von denen bislang angenommen wurde, dass sie auch in Zukunft überwiegend „analog“ erledigt werden müssen. Sensoren und Aktoren, mobile Netze, Robotik und künstliche Intelligenz werden in vielen Aufgabenfeldern der Städte immer häufiger eingesetzt werden. Dazu gehören auch der Brand- und Katastrophenschutz und das Rettungswesen.

Die digitale Transformation im Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen wird vor Ort in den Städten praktisch gestaltet. Dazu will ein Diskussionspapier des Deutschen Städtetags aktuelle Entwicklungen aufzeigen. Gleichzeitig soll es eine vertiefte Diskussion in den Mitgliedsstädten und den Mitgliedsverbänden anregen.

Digitalisierung bedeutet immer die Abhängigkeit von komplexer Technik. Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst müssen aber auch bei Störung oder Ausfall von dieser Technik handlungsfähig bleiben, so der Deutsche Städtetag. Die Technik in der Gefahrenabwehr müsse einfach bedienbar sein, um die Einsatzkräfte in Stresssituationen nicht zusätzlich zu belasten. Daneben müsse sie bezahlbar bleiben.

Die Digitalisierung wird die Schaffung zusätzlicher IT-Arbeitsplätze im Bereich der kommunalen Gefahrenabwehr notwendig machen. Bereits jetzt ist der öffentliche Dienst bei IT-Arbeitsplätzen nicht konkurrenzfähig. Die Gefahrenabwehr benötigt jedoch eigenes Know-how für die eingesetzte Technik, heißt es in dem Papier.

Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst sind kleinteilig organisiert. Für die

Entwicklung und Beschaffung neuer Techniken müssten nach derzeitigen Erfahrungen größere Strukturen genutzt oder geschaffen werden. Interkommunale Zusammenarbeit biete dafür gute Möglichkeiten.

Hubots und KI

Vorgeschlagen wird, die vorhandenen Möglichkeiten der Forschung in zentralen Themen zu verstärken, zum Beispiel bei der Entwicklung von humanoiden Robotern (Hubots), künstlicher (emotionaler) Intelligenz, Systemen zum Aufbau von „Schwarmintelligenz“ und zur Auswertung von „Big-Data“-Analysen. Unbedingt erforderlich sei dabei, den kontinuierlichen Wissenstransfer sicherzustellen zwischen Anwendern, Entwicklern, Produzenten und Forschern. Ein erster wichtiger Schritt dazu sei das Deutsche Rettungsrobotik-Zentrum in Dortmund.

Notwendig ist die Vorgabe und Entwicklung standardisierter Schnittstellen und Datenformate für Sensoren, Software, Hubots und technische Systeme, um eine Interoperabilität zu gewährleisten. Gleichzeitig sollte den Rettungsleitstellen, der Feuerwehr und den Katastrophenschutzbehörden rechtlich und technisch ermöglicht werden, im

Bedarfsfall auf vorhandene Sensoren, Videokameras und andere Monitoringsysteme zuzugreifen. Verbindlich geregelt werden sollten die Haftung und der Versicherungsschutz beim Einsatz von Hubots, Drohnen und anderen autonomen Rettungs- und Erkundungssystemen.

Der Einsatz telemedizinischer Assistenzsysteme im Rettungswesen sei weiter zu befördern, damit auch bei zunehmenden Einsatzzahlen, bedingt durch die Alterung der Bevölkerung, schnelle Hilfe möglich ist. Die Ausstattung der Feuerwehr- und Rettungskräfte für Großeinsätze sollte zum Beispiel durch sensorische Schutzkleidung und Datenbrillen modernisiert werden.

„Die Aus- und Fortbildungsprogramme der Feuerwehr sind hin zu mehr digitalen Fähigkeiten weiterzuentwickeln“, heißt es in dem Positionspapier. Dabei sollte insbesondere die praxistaugliche Verwertung von Daten aus verschiedenen Informationskanälen vermittelt werden, zum Beispiel aus Datenbrillen, Erkenntnissen von Drohnen, Hubots, Sensoren und Videokameras.

Prozesse innerhalb der Leitstelle sollten an neue Anforderungen, wie die Gewinnung von Daten, die Auswertung von Big-Data-Analysen oder Social-Media-Informationen angepasst werden.

Digitalisierung bedeute immer die Abhängigkeit von komplexer Technik. Notwendig sei deshalb eine umfassende Risikoabschätzung zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft und eine daraus abzuleitende Kosten-Nutzen-Analyse. DK

gensburg und Würzburg sei ein wichtiger erster Schritt. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags habe die Initiative des Freistaats Bayern im Rahmen eines Verkehrsgipfels begrüßt.

Gribl zufolge verbessert ein dichtes Angebot im öffentlichen Nahverkehr die Lebensqualität in den Städten. Der ökologische Vorteil des ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr müsse ausgebaut werden. Konkret gehe es um den Ausbau von Schienennetzen und Busspuren, grünen Wellen für Bus und Straßenbahn, effizienteren Fahrzeugflotten mit Gasantrieb, Elektromobilität mit regenerativer Energie und Hybridtechnik. Der öffentliche Nahverkehr müsse in Städten Vorrang erhalten, Fußgänger und Radfahrer müssten mehr Raum bekommen. Gribl: „Individualverkehr und öffentlicher Nahverkehr müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Engere Verknüpfungen in Verkehrsverbänden sorgen für Anreize, um vom Auto umzusteigen. Diese Anstrengungen intensivieren wir weiter.“ Die Zukunft liege im vernünftigen Mix an unterschiedlichen Verkehrsmitteln.

Wie der Vorsitzende erläuterte, ließen sich wesentliche Verbesserungen nur mit weiteren Investitionen und einer dauerhaften staatlichen Mitverantwortung an den ÖPNV-Betriebskosten erreichen. Hier habe der ÖPNV-Gipfel der Staatsregierung gute Signale gegeben. Auf diesem Weg müssten Bund, Freistaat und Kommunen weitergehen. Details seien freilich noch zu erörtern, etwa ob der Freistaat ein 365-Euro-Jugendticket finanzieren kann. Aus Gribls Sicht stellt sich die Frage, wie sich vor dem Hintergrund steigender Energie- und Personalkosten das symbolträchtige Ticket finanzieren lässt. DK



Ihr Mobilfunk-Messauftrag ist bei der Corwese GmbH in professionellen Händen

GSM(2G)/UMTS(3G)/LTE(4G)-Mobilfunkmessung für die Stadt Immenstadt im Allgäu durch die Corwese GmbH – Ein ungewöhnlicher Mess-Auftrag in den bayerischen Alpen

Einen ungewöhnlichen Mobilfunknetz-Messauftrag erhielten die Mobilfunkexperten der Corwese GmbH mit Sitz in Seefeld i. Bayern Anfang 2019. Zusätzlich zu den ca. 140 km öffentlichen Straßen auf dem gesamten Stadtgebiet sollte auch das touristisch wertvolle und bei Bergwandern, Skitourengern und Gleitschirmfliegern gleichermaßen beliebte Gebiet zwischen „Nagelfluhkette“ und „Immenstädter Horn“ mit ca. 60 km Wegenetz vermessen werden.

Aufgrund der Schneelage wurde die Messung mit Mess-Rucksack und Tourenski durchgeführt. Zum einen sollen die Messergebnisse (Beispiel in Abb. 1) als zusätzliche Eingangsgröße für das Bayerische Mobilfunkförderverfahren verwendet werden. Nur auf die „rechnersimulierten“ Versorgungsaussagen der Netzbetreiber wollte man sich im Immenstädter Rathaus nicht verlassen.



Abb. 1: Darstellung der Messergebnisse (Ausschnitt).

Die rein simulierten Versorgungsaussagen der Netzbetreiber stoßen in ihrer Genauigkeit schnell an Grenzen insbesondere in topografisch schwierigem Gelände wie es in Bayern häufig der Fall ist. Mit den realen Messergebnissen hat die Stadt eine fundierte und unabhängige Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen und die Gestaltungshöhe bleibt bei der Stadt.



Abb. 2: Professionelles Mess-Equipment von „Rohde & Schwarz“, Autodach-Antennen auf dem Messfahrzeug für die Vermessung der Straßen.

Zum anderen wollte sich die Stadt einen Überblick verschaffen über die Versorgungssituation für alpine Notrufe über die Mobilfunknetze und auch für Notrufe bei Arbeitsunfällen in den Waldgebieten.



Abb. 3: geöffneter Mess-Rucksack mit den Mess- und GPS-Antennen im alpinen Einsatz.

Dies ist aus Sicht der Stadt ein nicht zu vernachlässigender Sicherheitsaspekt. Gemessen wurden alle 3 Funktechnologien 2G/3G/4G für alle 3 Netzbetreiber Telekom, Vodafone und Telefonica (O2) und zusätzlich das TETRA-Netz der „Be-

hörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (BOS).

Aus den Messergebnissen werden Vorschläge für die besten Standortalternativen ermittelt und mit der Stadt und den interessierten Netzbetreibern abgestimmt.

Unsere Unterstützungsleistungen im Überblick:

- Detaillierte Vermessung der aktuellen Versorgung in Ihrer Kommune (mit Messfahrzeug)
- Vermessung auch in schwierigem oder schwer zugänglichem Gelände zu allen Jahreszeiten („Walktest“)
- Darstellung nicht nur der Sprachversorgung über GSM (2G) sondern auch der Versorgung über UMTS (3G) und LTE (4G) über alle Betreiber
- Optional Vermessung der BOS-Versorgung und damit ein Abbild über Ihre Versorgungssicherheit
- Abschätzung der Indoor-Versorgungswahrscheinlichkeit aus den Outdoor-Messungen
- Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgehensweise
- Durchführung der Standort-suche auf Basis unserer Vermessungsmessungen
- Ermittlung von Alternativen unter Einbeziehung vorhandener Infrastrukturen (Silos, Kamine, Masten etc.)
- Standort-suche wird damit nicht alleine den Netzbetreibern überlassen, sondern aktiv mitgestaltet
- Der Versorgungsbereich der Standortalternativen wird mit einer Funkwellenausbreitungssimulation und die zukunftssträchtige 5G-Tauglichkeit wird gleich mit betrachtet
- Darstellung und Auswirkung der diversen Standortalternativen
- Standortbestimmung mit Gemeinde und Netzbetreibern
- Beratung zu Miet- oder Konzessionsmodell
- Begleitung der Ausschreibung und Vergabe
- Übernahme aller Dokumentationspflichten im Rahmen des Förderverfahrens.



Abb. 4: Messeinsatz am Steineberg (Nagelfluhkette).

Nutzen Sie die Chance und sprechen Sie uns an.

Unser Team mit 5 Mobilfunkexperten mit jahrelanger Erfahrung bei allen drei großen Mobilfunknetz-Betreibern freut sich auf Ihre Anfrage.

Dipl.-Ing. Roland Werb
Fritz-Müller-Str. 3a, 82229 Seefeld
Tel 08152 980555, Fax 08152 980500
Gerne können Sie Ihre Anfrage auch per E-Mail richten an:
roland.werb@corwese.de
www.corwese.de

Fatales Signal und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Doppelhaushalt 2019/2020 verschnagelten Mitteln von 172 Millionen Euro geschieht. Ersetzt der Freistaat Bayern die von ihm selbst eingestellten Landesmittel durch Bundesmittel? Welche Gesamtsumme haben Kommunen bislang bayernweit beantragt? Welche Gesamtsumme hat Bayern verbeschrieben? Was geschieht mit Anträgen, die nicht oder nur teilweise verbeschrieben wurden?

Eine Beschränkung der Finanzierung auf Bundesmittel würde dazu führen, dass Kommunen bei ganz wichtigen Bereichen überhaupt nicht gefördert werden, so Gribl. Laut Ankündigung sei der Digitalpakt des Bundes nämlich nicht für Wartung und Betreuung der Geräte gedacht. „Für Systembetreuung brauchen die Kommunen Klarheit über die Finanzierung, denn mit der Anschaffung von Laptops, Tablets und Whiteboards ist es nicht getan. Die Kosten für die Systembetreuung schlagen dauerhaft zu Buche, somit ist eine Beteiligung des Freistaats dringend notwendig. Damit alle Kinder gleiche Chancen erhalten, braucht es außerdem einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept für IT-Ausstattung und IT-Anwendung.“

Mit Blick auf das Thema Mobilität verwies der Städtetagschef darauf, dass der geplante Zukunftsrat ÖPNV der Staatsregierung Weichen für einen besseren öffentlichen Nahverkehr stellen kann. Mit der versprochenen Ausweitung der Förderung öffneten sich Chancen, um die Mobilität in allen Regionen zu verbessern. Die bessere Förderung für Verkehrsverbände in München (35 Millionen) sowie mit 25 Millionen Euro für Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt, Re-

entweder ist die Summe von 212 Millionen Euro (172 + 40) bereits abgerufen worden, dann wäre das bayerische Förderprogramm unterfinanziert gewesen. Oder es wurden nur 40 Millionen aus dem Nachtragshaushalt 2018 abgerufen; dann stellt sich die Frage, was mit den im

ÖPNV-Gipfelgespräch in München:

Erste Ergebnisse

Auf Einladung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart berieten Vertreter von Staatsregierung, Kommunen und Verbänden über die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat. Die gute Nachricht: Für viele Schüler und Auszubildende in Bayern sollen möglichst ab Herbst 2019, spätestens aber nächstes Jahr, 365-Euro-Jahrestickets für den ÖPNV eingeführt werden.

Konkret geht es um Verkehrsverbände, in denen es nicht schon derartige Angebote gibt. In Arbeitsgruppen soll über die konkrete Umsetzung beraten werden, Verkehrsminister Reichhart will mit den Verkehrsverbänden sprechen. Ministerpräsident Söder kündigte an, der Freistaat werde zwei Drittel der Kosten tragen.

Noch offen ist, wann es anschließend 365-Euro-Jahrestickets auch für Erwachsene geben soll. Für München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg hat dies die Staatsregierung im Koalitionsvertrag versprochen. Söder zufolge wird das Ziel verfolgt, bis zum Jahr 2030 derartige 365-Euro-Tickets oder „vergleichbare Modelle“ einzuführen.

Zudem kündigten die Verhandlungspartner an, den öffentlichen Nahverkehr auch durch ein besseres Angebot attraktiver machen zu wollen: mehr Linien, eine engere Taktung oder neue Express-Verbindungen bei Bus und Bahn wie etwa Express-Züge von bestimmten Knotenpunkten in Metropolen.

Den öffentlichen Nahverkehr gemeinsam stärken

In einer gemeinsamen Erklärung bekannten sich die Teilnehmer des Spitzentreffens dazu, den öffentlichen Nahverkehr gemeinsam stärken zu wollen. Die Angebote von Bus und Bahn sollen besser vernetzt werden, vermehrt soll der Fokus auf Anrufsammeltaxis und Bürgerbusse gelegt werden. Unter gewissen Umständen will man die Reaktivierung alter Bahnstrecken prüfen. Darüber hinaus soll ein Netz von „landesbedeutsamen Expressverbindungen“ aufgebaut werden, das Lücken im Bahnverkehr schließen soll. Außerdem soll ein „Zukunftsrat“ die Entwicklung des ÖPNV beraten begleiten.

Landkreispräsident Christian Bernreiter bewertete das Treffen positiv. Die ins Auge gefassten Ziele könnten einen Beitrag für die Stärkung des ländlichen Raumes bedeuten. Da jeder Landkreis gemeinsam mit seinen Gemeinden unterschiedliche Problemstellungen aufweise, sei eine einheitliche Lösung für alle freilich nicht zielführend.

Ein mögliches 365-Euro-Ticket dürfe keine Verschiebungen bei der Schülerbeförderung auslösen. Ohne die Erstattung der Schülerbeförderungskosten durch den Freistaat in mindestens der jetzigen Höhe funktioniere in keinem Landkreis der ÖPNV. In den typischen ländlichen Regionen sei die Schülerbeförderung Fundament und Rückgrat zugleich, erläuterte Bernreiter.

Kritische Stimmen

Kritische Stimmen hatte es im Vorfeld vonseiten des Deutschen Städtetags gegeben. Deswegen Vertreter, Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly, hatte Skepsis gegenüber Flatrate-Angeboten wie einem 365-Euro-Jahresticket geäußert, weil dann aus seiner Sicht derjenige, der über 60 oder 70 Kilometer

in eine Stadt pendle, genauso viel zu zahlen hätte wie jener, der nur den jeweiligen Stadtverkehr nutze. Maly favorisierte deshalb eine entfernungsabhängige Komponente und eine Belohnung der Vielfahrer. Der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter hält ein landesweites 365-Euro-Ticket vorerst ohnehin für eine gewagte Idee: „Ganz trivial ist ein solcher Tarif sicher nicht.“

Positive Bilanz für Augsburg

Eine positive Bilanz des ÖPNV-Gipfelgesprächs zog Augsburgs Bürgermeisterin Eva Weber, werde es doch deutliche finanzielle Verbesserungen für die Fuggerstadt geben. Nun seien konkrete Nachbesserungen im Tarifsystem des Augsburgs Verkehrsverbands (AVV) möglich, betonte Weber, die als Wirtschaftsreferentin an der Sitzung in München teilgenommen hatte.

„Das ist das richtige Signal aus München, mit dem wir nun konkret arbeiten können. Und es passt zu den von uns ohnehin verfolgten Anstrengungen, erkannte Schwachpunkte der Tarifreform auszuräumen oder nachzubessern. Die externe Begleitung zur Erhebung von Verbesserungspotenzialen habe ich bereits veranlasst“, erklärte Weber und ergänzte: „Mein Ziel ist es, den ÖPNV in der Stadt so attraktiv wie möglich zu gestalten. Da der öffentliche Personennahverkehr aber sehr kostenintensiv ist – für jeden Euro, der von den Fahrgästen bezahlt wird, legt die öffentliche Hand einen weiteren Euro obendrauf – sind die finanziellen Hilfestellungen des Freistaats im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert.“

Attraktiver ÖPNV für den ländlichen Raum

„Ein deutlich verbesserter ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil eines modernen Mobilitätssystems in Bayern. Stadt und Land müssen unbedingt damit gleichwertig ausgestattet sein. Als Fundament unerlässlich ist und bleibt dafür eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur“, unterstrich Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des bayerischen Bauindustrieverbandes. Gerade für den ländlichen Raum in Bayern sei ein attraktiver ÖPNV entscheidend: „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern, seit 2014 auch ein Auftrag der Bayerischen Verfassung, erreichen wir nur, wenn insbesondere die ländlichen Räume mit attraktiven ÖPNV-Strukturen ausgestattet und so Stadt und Land bestens miteinander verbunden werden“, hob Schmid hervor.

„Bereits in unserer 2015 vorgestellten Vision Bayern Mobilität 2030 haben wir einen gut funktionierenden ÖPNV als zentralen Baustein herausgearbeitet. Gelingen wird dies aber nur dann, wenn das bayerische Schienennetz und das bayerische Straßensystem dafür ausreichend ausgelegt sind. Nur auf diesem Fundament kann ein attraktiver und zuverlässig funktionierender öffentlicher Nahverkehr erfolgreich aufgebaut werden“, erklärte der Hauptgeschäftsführer abschließend. DK



v.l.: Landrat Dr. Oliver Bär (Hof), Staatsminister Dr. Hans Reichhart, Dr. Birgit Seelbinder (Präsidentin Euregio Egrensis), Dr. Christa Ständer (Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg), Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst (Wirtschaftsvorsitzender Metropolregion Nürnberg), Günter Finzel (Geschäftsführer Forum Verkehr und Planung), Landrat Dr. Karl Döhler (Wunsiedel; Politischer Sprecher Forum Verkehr und Planung), 2. Reihe v.l.: Landrat Klaus-Peter Söllner (Kulmbach), Franz Stahl (2. stv. Ratsvorsitzender Metropolregion Nürnberg), Landrat Matthias Dießl (Fürth), Andreas Mäder (Geschäftsführer VGN), Oberbürgermeister Norbert Tessmer (Coburg), 3. Reihe v.l.: 1. Bürgermeister Patrick Ruh (Feucht/Wangen), Oberbürgermeister Michael Cerny (Amberg), Harald Leupold (Koordinator Leitbild WaBe), Wolfram Brehm (stv. Wirtschaftsvorsitzender Metropolregion Nürnberg), letzte Reihe v.l.: 1. Bürgermeister Michael Göth (Sulzbach-Rosenberg), Landrat Armin Kröder (Nürnberger Land ;1. stv. Ratsvorsitzender Metropolregion Nürnberg), Oberbürgermeister Matthias Thürauf (Schwabach)

Bild: Metropolregion Nürnberg

Strategien für die Mobilität der Zukunft

Delegationsgespräch der Europäischen Metropolregion Nürnberg mit dem Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart

Die Erweiterung des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) war eines von drei Schwerpunktthemen im Ministergespräch im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr in München. 20 Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Vertreter des Forums Verkehr und Planung der Metropolregion Nürnberg hatten das Gespräch mit dem seit 2018 amtierenden Minister Dr. Hans Reichhart gesucht.

Im Gespräch signalisierte der Minister großes Interesse, ein hohes Maß an Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Freistaats Bayern wurde deutlich. Nun gilt es neue Wege der Zusammenarbeit und Unterstützung zu finden, um die Realisierung von Mobilitätsprojekten in der Metropolregion zu beschleunigen.

Erweiterung des Verkehrsverbunds

Mit der gewünschten Erweiterung des Verkehrsverbunds um die Landkreise Kulmbach, Kronach, Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge sowie die Städte Hof und Kulmbach wäre ganz Oberfranken Teil des VGN. Allerdings ist die Erweiterung um diese eher ländlich strukturierten Räume finanziell durch die Kommunen nicht zu stemmen. Eine finanzielle Unterstützung des Freistaats ist deshalb notwendig. Dass dadurch die Zukunft der ländlichen Räume und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land gestärkt wird, darüber waren sich der Minister und die Kommunalvertreter einig.

Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken

Nach Überzeugung der Delegationssteilnehmenden ist außerdem die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken in der Metropolregion mit großer Dringlichkeit umzusetzen. Der gesamte östliche Teil der Metropolregion ist ohne Elektrifizierung. Das belastet die Region mit Schadstoffemissionen und mindert ihre Wettbewerbsfähigkeit. Dadurch ist die Metropolregion suboptimal in die Transeuropäische Verkehrsachsen angebunden. Hier ap-

pellierten die Delegationsvertreter an den Freistaat Bayern, auf Bundes- und Europaebene auf eine schnellstmögliche Umsetzung hinzuwirken.

Einrichtung eines regionalen Mobilitätsmanagements

Schließlich wurde ein innovativer Projektansatz vorgestellt, der die Einrichtung eines regionalen Mobilitätsmanagements für die Metropolregion Nürnberg skizzierte. Verschiedene innovative Projekte zur neuen Mobilität laufen bereits in Landkreisen und Städten. Sie werden bislang nicht koordiniert, obwohl die Verkehre sich nicht an Landkreis- und Stadtgrenzen orientieren. Regionale Mobilitätsmanager könnten auch die besonderen wirtschaftlich-technologischen Stärken der Metropolregion im Bereich Wasserstoff-Technik und Koppelung von Energie und Mobilität gezielt umsetzen.

Den Mobilitätswandel in der Metropolregion mitgestalten

Alle Anwesenden waren sich einig, dass im Verkehrs- und Energiesektor enorme Veränderungen zu erwarten sind. „Wir wollen den Mobilitätswandel in der Metropolregion mitgestalten, um die sich bietenden Chancen nutzen zu können. Dazu ist eine enge Kooperation innerhalb der Metropolregion sowie mit Land und Bund wichtig, denn nicht jeder muss das Rad neu erfinden“, so das Fazit von Dr. Karl Döhler, politischer Sprecher des Forums Verkehr und Planung der Metropolregion Nürnberg und Landrat des Landkreises Wunsiedel im Fichtelgebirge. □

Bahntag Bayern:

Blick hinter die Kulissen

Mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm präsentierten sich Bahnbranche und nahe Institutionen beim Bahntag Bayern, der heuer zum dritten Mal stattfand. Die Aktion der „Fachkräfteoffensive Bahn Bayern“ wird vom Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr koordiniert. An insgesamt 13 Standorten fanden Aktionen von Eisenbahnverkehrs- und -infrastrukturunternehmen, Museen und Vereinen statt. Ansprechpartner und Auszubildende gaben Einblick in ihre Arbeit, Personaler berieten interessierte Bewerber und Ehrenamtliche feierten die Branche.

Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart eröffnete als Schirmherr den Bahntag Bayern am Münchner Hauptbahnhof gemeinsam mit dem Münchner S-Bahn-Chef Heiko Büttner und dem Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags Manfred Gößl. Anschließend besichtigte er im Rahmen des DB-Erlebnistags die Betriebsleitzentrale an der Donnersberger Brücke und nahm dann den Spatenstich zum barrierefreien Ausbau der S-Bahn-Station Buchenau in Fürstfeldbruck vor.

Wie Reichhart betonte, „lebt Eisenbahn auch im Freistaat von den motivierten Beschäftigten, die jeden Tag viel bewegen“. In Bayern werde der Bedarf an Eisenbahnpersonal allerdings immer größer. Hierin liege eine der zentralen Herausforderungen, um künftig überhaupt mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. „Berufe im Eisenbahnbereich sind alles andere als ein Auslaufmodell! Ohne ausreichend Triebfahrzeugführer, Servicepersonal oder Stellwerksleiter sind Bekenntnisse zu mehr Infrastruktur und Angebot im Bahnverkehr nicht einmal die Hälfte wert“, so der Minister.

Reichhart wies darauf hin, „dass wir neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauso brauchen wie die Modernisierung“. Elementar sei es deshalb, dass sich das gesamte System Eisenbahn wieder besser präsentiert und erfreuliche Schlagzeilen liefert, denn: „Junge Leute und Quereinsteiger bewerben sich dort, wo Unternehmen ein positives Image haben.“

Herausforderungen gemeinsam angehen

Der Minister will die Herausforderung gemeinsam mit den Eisenbahnunternehmen, der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, den Gewerkschaften, Verbänden, Ausbildungs- und Weiterbildungsträgern sowie der Arbeitsagentur weiter angehen. Er forderte die Verkehrsunternehmen auf, Abstand zu nehmen von Abwerbepremien für Triebfahrzeugführer: „Wer Fahrzeugführer von Konkurrenten abwirbt, verlagert das Problem lediglich an eine andere Stelle. Das ist ein kurzfristiger Ansatz, der das Problem nicht löst, sondern uns letztlich alle zusammen zwei Schritte zurück bringt.“ Stattdessen fordert Reichhart mehr innovative und kreative Wege wie beispielsweise Kooperationen auf europäischer Ebene.

Am Bahntag bestand an verschiedenen Standorten in ganz Bayern die Möglichkeit, sich über eine Ausbildung, ein duales Studi-

um, Quer- oder DirektEinstieg zu informieren. Für alle anderen hatten zahlreiche Institutionen rund um die Eisenbahn ein spezielles Programm wie Sonderausstellungen oder Führungen hinter die Kulissen auf die Beine gestellt.

Die Deutsche Bahn lud interessierte junge Menschen ein, den Alltag des Bahnbetriebs einmal hautnah kennenzulernen. Zum Angebot gehörten unter anderem Entdeckertouren durch Ausbildungswerkstätten und Betriebswerke sowie das Fahren eines Zuges im Fahrsimulator.

Anlässlich des Bahntages Bayern bot das DB Museum drei Führungen unter dem Motto: „Regionalverkehr in Bayern – eine Erfolgsstory“ an. Deutschland erste Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und Fürth war auch die erste Nahverkehrsbahn. Doch wie entwickelte sich der Nahverkehr in Bayern weiter? Was bedeutet Regionalverkehr heute? Dies und vieles mehr konnten Interessierte in Nürnberg erfahren.

Bewerbertag bei der Bayerischen Oberlandbahn

In den Räumlichkeiten der Bayerischen Oberlandbahn GmbH in Holzkirchen fand ein Bewerbertag statt: Bewerberinnen und Bewerber, die sich für einen Job bei der Bayerischen Oberlandbahn GmbH oder Bayerischen Regiobahn GmbH interessieren, konnten mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen und Wissenswertes aus dem beruflichen Alltag erfahren. Besonders schnell Entschlossene konnten sich direkt vor Ort im Rahmen eines „Speeddatings“ bewerben. Zusätzlich war die Industrie- und Handelskammer mit einem Infostand zu Ausbildungsberufen im Bahnbereich vertreten und auch die Bahn BKK stand mit Informationen bereit.

Stargast in Holzkirchen war Landtagspräsidentin Ilse Aigner, die sich bei einem Rundgang sichtlich angetan von den verschiedenen Stationen zeigte. Insgesamt erhielten 120 Interessenten Informationen über Berufe bei der Eisenbahn. 18 erste Vorstellungsgespräche, 20 weitere geplante Vorstellungsgespräche und fünf feste Zusagen vor Ort zeugen vom Erfolg der Veranstaltung.

Bei der Tegernsee-Bahn konnten Besucher schließlich mit dem historischen Triebwagen TAG 27 auf Sonderfahrt gehen und bei Bahnhofsführungen einen Blick hinter die Kulissen der TBG werfen. Vorgestellt wurden dabei auch verschiedene Berufsbilder, unter anderem der Eisenbahner im Betriebsdienst. DK

Parkraummanagement:

Leitfaden für den Umgang mit dem Reizthema „Parken“

In vielen Städten ist Parken eines der umstrittensten Themen der Verkehrspolitik. Steigende Einwohner- und Pkw-Zahlen lassen den Platz knapp werden. Der Wirtschaftsverkehr verschärft das Problem. Handlungsbedarf erzeugen auch die Klimaschutzziele und Vorgaben zur Luftreinhaltung. Ein generelles Umsteuern ist daher notwendig.

Ein neuer Leitfaden gibt Kommunen Tipps für den kommunikativen und verwaltungspraktischen Umgang mit dem Thema. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat den Leitfaden zusammen mit der Agentur tippingpoints im Auftrag von Agora Verkehrswende erarbeitet. Juristische Beratung steuerte die Berliner Anwaltskanzlei Becker Büttner Held bei. Darüber hinaus wurden vielfältige Erfahrungen aus Kommunalpolitik und -verwaltung mit einbezogen. Der Leitfaden kann kostenfrei online abgerufen bzw. bestellt werden: www.difu.de/12436 □

BEG-Qualitätsranking 2018:

Bayerischer Regionalverkehr nach wie vor auf hohem Niveau

Die bayerischen Regionalzüge konnten auch 2018 in Sachen Qualität gut punkten, landen im Schnitt aber etwas unterhalb des Spitzenwerts aus dem Jahr 2017. Das zeigt das jährliche Qualitätsranking der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert: www.beg-qualitaetsranking.de.

Im Berichtsjahr wurden 29 bayerische Netze im Qualitätsranking erfasst. Sie erzielten auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten im bayernweiten Durchschnitt 28,68 Punkte. Zwar wurde damit die Rekordmarke vom Vorjahr verfehlt (Jahresranking 2017: 34,14 Punkte), der Wert entspricht allerdings der zweitbesten Durchschnittspunktzahl seit Einführung des Qualitätsmesssystems im Jahr 2008. 24 von 29 Netzen übertrafen im Jahresranking 2018 die Mindestanforderungen der BEG in Sachen Qualität.

Netz Agilis-Nord zum siebten Mal in Folge auf Platz 1

Spitzenreiter bleibt das Netz Agilis-Nord, das auf sehr hohem Niveau punktet. Im Rahmen ihres Qualitätsmesssystems beurteilt die BEG unter anderem Qualitätskriterien wie die Sauberkeit der Züge, die Fahrgastinformation und die Serviceorientierung der Eisenbahnverkehrsunternehmen, die in ihrem Auftrag die Netze in Bayern betreiben. Die Pünktlichkeitswerte fließen nicht in die Ergebnisse des Qualitätsrankings ein. Sie werden in einem gesonderten Messsystem erfasst und später im Jahr veröffentlicht.

„Mehr als drei Viertel der bewerteten Netze erreichen annehmbare Resultate, die unsere Mindestanforderungen übererfüllen. Das ist zunächst ein positives Signal an die Fahrgäste, die zu Recht ein hochwertiges Angebot auf Bayerns Schienen erwarten. Es gibt aber auch noch Luft nach oben. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen müssen jede Stellschraube nutzen, um noch besser zu werden und das Qualitätsniveau im bayerischen Regionalverkehr nicht nur zu halten, sondern kontinuierlich weiter anzuheben. Das liegt im ureigenen Interesse der Unternehmen, nicht zuletzt weil unser Anreizsystem überdurchschnittliche Leistungen mit Bonuszahlungen belohnt und Strafzahlungen fordert, wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt werden“, sagt BEG-Geschäftsführer Thomas Prechtl.

24 von 29 Netzen haben 2018 die Mindestanforderungen der

BEG erfüllt und landen im Bonus-Bereich der Tabelle (2017: 25 von 28). Die Top 8 Netze tauschen im Vergleich zum Vorjahr teilweise die Plätze, jedes einzelne Netz erreicht aber erneut sehr gute Werte von mehr als 50 von 100 möglichen Punkten. An der Spitze steht – bereits zum siebten Mal in Folge – das Netz Agilis-Nord. Mit 94,66 Punkten (2017: 96,04 Punkte) landet das Netz knapp vor dem Netz Oberpfalzbahn/Waldbahn, das rund vier Punkte gegenüber dem Vorjahr gut machen und sich mit 91,55 Punkten Platz 2 sichern konnte (2017: 87,47 Punkte, Platz 4). 86,49 Punkte bringen das Netz Kissinger Stern auf Platz 3 (2017: 94,36 Punkte, Platz 2).

Den größten Sprung nach vorne machte das Netz Main-Spessart-Express: Es verbesserte sich um 28,25 auf +24,40 Punkte. Das Netz belegt jetzt Platz 12 und stieg damit 15 Plätze im Jahresranking auf. Im Vorjahr hatte der Main-Spessart-Express mit -3,85 Punkten noch knapp die Mindestanforderungen der BEG verfehlt und musste sich auf Platz 27 der Tabelle einreihen. Auf Platz 11 hat es das Netz Franken-Thüringen-Express geschafft, das mit 27,11 Punkten bewertet wurde. Im Vorjahr belegte das Netz mit 11,45 Punkten noch Platz 21. Beide Netze erhielten u. a. bei den Qualitätskriterien „Fahrgastinformation im Regelfall“ und „Sauberkeit“ deutlich bessere Bewertungen als im Vorjahr.

Qualitätspotenzial nicht abgerufen

Der Mittelfrankenbahn machte insbesondere das Thema „Fahrgastinformation“ zu schaffen. Im Ergebnis musste das Netz 21,74 Punkte abgeben und landete mit 11,39 erreichten Punkten nur noch auf Platz 21 (2017: 33,13 Punkte, Platz 11). Im Netz Regio Allgäu-Schwaben fiel der Punkteverlust noch deutlicher aus: Es wurde um 27,02 Punkte schlechter bewertet als im Vorjahr. Mit -16,15 Punkten musste das Netz den Bonus-Bereich verlassen; es besetzt jetzt Platz 28 (2017: 10,87 Punkte, Platz 23). Häufig bemän-

gelt wurden die Kriterien „Fahrgastinformation im Zug“, „Funktionsfähigkeit der Ausstattung“ und „Sauberkeit“. Das Netz Regio Franken konnte die positive Entwicklung im Vorjahr nicht nachhalten. Nachdem es 2017 noch mehr als 20 Punkte gegenüber 2016 zulegen konnte, musste es im Berichtsjahr wieder 17,39 Punkte abgeben. Es belegt mit -35,44 erzielten Punkten weiterhin den letzten Platz in der Tabelle (2017: -18,05 Punkte, Platz 28).

Zwei Netze wurden 2018 im Qualitätsranking erstmals erfasst: Das Dieselnetz Allgäu Los 1 konnte die Mindestanforderungen der BEG in Sachen Qualität erfüllen; mit 10,37 Punkten reiht sich das Netz auf Platz 23 ein. Das Dieselnetz Allgäu Los 2 hat mit -9,39 Punkten den Bonusbereich verfehlt, es landet auf Platz 26. Mit -7,51 Punkten und auf Platz 25 bleibt auch das Netz Alex Nord und Süd unter den Erwartungen der BEG. Die bisher getrennt geführten Netze Alex Nord und Alex-Süd wurden 2018 unter dieser neuen Bezeichnung

im Zuge einer neuen vertraglichen Vereinbarung mit der Länderbahn zusammengefasst, so dass hier kein direkter Vergleich zum Vorjahr möglich ist.

Qualitätsmesssystem als Grundlage

Die bayerischen Regionalzüge werden nach einheitlichen Kriterien im BEG-Qualitätsmesssystem erfasst. Es bildet die Grundlage für das Qualitätsranking. Berücksichtigt werden die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Fahrgastinformation, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter und die Kundenorientierung bei Beschwerden. Die Pünktlichkeit fließt nicht in die Ergebnisse ein, sondern wird in einem separaten Messsystem erfasst. Die BEG bewertet die einzelnen Netze mit Hilfe von externen Testern und Fahrgastbefragungen. Die Ergebnisse des Qualitätsrankings haben unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Betreiber der jeweiligen Netze. Erreicht ein Unternehmen den Wert Null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält eine Bonuszahlung, wer Minuspunkte verzeichnet, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus).

Verkehrsministerkonferenz Masterplan Schienengüterverkehr:

Ruf nach weiterer konsequenter Umsetzung

Die Verkehrsminister der Länder haben die bisher umgesetzten Maßnahmen und Schritte beim Masterplan Schienengüterverkehr begrüßt und eine weiterhin konsequente Umsetzung gefordert. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) – Branchenverband des öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehrs in Deutschland – unterstützt diesen Beschluss der Länder ausdrücklich.

„Beim Masterplan Schienengüterverkehr sind wir bereits einige wichtige Schritte vorangekommen, zum Beispiel bei der Trassenpreishalbierung. Dennoch dürfen Politik und Branche gemeinsam nicht nachlassen, die Maßnahmen und Projekte aus dem Masterplan weiter konsequent umzusetzen. Nur so schaffen wir in Deutschland die notwendige Verlagerung von mehr Gütern auf die Schiene, um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen“, so VDV-Vizepräsident Joachim Berends.

Der VDV, in dem unter anderem über 185 Güterbahnen organisiert sind, bewertet neben der Trassenpreissenkung auch die ersten Schritte beim so wichtigen Bundesprogramm Zukunft Schienengüterverkehr positiv. Dennoch fordert der Verband nach-

drücklich, die hierfür notwendige Finanzierung von mindestens 60 Millionen Euro auch schon ab 2020 im Bundeshaushalt einzuplanen.

„Bislang gibt es aus Absichtserklärungen für das Bundesprogramm keine konkreten Finanzierungszusagen. Die zeitnahe Umsetzung dieses Programms ist jedoch essenziell, um in Deutschland künftig innovativen und leistungsfähigen Güterverkehr auf der Schiene anbieten zu können. Wir haben großen Nachholbedarf in Fragen der Digitalisierung und Modernisierung des Schienengüterverkehrs. Die Unternehmen sind bereit, um die nötigen Forschungsvorhaben und Innovationen zu unterstützen, doch dazu benötigen wir ein ausreichend finanziertes Bundesprogramm“, so Berends.

LEW

Entspannt in die Energiezukunft der Region blicken. Mit LEW geht das Mehr entdecken auf lew.de

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW LEW EWL UWK
Lichtelektronikwerk Service & Consulting TeilNet Netzservice Wasserkraft Elektrizitätswerk Überlandwerk
Landsberg Krummbach
LVN

Bundesrat macht den Weg für GVFG-Erhöhung frei

Nach dem Bundestag hat nun auch der Bundesrat die Änderung des Grundgesetzes beschlossen, um die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz schrittweise auf eine Milliarde Euro zu erhöhen.

Mit diesen Geldern werden große Bauvorhaben im städtischen Nahverkehr gefördert. Allerdings liegt die Gesamthöhe der GVFG-Mittel seit Ende der 90er Jahre unverändert bei 333 Millionen Euro pro Jahr und damit deutlich unter dem tatsächlichen Aus- und Neubaubedarf im ÖPNV.

„Den Beschluss von Bundestag und Bundesrat, den Weg für eine zeitnahe und deutliche Mittelerhöhung freizumachen, begrüßen wir außerordentlich, denn der Bedarf an umfangreichen Neu- und Ausbaumaßnahmen im städtischen ÖPNV ist groß. Wenn wir Klimaschutzziele erreichen und Emissionen im Stadtverkehr senken wollen, dann geht das nur durch moderne, effiziente und leistungsstarke Nahverkehrsangebote. Die Straßen-, Stadt- und U-Bahnsysteme bilden das Rückgrat der Verkehrswende in den Städten und

sind daher entsprechend auszubauen“, so VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Im weiteren Verlauf der Gesetzesänderung sei es nun wichtig, so Wortmann weiter, auch die Erneuerungsmaßnahmen im städtischen Schienenverkehr als Förderatbestand ins GVFG aufzunehmen. „Bislang werden nur Neu- und Ausbau übers GVFG gefördert. Wir haben aber inzwischen bundesweit einen Sanierungsbedarf von fünf Milliarden Euro bei Straßen-, Stadt- und U-Bahnen. Dafür müssen Lösungen gefunden werden, die Förderfähigkeit von Sanierungsmaßnahmen muss daher ins GVFG aufgenommen werden. Bei der Bestandssanierung sind allerdings auch die Länder gefordert, entsprechende Gelder vom Bund auch über 2019 hinaus zweckgebunden für die ÖPNV-Infrastruktur bereitzustellen“, so Wortmann abschließend. □

Krisengespräch mit BOB/BRB-Geschäftsführung wegen anhaltender Qualitätsprobleme:

Umsetzung der Maßnahmen schreitet voran

Aufgrund der nicht abreißen Probleme im Bayerischen Oberland, beim Meridian sowie bei der seit Dezember 2018 neu in Betrieb gegangenen Ostallgäu-Lechfeld-Bahn (Augsburg – Landsberg, München/Augsburg – Füssen), hatte die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die im Auftrag des Freistaats den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern plant, finanziert und kontrolliert, die für die genannten Netze zuständige Geschäftsführung zu einem Krisengespräch zur Betriebsqualität einbestellt. Alle Netze werden von der Bayerischen Oberlandbahn GmbH (BOB) bzw. Bayerischen Regiobahn GmbH (BRB) betrieben.

Anlass des Krisengesprächs waren seinerzeit die im Bayerischen Oberland (BOB) und beim Meridian seit Monaten anhaltenden Qualitätsprobleme in Form von erheblichen Verspätungen und Zugausfällen, unakzeptablen Zugkürzungen, mangelnden Fahrgastinformationen oder einer unzureichenden Disposition im Störfall. Seit Dezember 2018 kamen außerdem erhebliche Startschwierigkeiten beim Betrieb des Ostallgäu-Lechfeld-Netzes hinzu.

„Mit dem Krisengespräch im Februar 2019 wollten wir nicht nur der BOB/BRB-Geschäftsführung gegenüber nochmals ausdrücklich den massiven Unmut der Fahrgäste sowie der BEG über die Betriebslage in den drei betroffenen Netzen verdeutlichen, sondern hatten auch mit Nachdruck weitreichende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Bayerischen Oberland, beim Meridian sowie bei der Ostallgäu-Lechfeld-Bahn gefordert“, so Thomas Prechtel, Geschäftsführer der BEG.

Die Umsetzung der im Krisengespräch vereinbarten Maßnahmen wird von der BEG seither intensiv begleitet. So wurden alle Maßnahmen in einer umfangreichen Maßnahmenliste dokumentiert und mit Zielterminen hinterlegt. Die BEG lässt sich nach wie vor auf Geschäftsführungs- und Abteilungsleiter der BOB/BRB-Geschäftsführung im Rahmen wöchentlicher Gespräche über den jeweiligen Umsetzungsstand unterrichten. „Auch wenn der Betrieb in den drei Netzen nicht schlagartig vollständig reibungslos verläuft, konnten auf Intervention der BEG bereits zahlrei-

che Verbesserungen für die Fahrgäste angestoßen oder bereits umgesetzt werden, die es ohne das Krisengespräch in dieser Form sicherlich nicht gegeben hätte“, erläutert Prechtel.

So hat sich der Betrieb bei der Ostallgäu-Lechfeld-Bahn sowie im Bayerischen Oberland spürbar stabilisiert. Erhebliche Probleme gibt es hingegen noch beim Meridian – hier werden die Fahrgäste trotz des Einsatzes von zwei von der BEG geforderten Ersatzgarnituren weiterhin mit untragbaren Zugkürzungen konfrontiert.

Ostallgäu-Lechfeld-Bahn

Der Betrieb der Ostallgäu-Lechfeld-Bahn lag in den ersten Wochen nach Betriebsstart im Dezember 2018 weit hinter den Erwartungen zurück. So erreichte die Ostallgäu-Lechfeld-Bahn im Dezember 2018 lediglich einen Pünktlichkeitswert von 80,4 %; auch für den Januar 2019 war mit einer Pünktlichkeit von rund 82,9 % kein signifikanter Aufwärtstrend erkennbar. Zur weit unterdurchschnittlichen Pünktlichkeit kamen weitere Probleme wie beispielsweise vermeidbare Anschlussverluste am Bahnhof Kaufering oder personalbedingte Ausfälle auf dem Abschnitt Kaufering – Landsberg hinzu.

Die zuständige BRB konnte die Betriebslage bei der Ostallgäu-Lechfeld-Bahn nach dem Krisengespräch deutlich stabilisieren. Insbesondere die im Februar in Zusammenarbeit mit der BEG kurzfristig umgesetzten Umlaufänderungen (u. a. Verringerung von verspätungsanfälligen Rangiervorgängen, Einführung

verlängerter Wendezeiten) haben zu einer spürbaren Verbesserung der Pünktlichkeit beigetragen. Nachdem die Pünktlichkeit im Februar 2019 bereits bei 90,5 % lag, konnte der Wert im März auf 94,0 % gesteigert werden. Im April 2019 liegt der Wert sogar bei knapp 96 % und somit deutlich über dem bayernweiten Durchschnitt.

In diesem Zusammenhang hat sich auch die Anschlusssicherung in Kaufering kontinuierlich verbessert, wengleich es hier weiterhin zu einzelnen vermeidbaren Anschlussverlusten kommt. „Die Entwicklung bei der Ostallgäu-Lechfeld-Bahn befindet sich mittlerweile auf dem richtigen Weg. Wir erwarten nun, dass die BRB die aktuell gute Pünktlichkeit dauerhaft stabilisiert und außerdem weiterhin konsequent an den Themen wie der Anschlusssicherung oder insbesondere auch der Verbesserung der knappen Personalsituation arbeitet“, so Prechtel.

Oberlandnetz

Im Oberlandnetz waren die Fahrgäste im Winter 2019 untragbaren Zuständen ausgesetzt. Im Rahmen der Schneefälle waren die Streckenabschnitte südlich von Holzkirchen wochenlang komplett gesperrt oder nur eingeschränkt befahrbar. Hinzu kamen anhaltende Probleme wie mangelnde Fahrgastinformationen, ein unzureichendes Störfallmanagement oder immer wiederkehrende Fahrzeugprobleme.

Die Betriebslage im Oberlandnetz hat sich nach dem Krisengespräch insgesamt deutlich beruhigt. Nach sehr schlechten Pünktlichkeitswerten im Januar 2019 (69,4 %) und Februar 2019 (75,6 %) lag die Pünktlichkeit in den Monaten März 2019 (93,3 %) und April 2019 (92,0 %) jeweils deutlich über 90 %. Auch die Anzahl der Zugausfälle hat sich seit dem Krisengespräch erheblich verringert.

„Wichtig war im Rahmen des Krisengesprächs zunächst, dass die BOB im Bayerischen Ober-

land kurzfristig zu einem geregelten und stabilen Betrieb zurückkehrt. Nachdem dies weitgehend erfolgt ist, forcieren wir nun intensiv die langfristigen Themen wie die Verbesserung der Fahrgastinformationen sowie die Erarbeitung detaillierter Störfallkonzepte für Großstörungen“. Die von der BEG in diesem Zusammenhang fachlich sowie finanziell unterstützten Gutachten „Fahrgastinformationen“ sowie „Störfallkonzepte“ wurden bereits ausgeschrieben bzw. stehen unmittelbar vor der Ausschreibung.

Die BEG erwartet die Ergebnisse der Gutachten noch im laufenden Jahr, so dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrgastinformation sowie die erarbeiteten Störfallkonzepte den Fahrgäste bereits im kommenden Winter zugutekommen. Zu den langfristigen Maßnahmen zählen außerdem auch die regelmäßigen Gespräche der BEG auf regionaler Leitungsebene mit dem für die mangelnde Schneeräumung im Winter verantwortlichen Infrastrukturbetreiber DB Netz AG.

Meridian

Das aus BEG-Sicht dringlichste Problem beim Meridian stellte im Rahmen des Krisengesprächs die Fahrzeugsituation dar, welche zu zahlreichen Zugkürzungen geführt hat. Insbesondere seit dem vierten Quartal 2018 hatten sich die Zugkürzungen von einem ohnehin schon hohen Niveau nochmals drastisch verschärft. Zwar setzt die BOB beim Meridian auf Intervention der BEG seit Ende März 2019 zwei zusätzliche Ersatzfahrzeuge ein, um die zahlreichen Fahrzeugausfälle zu kompensieren – von einer spürbaren Verbesserung kann beim Meridian jedoch keine Rede sein. So waren auch im April 2019 bis zu über 40 Zugkürzungen am Tag zu verzeichnen.

„Die Fahrgäste werden trotz der Ersatzfahrzeuge weiterhin mit einer untragbar hohen Zahl an Zugkürzungen konfrontiert. Ohne die von der BEG geforderten Ersatzfahrzeuge sähe die Situation sogar noch deutlich schlechter aus“, so Prechtel. Die BEG erwartet, dass die BOB in enger Zusammenarbeit mit dem Fahrzeughersteller Stadler Rail AG alles unternimmt, um die Fahrzeugverfügbarkeit bei den bestehenden FLIRT-Fahrzeugen kurzfristig zu verbessern. „Des Weiteren haben wir die BOB aufgefordert, bis zur dauerhaften und zuverlässigen Lösung der aktuellen mangelnden Fahrzeugverfügbarkeit für eine weitere Entlastung in Form einer zusätzlichen Lok-Wagen-Garnitur zu sorgen“, ergänzt Prechtel.

Die BEG wird die Umsetzung der Maßnahmen weiterhin intensiv begleiten. „Auch wenn das von der BEG initiierte Krisengespräch bei der Ostallgäu-Lechfeld-Bahn und im Bayerischen Oberland bereits zu deutlichen Verbesserungen geführt hat, werden wir die offenen Themen konsequent vorantreiben – insbesondere was die Fahrgastinformationen und das Störfallmanagement betrifft“, so Prechtel. „Im Hinblick auf den Meridian erwarten wir außerdem, dass die BOB die Fahrzeugverfügbarkeit endlich in den Griff bekommt. Die Fahrgäste können sich darauf verlassen, dass die BEG den Druck hier aufrechterhält“, ergänzt Prechtel.

Die BEG nutzt die wöchentlichen Gespräche mit der Geschäftsführung der BOB/BRB im Übrigen nicht nur, um den aktuellen Umsetzungsstand der vereinbarten Maßnahmen zu kontrollieren, sondern greift auch regelmäßig aktuelle Qualitätsprobleme und Vorfälle auf. Die Maßnahmenliste wird somit bei Bedarf immer wieder um weitere Themen ergänzt. □

Bayerische Kommunen im Dialog mit der DB:

Schneller Ausbau von Radabstellplätzen an Bahnhöfen

An rund der Hälfte der bayerischen Bahnhöfe besteht Bedarf an weiteren Abstellplätzen für Fahrräder. Das ergab jüngst eine Erhebung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK Bayern) zu diesem Thema. Die diesjährige Bayerische Fachtagung Radverkehr in Donauwörth setzte genau hier an. Unter dem Motto „RAD.BAHN.BAYERN – Besser umsteigen mit Bike+Ride“ wurden die Bike+Ride-Offensive des Bundesumweltministeriums und der DB AG sowie die Fördermöglichkeiten des Freistaats für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen vorgestellt.

Die kombinierte Nutzung von Fahrrad und Bahn wird immer beliebter. Wichtige Verknüpfungspunkte sind Bahnhöfe im Schienenverkehr. Deshalb sind Abstellplätze in ausreichender Anzahl besonders wichtig für eine attraktive Wegeketten.

Auf der 6. Bayerischen Fachtagung Radverkehr haben die drei Veranstalter - die AGFK Bayern, das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr sowie die DB Station&Service AG - ihr gemeinsames Ziel, den schnellen Ausbau von Radabstellanlagen an bayerischen Bahnhöfen voranzutreiben, deutlich gemacht. Auch wurden Hemmnisse wie fehlende Flächen in Bahnhofsnähe, der Abschluss von Gestattungsverträgen und die Finanzierung besprochen und Lösungen gesucht. Über 140 kommunale Vertreter und Entscheidungsträger nutzten die Gelegenheit, sich mit den Verantwortlichen der Bahn und des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr auszutauschen.

Wichtige Hilfestellung

Im Zentrum der Veranstaltung stand der Dialog zwischen den Kommunen und der Bahn. Die regionalen Bahnverkehrsmanager waren als direkte Ansprechpartner vor Ort. Diese Gelegenheit wurde von Kommunen aus allen bayerischen Regierungsbezirken genutzt. „Die Fachtagung hat gezeigt, dass das Interesse auf Seiten der Kommunen hoch ist, in der Realität aber noch viele Fragen bestehen. Mit der heutigen Veranstaltung haben wir eine wichtige Hilfestellung gegeben“, resümierte Matthias Dießl, Landrat und Vorsitzender der AGFK Bayern. Ziel war es, den Aus-

tausch auf beiden Seiten zu fördern, um die Fahrradabstellsituation rund um viele bayerische Bahnhöfe zu verbessern und den Ausbau von Radabstellplätzen voranzubringen.

„Fahrradstellplätze im Bahnhofsumfeld sind ein wichtiger Schlüssel für die umweltfreundliche Anfahrt zum Zug. Unsere Bike+Ride-Offensive, die wir gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium (BMU) gestartet haben, sieht vor, bis 2022 deutschlandweit bis zu 100.000 neue Bike+Ride-Plätze zu installieren - viele davon in Bayern“, sagte Andreas Rudolf, Leiter des Regionalbereichs Süd der DB Station&Service AG, der für einen Großteil der bayerischen Bahnhöfe verantwortlich ist. Die Kommunen werden bei der Realisierung neuer Abstellanlagen unterstützt und erhalten vom Bund eine Förderung in Höhe von 40 % der förderfähigen Kosten. Soweit vorhanden, stellt die Bahn mietauf eigene Kosten Flächen zur Verfügung.

Auch der Freistaat Bayern hat sich ambitionierte Ziele gesteckt. Ein Ziel des Radverkehrsprogramms Bayern 2025 ist es, durch eine verbesserte Förderung für Fahrradabstellanlagen an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs jährlich bis zu 4.000 neue Fahrradabstellplätze zu schaffen. „Geeignete Fahrradabstellplätze sind ein Schlüssel für den vernetzten Verkehr und für nachhaltige Mobilität. Jeder Radler, der mit dem Rad zum Bahnhof und dann in öffentliche Verkehrsmittel umsteigt, leistet einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Straßen“, betonte Karl Schumacher vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. □

Landkreis Cham:

Weichen für den Rufbus gestellt

Im Rahmen eines Pressetermins unterzeichnete Landrat Franz Löffler zusammen mit sechs Verkehrsunternehmen aus dem Landkreis Cham und Tschechien eine Leistungsvereinbarung über Betrieb eines neuen Ruf- und Nachtbusverkehrs ab dem 01. Juni 2019. Der Landkreis Cham hat bereits im Jahr 2016 auf das veränderte Mobilitätsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger reagiert und deshalb eine Arbeitsgruppe Mobilität einberufen.

Seit 2018 ist ein Münchner Verkehrsinstitut beauftragt, die Strukturen und Anforderungen der vorhandenen Personenbeförderung im Landkreis Cham in einem Gutachten zu untersuchen und Handlungsempfehlungen für eine bessere ÖPNV-Versorgung abzugeben. Landrat Franz Löffler: „Mir war es wichtig, bereits während der laufenden Studie zu reagieren und mit dem neuen flexiblen Rufbuskonzept zunächst in unterversorgten Regionen des Landkreises zu starten, um auch hier ein gleichwertiges ÖPNV-Angebot schaffen zu können.“

Um den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zeiten, in denen der Einsatz der üblichen Linienbusse unrentabel ist, ein öffentliches Verkehrsmittel anzubieten, setzt der Landkreis Cham zunehmend sogenannte Bedarfsverkehre ein. Diese fahren nach einem festen Fahrplan und halten an den gekennzeichneten Rufbushaltestellen – allerdings nur nach rechtzeitigem Anmelden, um so Leerfahrten zu vermeiden. Da nur

diejenigen Fahrten durchgeführt werden, die vorher fest gebucht wurden, sind Rufbusse nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch flexibler und ökologischer als der normale Linienverkehr.

Flexibles Konzept

Zudem erschließt der Rufbus Regionen, die mit dem regulären ÖPNV nicht versorgt werden können. Der Rufbus verbindet abgelegene Ortschaften mit dem Gemeindehauptort und schließt damit an den überregionalen Bahn- und Busverkehr an. Ob zum Einkaufen, zum Arztbesuch oder einfach zum Treffen mit Freunden zu fahren, die Rufbusse im Landkreis Cham bieten Ihnen dafür attraktive Beförderungsangebote.

Die Anmeldung ist auf telefonischem Weg möglich. Unter der Nummer 09971/1359498 kann an 365 Tagen im Jahr zwischen 6.30 und 21.00 Uhr eine Fahrt gebucht werden. Auf der Landkreishomepage wurde unter der Rubrik Personenverkehr eine sepa-

rate Anwendung für den Rufbus eingerichtet. Hier ist neben den Fahrplänen auch eine Haltestellenauflistung abrufbar. Zudem kann der Rufbus auf der Homepage auch online gebucht werden. In einer Erweiterung wird auch die Buchung über die Wohn-du-willst-APP angestrebt. Zur Ergänzung wird auch ein Flyer mit Fahrplänen und Nutzungshinweisen aufgelegt.

Ebenfalls neu geplant wurde der Discobus, welcher zukünftig als „Nachtschwärmer“ wieder den ganzen Landkreis abdeckt. Zusätzliche Nachtzüge bieten zudem eine bessere überregionale Erschließung. Die Nachtzüge werden durch Busse angeschlossen. Die räumliche Erschließung gewährleistet auch hier die Rufbusse. Landrat Franz Löffler: „Als einer der wenigen Landkreise leisten wir uns noch einen Samstag-Nachtverkehr, immer noch mit der Priorisierung, jungen Leuten eine sichere Fahrt ins Freizeitvergnügen zu ermöglichen.“

Die Einführung der Rufbusse bedeutet sowohl für Fahrgäste aber auch Besteller und Verkehrsunternehmen „Neuland“. Geduld und Kommunikation sind die wichtigsten Instrumente, um eine erfolgreiche und dauerhafte Einrichtung daraus werden zu lassen. □

Über 21 Mio. Euro für Lärmschutz in Bayern

Rund 7,9 Kilometer Schallschutzwände gebaut
Umrüstung der Güterwagen schreitet voran

Im Rahmen des Programms „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ wurden in Bayern im Jahr 2018 rund 21,7 Millionen Euro für aktive und passive Schallschutzmaßnahmen investiert. Insgesamt errichtete die Deutsche Bahn (DB) rund 7,9 Kilometer neue Schallschutzwände und setzte an 92 Wohnungen passive Lärmschutzmaßnahmen um. Die Schwerpunkte lagen dabei im Nordwesten (Raum Würzburg) und im Südosten (Raum Plattling). 2019 wird der Fokus auf Würzburg sowie auf den Abschnitt zwischen dem Knoten Würzburg und Heidingsfeld gerichtet.

In Bayern wurde seit 2001 eine Gesamtstreckenlänge von 355 Kilometern vollständig lärmsaniert. Dafür haben Bund und DB über 190 Millionen Euro investiert.

Das übergeordnete Ziel:

Halbierung des Schienenverkehrslärms bis 2020

Die Deutsche Bahn hat eine „Zwei-Säulen-Strategie für mehr Lärmschutz“ entwickelt: Die Umrüstung der Güterwagen auf die Flüsterbremse und Schallschutzmaßnahmen an den Strecken. „Mit 53.000 Güterwagen rollen bereits 85 Prozent unserer Güterwagen leiser durch Deutschland und an rund 1.800 Streckenkilometern haben wir die Anwohner vom Lärm entlastet. Deshalb werden wir unser Versprechen einlösen und den Schienenlärm an den Strecken bis 2020 halbieren. Wir wollen mehr Verkehr auf der umweltfreundlichen Schiene und dafür brauchen wir die Akzeptanz der

Menschen“, so Andreas Gehlhaar, Leiter Umwelt und Lärmschutzbeauftragter der DB.

Rund 2.200 Städte und Gemeinden profitieren

Seit 1999 wird die „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ von der Bundesregierung gefördert. Damit wurde die finanzielle Möglichkeit geschaffen, Schallschutzmaßnahmen auch entlang vorhandener Schienenwege umzusetzen. Nachdem 2016 die Auslöswerte um 3 dB(A) abgesenkt wurden, erarbeiteten DB und Bund ein neues Gesamtkonzept, dass seit Anfang 2019 gültig ist.

Im Ergebnis können künftig rund 2.200 Städte und Gemeinden vom Lärmsanierungsprogramm profitieren, wobei sich der Gesamtbedarf der zu sanierenden Strecken auf 6.500 Kilometer erhöht hat – eine Steigerung von 75 Prozent. □

Beförderung nach Bedarf statt nach Fahrplan

Landkreis München prüft Einrichtung von On-Demand-Systemen im ÖPNV

Der Landkreis München will den Öffentlichen Personennahverkehr flexibler und bedarfsgerechter gestalten. In seiner jüngsten Sitzung hat der Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur des Landkreises deshalb beschlossen, die Einführung von On-Demand-Angeboten im ÖPNV sowohl im Tages- als auch im Nachtverkehr zu prüfen.

Ganz neu ist die Idee nicht: Die klassischen Rufbusse oder Anruf-Sammeltaxis sind seit vielen Jahren wichtige Bestandteile des öffentlichen Verkehrs nicht nur im Landkreis München. Nach dem Willen von Politik und Verwaltung sollen diese Angebote künftig aber noch flexibler und individueller gestaltet werden – sowohl personen- als auch streckenbezogen. Auf diese Weise könnten On-Demand-Systeme, also nachfragegesteuerte Beförderungsangebote, dazu dienen, auch bisher wenig oder nicht erschlossene Gebiete mit dem öffentlichen Nahverkehr zu verknüpfen.

Eine intelligente automatisierte Routenführung soll es gleichzeitig ermöglichen, die Bedarfe der Menschen und die gefährten Strecken und Ziele optimal aufeinander abzustimmen, um so die Effizienz deutlich zu erhöhen. „Pooling“ ist das Stichwort. Es gilt, möglichst viele Menschen mit ähnlichen Zielen auf ei-

ner Fahrt zusammenzufassen und sie mit möglichst geringem Strecken-, Zeit- und Ressourcenaufwand an ihre Wunschorte zu bringen. Mittelfristig könnte das sogar mit vollautomatisierten Fahrdiensten und unabhängig von Haltestellen funktionieren, sozusagen von Haustür zu Haustür.

„Es ist wichtig, dass wir auch diese Variante des ÖPNV, den sogenannten individualisierten öffentlichen Verkehr, näher betrachten. Der öffentliche Verkehr muss und darf kein starres Konstrukt bleiben, das sich ausschließlich im Korsett eines vorgegebenen Fahrplans bewegt“, so Landrat Christoph Göbel.

Transfer auf Nachfrage zu jeder Tages- und Nachtzeit

Im Rahmen des „Verkehrskonzepts Münchner Norden“ werden aktuell bereits Einsatzmöglichkeiten von On-Demand-Systemen für den öffentlichen Verkehr geprüft. Mit dem Be-

schluss des Ausschusses für Mobilität und Infrastruktur sollen nun in zwei weiteren Landkreisgebieten Möglichkeiten für On-Demand-Verkehre ausgelotet werden.

Südlicher Landkreis als Testgebiet

Im Tagesverkehr soll insbesondere überprüft werden, inwiefern nachfrageorientierte Angebote zur Verbesserung des Tangentialverkehrs sowie zur Anbindung an den schienengebundenen ÖPNV beitragen können. Auf diese Weise könnten Reisezeiten erheblich verkürzt und der Wechsel vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr attraktiver gemacht werden. Als Testgebiet wurde hierfür der südliche Landkreis zwischen Aying, Brunntal und Sauerlach identifiziert.

Die Verwaltung wurde darüber hinaus beauftragt, auch Rufbusysteme, ggf. als On-Demand-System, im südlichen Landkreis München (bis in den angrenzenden Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) zu prüfen und zur Verknüpfung mit dem ÖPNV im Landkreis München zu bringen.

Für die Nachtstunden sollen On-Demand-Angebote in Kommunen getestet werden, die direkt an die Landeshauptstadt angrenzen. Sie sollen die Attraktivität des ÖPNV im Stadt-Umland-Verkehr erhöhen. Als Testkommunen wurden Taufkirchen, Oberhaching und Unterhaching gewählt.

Testbetrieb soll zeitnah erfolgen

Bevor der Landkreis in den Testbetrieb der On-Demand-Angebote einsteigen kann, müssen jedoch noch einige grundlegende Fragen geklärt werden. Die Verwaltung wird sich dazu zeitnah mit in Frage kommenden Anbietern in Verbindung setzen und daran anschließend eine Leistungsbeschreibung erarbeiten, die dann dem Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur vorgelegt wird.

Darüber hinaus bewirbt sich der Landkreis München gemeinsam mit der Landeshauptstadt München beim Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderrichtlinie „MobilitätsWerkStadt2025“ um Fördergelder zur Umsetzung von Projekten im Bereich Mobilität.

Ziel des BMBF ist, den Einsatz neuartiger Technologien im Stadt-Umland-Verkehr zu erproben. Als Testfeld im Rahmen der Förderung haben sich Stadt und Landkreis München auf den Münchner Norden verständigt. Augenmerk soll dabei auch auf die Anbindung des Flughafens gelegt werden. Das Bewerbungsverfahren ist zweistufig. Die Benachrichtigung, ob beide Kommunen eine Bewerbung in der 2. Runde abgeben dürfen, wird für September 2019 erwartet. □



Der EBERflitzer (links) steht ab sofort den Mitgliedern des Carsharing-Vereins Anzing zur Verfügung. Bild: EBERwerk

EBERwerk übergibt E-Mobil an den Carsharing-Verein Anzing

Als kommunaler Energieversorger im Landkreis Ebersberg ist das EBERwerk von seinen 19 Gesellschafter-Gemeinden mit der Aufgabe betraut, die Energie- und Mobilitätswende vor Ort voranzutreiben. In diesem Kontext hat das EBERwerk ein besonderes Gefährt an den Carsharing-Verein Anzing übergeben.

Das auf den Namen EBERflitzer getaufte E-Mobil lässt sich zwischen Fahrrad und PKW einordnen und soll Autofahrten dort ersetzen, wo es möglich und sinnvoll ist. Als Zielgruppen des auf 45 km/h begrenzten E-Mobils kommen Bahnpendler, Zweitwagenbesitzer, Senioren und junge Leute in Frage, denn der Flitzer darf ab 16 Jahren gefahren werden. „Der Flitzer kann damit einzelne Nischen gut abdecken, hat aber nicht den Anspruch das Auto komplett zu ersetzen“, berichtet Manuel Herzog, der das Projekt im EBERwerk begleitet.

„Die Mitglieder des Carsharing-Vereins Anzing können nun für ein halbes Jahr testen, wie gut sich der EBERflitzer für Fahrten eignet, für die ein Auto einfach unnötig ist“, schildert Michael Liebmann, Vorstand des Carsharing-Vereins. Anschließend wan-

dert das E-Mobil in eine andere Gemeinde des Landkreises weiter. Ziel der Gratis-Leihgabe des EBERwerks ist es einerseits den frischgegründeten Carsharing-Verein zu unterstützen und andererseits eine echte Test-Möglichkeit zu schaffen. Für überzeugte Nutzer stellt das EBERwerk gerne den Kontakt zu Händlern her.

„Wenn damit erreicht werden kann, dass einige Zweitautos und vielleicht der eine oder andere Erstwagen ersetzt werden und sich zusätzlich der Gedanke des Carsharings weiter verbreitet, dann ist viel gewonnen für die Energie- und Mobilitätswende in Anzing und im Landkreis Ebersberg“, beschreibt Franz Finauer, erster Bürgermeister der Gemeinde Anzing, die den Carsharing-Verein von Anfang an gefördert hat und zudem Gesellschafterin des EBERwerks ist. □

Landkreis Bamberg:

Sichere und zügige Verbindungen für den täglichen Radverkehr

In konstruktiven Workshops mit allen Kommunen wurden die Grundlagen für den künftigen Alltagsradverkehr abgestimmt

Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Region Bamberg, zuständig für die Verteilung von EU-Fördergeldern im Landkreis Bamberg, erarbeitet derzeit in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro „topplan“ und der Verkehrsplanung des Landratsamtes eine Grundlagenplanung für den Alltagsradverkehr. Ziel ist die Schaffung eines flächendeckenden Radwegenetzes, das vor allem von Berufstätigen, aber auch von Schülern oder für Einkaufsfahrten genutzt werden kann.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf sichere, direkte und zügige Verbindungen z.B. zu zentralen Orten, großen Arbeitsgebieten, Schulen, Gewerbegebieten oder Bahnhöfen gelegt. Damit und durch die stetig steigende Verbreitung von E-Bikes soll ein Umstieg auf das Fahrrad erleichtert werden.

Nachdem die Grunddaten sowie die Wünsche und Vorschläge der Landkreiskommunen vom Planungsbüro bereits verarbeitet wurden, fanden über drei Tage hinweg Workshops mit allen Gemeinden statt, bei denen die für den Alltagsradverkehr am besten geeigneten Strecken festgelegt und in die Pläne eingearbeitet wurden.

Dass nahezu alle Gemeinden durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vertreten waren, unterstreicht die Bedeutung, die man diesem The-

ma beimisst. Davon und vor allem von der kollegialen und produktiven Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg konnte sich auch Landrat Johann Kalb, Vorsitzender der LAG Region Bamberg, überzeugen.

Wichtiger Baustein im Intermodalen Mobilitätskonzept

In der Diskussion mit den Beteiligten kam auch sein eindrucksvoller Wunsch zum Ausdruck, den Radverkehr im Landkreis weiter zu verbessern: „Wir sehen den Alltagsradverkehr als einen sehr wichtigen Baustein in unserem intermodalen Mobilitätskonzept. Da man diesen Teilbereich relativ gut abgrenzen kann, gehen wir davon aus, dass die Umsetzung der ersten vorgeschlagenen Maßnah-

men auch zügig erfolgen kann.“ Denkbar sind hierbei z.B. die Beseitigung von Gefahrstellen, Verbesserungen der Oberflächenbeschaffenheit oder die Einrichtung sicherer Abstellanlagen in Verbindung mit E-Bike-Ladestationen. Aber vor allem wird auch wichtigen Investitionen, wie dem (Aus-) Bau von Radwegen entlang der Straßen, eine hohe Priorität eingeräumt. Insbesondere wurden im Austausch mit den Gemeinden die noch zu schließenden Lücken im Wegenetz identifiziert, um mit deren Schließen das tägliche Aufsteigen auf's Rad künftig noch attraktiver zu machen.

Die Workshops sind damit eine weitere wichtige Etappe für den zukünftigen Alltagsradverkehr im Landkreis Bamberg. Über die Homepage des Planungsbüros können unter <https://maps.topplan.de> nicht nur die teilnehmenden Gemeinden sondern auch die Landkreisbürgerinnen und Landkreisbürger den Planungsfortgang tagesaktuell verfolgen.

Maßnahmenkatalog

Der weitere Fortgang des Projekts stellt sich wie folgt dar: Zunächst werden die Ergebnisse der Workshops von topplan weiterverarbeitet. Von Juni bis September wird das sich daraus ergebende Netz komplett abgefahren und Wegezustand, Breite und Gefahrstellen digital erfasst. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wird ein mit Umsetzungsprioritäten versehener Maßnahmenkatalog entstehen, der den beteiligten Institutionen als wichtiges Werkzeug für die schrittweise Umsetzung zur Verfügung gestellt wird. Die Fertigstellung der Grundlagenplanung Alltagsradverkehr ist für Ende dieses Jahres vorgesehen, so dass mit ersten Umsetzungen Anfang 2020 begonnen werden kann. □



Landrat Johann Kalb in der Diskussion über das künftige Netz für Alltagsradler. Bild: LAG Region Bamberg

Jetzt kostenlos informieren: 0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN



Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Landkreisgemeinden und Städten des direkten Würzburger Umlands trafen sich im Rathaus, um eine gemeinsame Strategie einer nachhaltigen und emissionsarmen Mobilität auf den Weg zu bringen. Hinten Mitte Oberbürgermeister Christian Schuchardt, links daneben Landrat Eberhard Nuß. Bild: Claudia Lothar

Reine Luft kennt keine Grenzen

Knapp 80.000 Menschen pendeln täglich in die Stadt Würzburg ein. Die Regiopole ist für sie Arbeitgeber, Schulstadt, medizinischer Versorger, Einkaufszentrum und Feiertourismus. Eine attraktive Stadt ist Anziehungspunkt für die gesamte Region. Das bringt Vor- und Nachteile mit sich.

Die Nachteile zeigen sich an hohen Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Belastungen. Soll Mobilität für alle nachhaltig und emissionsarm gestaltet sein, muss Verkehr überörtlich organisiert

sein. Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Landrat Eberhard Nuß luden daher zu einem „Sauber Mobil“ Vernetzungs- und Informationstreffen Bürgermeister und Vertreter aus Städten

und Landkreisgemeinden aus Verkehrsverbänden und im 10-Kilometer-Radius rund um Würzburg ins Rathaus.

„Wir brauchen einen Masterplan für Stadt und Landkreis“, machte Oberbürgermeister Christian Schuchardt deutlich. „Denn wir möchten emissionsarme und verträgliche Mobilität fördern, dabei die Mobilität für alle gewährleisten und noch verbessern.“ Ziele sind eine interkommunale Gesamtstrategie und ein Maßnahmenkatalog, bei der beispielsweise gemeinsame Park- & Ride-Konzepte, eine Verbesserung des ÖPNV, die Einführung von

Elektrobussen und die Ausrüstung der Omnibusse mit SCRT-Filtern im Fokus stehen.

Bei dem ersten interkommunalen Treffen zeigte sich, dass die einzelnen Gemeinden unterschiedliche Anforderungen mitbringen. Schlagworte, die öfters fielen, waren Schnellbuslinien und intelligente Linienführungen wie auch die Umlenkung von Verkehr auf die Bahn. Verabredet wurden weitere Treffen, bei denen nun zunächst Arbeitsgruppen gebildet werden. Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Landrat Eberhard Nuß ziehen aus dem ersten Sauber Mobil Vernetzungstreffen Stadt-Land positive Impulse: „Die Bereitschaft gemeinsam voranzugehen, ist groß.“ □



Die Zahl der Fahrgäste hat sich mehr als verdoppelt. □

Kostenloser Pfaffenhofener Stadtbus kommt gut an

Seit dem 10. Dezember 2018 fährt der Pfaffenhofener Stadtbus kostenlos – und das kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut an. Die Zahl der Fahrgäste ist um satte 110 Prozent gestiegen. Das Konzept der Stadt Pfaffenhofen geht also auf: Sie will den Stadtbus attraktiver machen, um den individuellen Verkehr zu verringern und der enorm gestiegenen Verkehrsbelastung in der Innenstadt gegenzusteuern.

Mit dem kostenlosen Stadtbus nimmt Pfaffenhofen eine Vorreiterrolle ein, und bundesweit macht die Stadt damit in den vergangenen Monaten von sich reden. Mehrere Fernsehsender waren vor Ort, um über den tollen Bürgerservice zu berichten, der zugleich einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und gegen den drohenden Verkehrskollaps darstellt. Auch Zeitungen in ganz Deutschland haben das Thema aufgegriffen und die Pfaffenhofener Initiative als vorbildlich dargestellt.

Den Beschluss, die Stadtbusse drei Jahre lang völlig kostenlos fahren zu lassen, hatte der Stadtrat im September übrigens ziemlich überraschend gefasst. Zuvor war nämlich „nur“ von verschiedenen Optimierungen und auch deutlichen Gebührensenkungen die Rede gewesen. Doch dann übertraf der Stadtrat den Vorschlag der Verwaltung, der eine drastische Gebührensenkung vorsah, nochmals bei weitem – und zwar nahezu einstimmig.

Für mehr Nachhaltigkeit

Um nun belegen zu können, dass das Gratisangebot von den Pfaffenhofenern angenommen wird und die Bürger häufiger vom Auto auf den Bus umsteigen, wurde im Februar eine Fahrgastzählung durchgeführt. In einem Zeitraum von zwei Wochen wurden genau 22.650 Mitfahrer gezählt. Damit hat sich das Fahrgastaufkommen mehr als verdoppelt,

denn bei früheren Zählungen waren jeweils nur etwa 10.000 Fahrgäste in zwei Wochen registriert worden, im November 2018 waren es sogar noch weniger.

Ganz allein auf den Nulltarif sind die gestiegenen Fahrgastzahlen wohl nicht zurückzuführen. Immerhin wurde das ganze Stadtbusangebot attraktiver gestaltet: Die Busse fahren häufiger – fast durchweg und fast auf allen Linien im Halbstundentakt – und abends länger. Außerdem wurden Linienführungen geändert und die Ilmtalklinik sowie das EcoQuartier besser angebunden.

Insgesamt handelt es sich bei dem kostenlosen und verbesserten Stadtbus-Angebot um eine Investition für mehr Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Bus-statt Autofahren spart Geld und die Parkplatzsuche. Und weniger Kfz-Verkehr in der Stadt trägt zum Wohle aller zum Klimaschutz bei, schont die Nerven von Anwohnern und Passanten und verbessert die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt.

Die in früheren Jahren oft monierten „Geisterbusse“, die leer durch die Stadt fahren, gibt es so gut wie nicht mehr. Aber es gibt nach wie vor Stoßzeiten, an denen die Busse besonders gefragt sind: Morgens zwischen 5.30 und 8.30 Uhr sind die Stadtbusse am vollsten, denn dann machen sich die meisten Arbeitnehmer und Schüler auf den Weg. Die Heimfahrten dagegen verteilen sich über den ganzen Nachmittag und Abend. □

Großes Interesse an Steigerwaldbahnkonferenz

Nach wie vor geteilte Meinung hinsichtlich einer möglichen Reaktivierung

Landkreis Schweinfurt. Auch wenn die Meinungen über eine mögliche Reaktivierung der Steigerwaldbahn im Landkreis Schweinfurt noch immer sehr auseinander gehen, war man sich bei einer Sache hinsichtlich der Konferenz zu diesem Thema im Landratsamt Schweinfurt einig: „Ich habe von allen Teilnehmern die Rückmeldung, dass es gut und richtig war, dass wir – das Landratsamt – einmal alle Interessensvertreter zusammengebracht haben, um das Thema sachlich und mit all seinen Aspekten zu diskutieren“, sagt Landrat Florian Töpfer.

Das Landratsamt hatte Befürworter wie Gegner eingeladen und so waren die unterschiedlichsten Interessensgruppen und Akteure bei der Konferenz vertreten: Bürgermeister der Anrainergemeinden der Strecke (auch aus dem Landkreis Kitzingen), Handwerkskammer für Unterfranken, Industrie- und Handelskammer Schweinfurt-Würzburg, Förderverein Steigerwald-Express e. V., Verkehrsgemeinschaft Schweinfurt, Fahrgastverband ProBahn, Verkehrsclub Deutschland und viele mehr. Insgesamt rund 40 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt und diskutierten sachlich unter der Leitung der Moderatorin Dorte Meyer-Marquart.

Ergebnis der Gutachten

Nach der Einführung in die Thematik durch den Nahverkehrsbeauftragten Michael Graber (Landratsamt Schweinfurt) folgte die Vorstellung der beiden Gutachten von Dr. Konrad Schliephake (im Auftrag des Fördervereins Steigerwald-Express) und Peter Roßkothen von der kobra Nahverkehrs GmbH und Thomas Müller vom Ingenieurbüro Wallerich & Co. (beide im Auftrag des Landkreises Schweinfurt). Kurz zusammengefasst: Beide Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass grundsätzlich ausreichend Fahrgastpotenzial für eine Reaktivierung vorhanden wäre. Für und Wider müssten aber in jedem Fall abgewogen werden.

Stellungnahmen

Anschließend konnten die Teilnehmer zu folgenden Themen ihre Stellungnahmen abgeben: Verkehrliche Belange und Anfor-

derungen an die Attraktivität in Bezug auf den ÖPNV; Siedlungsentwicklung; Umwelt, Klimaschutz und Gesundheit (Lärm); Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung inklusive Tourismus; erforderliche Bahninfrastruktur; Kosten und Finanzierung.

Enorme Resonanz

Groß war das Interesse auch seitens der Zuhörer. Insgesamt rund 70 Bürger aus der Region, darunter auch etwa 20 Mitglieder des Kreistags, verfolgten aufmerksam die insgesamt vierstündige Veranstaltung. Auch die Bürger konnten anhand von Zetteln und Pinnwänden ihre Fragen und Meinungen äußern. Eine kurze Meinungsabfrage am Ende der Konferenz zeigte, dass die Auffassungen noch immer weit auseinanderliegen.

Eine finale Entscheidung hinsichtlich der Haltung des Landkreises Schweinfurt obliegt jedoch ohnehin den politischen Vertretern des Landkreises. Alle an der Strecke zwischen Schweinfurt und Gerolzhofen liegenden Gemeinden, also Sennfeld, Lültsfeld, Frankenwinheim, Gerolzhofen (hat seinen Antrag inzwischen wieder zurückgezogen), Sulzheim, Grettstadt und Gochsheim haben einen Antrag auf Entwidmung der Gleise gestellt, um die Grundstücke, die zum Teil mitten in der Ortschaft liegen, einer neuen Nutzung zuzuführen.

Der Landkreis wurde deshalb von den dafür zuständigen Stellen (Eisenbahn-Bundesamt bzw. Regierung von Mittelfranken) zu einer Stellungnahme aufgefordert. Landrat Florian Töpfer hat daher das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagsitzung gestellt. □

Saaleradweg feiert 25. Jubiläumsjahr

In Anwesenheit von Gründervater und Alt-Oberbürgermeister Dieter Döhla ist am Theresienstein in Hof offiziell das Jubiläumsjahr „25 Jahre Saaleradweg“ eröffnet worden. Beim Auftakt der Jubiläumstour am 23. Juni werden die Radfahrer rund 50 Kilometer durch den Landkreis Hof unterwegs sein. Der Landkreis Hof organisiert und gestaltet die Jubiläumstour in Zusammenarbeit mit der Stadt Hof und dem Verein Saaleradweg.

Anlässlich des Jubiläums erinnerte Hof's Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner an die Meilensteine der Entwicklung: Seit 25 Jahren verbindet der Saaleradweg die drei Bundesländer Bayern, Thüringen und Sachsen-Anhalt auf 403 Kilometern Länge und ist damit ein großes Symbol der Wiedervereinigung.

Erlebnis und Vergnügen

Am 6. Mai 1994 während der Landesgartenschau in Hof wurde der Saaleradweg eingeweiht. Er gilt als einer der schönsten und abwechslungsreichen Flüsse-Radwege Deutschlands und ist ständig unter den zehn beliebtesten zu finden. Der Saaleradweg führt von der Quelle am Nordhang des Waldsteins bis zur Mündung in die Elbe bei Magdeburg. Für OB Fichtner ist er ein Erlebnis - gerade mit der Familie oder mit Freunden: „Geschaffen wurde nicht nur ein Weg, sondern ein Erlebnis und ein Vergnügen für alle, die sich gerne in der Natur bewegen.“

Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft wurde und wird der Radweg bis heute stetig weiter-

entwickelt, so dass es möglich ist, ihn komplett durchzuplanen. Die zugehörige Website bietet neben der Buchung geeigneter Hotels auch Höhenprofile und alle GPX-Daten.

Verbindendes Element

Landrat Dr. Oliver Bär zufolge „hat der Saaleradweg für uns, als ein verbindendes Element über Landesgrenzen hinweg, eine besondere Bedeutung. Wir wollen den Tag nutzen, um den Besuchern unsere schöne Region zu präsentieren, gleichzeitig aber auch die Zukunftsprojekte des Hofer Landes vorstellen.“ Das Programm zur Jubiläumstour wird im Moment erarbeitet und in den nächsten Wochen vorgelegt.

Höhepunkt der Festivitäten ist die sieben-tägige Jubiläumstour vom 23. bis 26. Juni von der Saalequelle bei Zell am Waldstein im Fichtelgebirge bis zur Mündung in die Elbe. Herrliche Panoramablicke ins Fichtelgebirge, in den Frankenwald, Thüringer Wald und auf die Saale belohnen die Radler nun schon seit 25 Jahren für die auch enthaltenen Anstiege. DK



Stadt und Landkreis Fürstfeldbruck auf einer Linie:

Neuer ExpressBus X80 verbindet Moosach, Lochhausen und Puchheim

Im Münchner Norden wird der Busverkehr weiter ausgebaut: Ende April nahm der neue ExpressBus X80 den Betrieb auf. Die schnelle Querverbindung macht den ÖPNV im Stadtgebiet noch attraktiver und stärkt den Stadt-Umland-Verkehr zwischen München und dem Landkreis Fürstfeldbruck. Die neue Linie verbindet Moosach, Lochhausen, Gröbenzell und Puchheim Bahnhof auf direktem Weg. Sie wird von der Landeshauptstadt München, dem Landkreis Fürstfeldbruck, dem Freistaat Bayern und der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) gemeinsam finanziert.

Unser Bild zeigt Bürgermeister Norbert Seidl (Puchheim), Dr. Burkhard Hüttl (MVG), Kreisrat Hubert Ficker, Bürgermeister Martin Schäfer (Gröbenzell), Staatsminister Dr. Hans Reichhart, Landrat Thomas Karmasin, Wolfgang Kuhn (Vorsitzender des BA 10 Moosach) und Clemens Baumgärtner (Referent für Arbeit und Wirtschaft LH München) bei der offiziellen Übergabe der neuen Expressbuslinie. □

CSU-Fraktionschef Manuel Pretzl zur MVV-Tarifreform

Die Landeshauptstadt München hat in der Stadtratsvollversammlung dem Ergebnis der Verhandlungen zur Strukturreform des Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) mit den umfangreichen Tarifvereinfachungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zugestimmt.

Wie Stadtrat Manuel Pretzl, Bürgermeister und Vorsitzender der CSU-Fraktion, feststellte, „kommt eine jahrelang ergebnislos verlaufende Debatte endlich zu einem für die Münchnerinnen und Münchner erfolgreichen Abschluss. Unsere Devise bei der Reform ist deutlich: Das Angebot muss so attraktiv sein, dass es sich lohnt, auf das Auto zu verzichten. Die Stadt-Flatrate vereinfacht die Tarifauswahl und der Preis wird vor allem für die Kunden mit mehr Ringen günstiger.“

Mobilitätsoffensive als echter Anreiz

„Diese neue Flexibilität im Stadtraum“, so Pretzl weiter, „ist ein echter Anreiz, öfter vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen und die Monatskarte voll auszunutzen. Wir freuen uns, dass neben den Verbundlandkreisen auch der Freistaat zu seiner angekündigten Mobilitätsoffensive steht. Die CSU schiebt beim ÖPNV-Ausbau an, auf Landesebene und im Rathaus.“ □

Bayerisches Afrikapaket:**Neues Kapitel in den Beziehungen Bayerns zu Afrika**

Die Bayerische Staatsregierung schlägt mit dem nunmehr beschlossenen Bayerischen Afrikapaket ein neues Kapitel in den Beziehungen Bayerns zu den Ländern Afrikas auf. Afrika ist ein Kontinent im Umbruch, der Herausforderungen, aber auch Chancen bietet. Das Bayerische Afrikapaket nimmt dabei die wichtigen Impulse der Reise des Ministerpräsidenten nach Äthiopien Mitte April 2019 auf.

Die Staatsregierung will die Entwicklung einzelner afrikanischer Staaten gezielt unterstützen, ihre Eigenverantwortung stärken und langfristige Partnerschaften in ganz Afrika entwickeln. Äthiopien soll Modellland für die neue Zusammenarbeit Bayerns mit Afrika werden. Daneben sollen vor allem die bestehenden Beziehungen zu Tunesien, den südafrikanischen Regionen Westkap und Gauteng sowie Senegal fortgeführt und ausgebaut werden.

Entsprechend den bayerischen Kernkompetenzen werden die inhaltlichen Schwerpunkte auf wirtschaftlicher Entwicklung, schulischer und beruflicher Bildung, Wissenschaft, Landwirtschaft, Umwelt sowie Verwaltung liegen. Im Doppelhaushalt 2019/2020 sind pro Jahr insgesamt 12,3 Mio. Euro für Projektförderungen vorgesehen.

Mit der Eröffnung des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba/Äthiopien hat die Staatsregierung bereits ein sichtbares Zeichen für ihr langfristiges Engagement gesetzt. Das Bayerische Afrikabüro ist Anlaufpunkt und Drehscheibe für den Austausch mit dem Kontinent, es unterstützt bei der Koordinierung der Aktivitäten und ist die feste Kontaktstelle Bayerns zu Äthiopien und zur Afrikanischen Union. □



Menschen aus dem Norden Simbawes werden durch das Projekt unterstützt. Bild: ClimatePartner

Hand in Hand für den Klimaschutz

UNSER LAND-Firmensitz wird klimaneutral

Klimaschutz durch kurze Wege! Dieses Ziel verankerte schon die erste, der inzwischen zehn Solidargemeinschaft des Netzwerkes UNSER LAND in ihren Aufgaben. Geschlossene regionale Kreisläufe sicherten von Beginn an diesen Anspruch für alle UNSER LAND-Lebensmittel. Ende 2018 ging UNSER LAND einen weiteren entscheidenden Schritt in Sachen Klimaschutz. Der Verwaltungsstandort und das Lager in Esting im Landkreis Fürstentum sind klimaneutral.

Nicht nur der Transport verursacht CO₂-Emissionen. Betriebsenergie, Verpackungen, E-Commerce, Büro- und Schreibwaren oder Mitarbeiterfahrten sind nur einige Beispiele, die ihren Teil zu den klimabelastenden CO₂ Emissionen beitragen können. Die genauen Werte für den Verwaltungsstandort und die Lager von UNSER LAND analysierte das Netzwerk gemeinsam mit ClimatePartner, einem Klimaexperten und Strategieplaner, über mehrere Monate im Detail. Zunächst entwickelten sich aus den Ergebnissen Ideen und Strukturen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und zu vermeiden.

Klimafreundliche Bilanz

„In vielen Bereichen zeigte sich UNSER LAND schon sehr klimafreundlich“, erklärt Steffen Wilhelm, Geschäftsführer der UNSER LAND GmbH. „Das Gebäude wird mit Holzpellets geheizt und eine eigene Photovoltaikanlage erzeugt Strom. Die darüber hinaus benötigte Elektrizität stammt größtenteils aus erneuerbaren Energiequellen.“

Auch die kurzen Wege in die elf Landkreise des Netzwerkes wirkten sich absolut positiv auf die Bilanz aus.

CO₂ – sinnvoll ausgleichen

Am Ende blieb ein Anteil an Emissionen, die zunächst nicht vermeidbar sind. Mit Hilfe von ClimatePartner suchte UNSER LAND nach einem passenden Klimaschutzprojekt zum Ausgleich dieser CO₂-Emissionen und wurde in Simbabwe fündig. Das Projekt Kariba REDD+ ist stark landwirtschaftlich geprägt. Der Norden Simbawes ist von Dürre und Armut gezeichnet, während die Bevölkerung stetig wächst. Fast drei Prozent der Waldfläche fallen jährlich der Abholzung zum Opfer. Das schadet den lokalen Ökosystemen enorm. Dieses Projekt schützt den Wald mit nachhaltigem Anbau. Gleichzeitig fördert es die Landwirtschaft und schafft Einkommens- sowie Versorgungsmöglichkeiten über Gemüsegärten, Kleinunternehmen und Ausbildung.

Kariba REDD+ verfolgt nahezu identische Ziele wie UN-



Unser Bild zeigt die jordanische Delegation beim Besuch des Müllheizkraftwerks in Augsburg.

Bild: Wiedemann, AWW

Know-how aus der Region soll Jordanien unterstützen

Der Abfallwirtschaftsverband Nordschwaben teilt sein Fachwissen mit der jordanischen Stadt Jerash

In der Stadt Jerash spielt Abfall eine immer wichtigere Rolle. Die Stadt beherbergt neben ihren etwa 40.000 Einwohnern nämlich auch ca. 20.000 Flüchtlinge aus den Nachbarregionen in Syrien und Palästina. Damit wird neben vielen anderen Bereichen auch die Entsorgung des anfallenden Mülls zu einer echten Herausforderung.

Um Verbesserungspotenziale zu erkennen und von eingeübten Abläufen in Deutschland zu profitieren, war zuletzt eine sechsköpfige Delegation aus Jerash zu Gast in unserer Region. Im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ organisierte der Abfallwirtschaftsverband (AWV) Nordschwaben mit seinem Werkleiter Gerhard Wiedemann und dem Verbandsvorsitzenden Landrat Stefan Rößle zahlreiche Termine für die sechs Frauen und Männer aus der Jordanischen Verwaltung, Politik und Abfallwirtschaft.

Voneinander profitieren

Unter anderem konnten sie hierbei moderne Müllverbrennungs- und Recyclinganlagen sowie Mülldeponien und die Transportlogistik genauer unter die Lupe nehmen.

Landrat Rößle, der das Projekt in die Wege leitete, zeigt sich über den Erfolg erfreut: „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit funktioniert vor allem dann, wenn man sich auf einer Ebene begegnet und voneinander profitieren kann. Unser AWV gibt sein Fachwissen gerne weiter und durch eine Verbesserung der Situation in Jordanien profitieren auf lange Sicht alle

SER LAND. „Das beweist einmal mehr die Zusammenhänge der Lebensbedingungen hier mit den Lebensbedingungen auf anderen Kontinenten“, resümiert Adriane Schua, 1. Vorsitzende des Dachvereins UNSER LAND e.V. „Der finanzielle Ausgleich der übrigen CO₂-Emissionen am UNSER LAND-Standort in Esting an das Waldschutzprojekt in Simbabwe hilft den Menschen dort, dem Klima und uns allen, weil er dazu beiträgt, das Gleichgewicht wiederherzustellen.“

Solidarisches Netzwerk

UNSER LAND besteht aus zehn Solidargemeinschaften und einer Vermarktungsgesellschaft. Das Netzwerk umfasst München, die umliegenden Landkreise und Augsburg. Es hat das Ziel, Verbraucher für die Zusammenhänge regionaler Kreisläufe zu sensibilisieren und Lebensmittel regional sowie nachhaltig anzubieten. Nach über 20 Jahren Erfolgsgeschichte führen rund 800 Märkte die 100 Lebensmittel, erzeugt nach sozialen, ökologischen und ökonomischen Ansprüchen. □

Workshop in Augsburg

Ohne Nachhaltige Entwicklung hat unser Planet keine Zukunft. Umgesetzt werden muss die Nachhaltigkeit zuerst auf kommunaler Ebene.

Im Workshop, den die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation mit dem Landkreis Augsburg am 25. Juni im dortigen Landratsamt anbietet, erfahren Sie es!

Die Servicestelle arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Zum Mitmachen eingeladen sind alle, die in der Kommunalpolitik tätig sind und/oder in einer Kommunalverwaltung oder einem kommunalen Unternehmen arbeiten.

In Diskussionen, Vorträgen und einer Kreativwerkstatt werden Sie zum Wissensträger, Trendsetter und Netzwerker. Im Fokus stehen die Themen „Global nachhaltige Kommune“, „Migration und Entwicklung“, „Fairer Handel und faire Beschaffung“ sowie „Kommunale Partnerschaften“.

Es sind noch Plätze frei. Anmeldeschluss ist der 7. Juni.

Anmeldung unter: skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/einsteigertag-kommunale-entwicklungspolitik.html □

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK ÖFFNET TÜREN

Machen Sie mit uns die ersten Schritte

Kommunen, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen, sind Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger. Mit nachhaltigen Projekten bereichern sie die Menschen lokal um das Wissen der Einen Welt. Fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung erhalten Sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer

Im Auftrag des

bvse-Tagungen:

Internationaler Altpapiertag und Mineraliktag

Das seit Januar geltende neue Verpackungsgesetz sowie weiter fortschreitende Konzentrationsprozesse bringen die bisherige Ordnung im Altpapiergeschäft und auf dem Verwertungsmarkt gehörig in Bewegung. Die Auswirkungen von Machtverschiebungen und die Zukunftsaussichten der Branche waren Top-Themen auf dem diesjährigen bvse-Altpapiertag in Düsseldorf. Der bvse-Mineraliktag in Hamburg wiederum nahm sich mit Unterstützung von anerkannten Experten aus Politik, Wissenschaft, Recht und Praxis den aktuellen Themen der Baustoff- und Mineralikrecyclingbranche an. Dazu zählt unter anderem die Frage, wie es nun mit der Mantelverordnung weitergeht.

Zu den – nicht nur für viele kleine und mittelständische Branchenunternehmen – brennenden existenziellen Themen hatte der bvse mit Rechtsanwalt Walter Hartwig (Grüneberg Rechtsanwälte Köln) einen Experten zum Internationalen Altpapiertag eingeladen, der die Auswirkungen des neuen Verpackungsgesetzes auf die Vertragsbeziehungen der Kommunen zu Sammlern und Verwertern durch die Rechtsbrille beleuchtete.

Ergänzend dazu gab der Geschäftsführer der GOA-Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung mbH, Schwäbisch Gmünd, und Mitglied des geschäftsführenden bvse-Präsidiums, Henry Forster, den über

500 Teilnehmern einen Einblick in das drohende Szenario der Folgen, die das Verpackungsgesetz und die Neuordnung der Entsorgungsbranche auf den Verwertungsmarkt haben könnten.

Chinesische Importrestriktionen

Die Konsequenzen aus den Importrestriktionen der Volksrepublik China für Altpapier haben die Branche stark beschäftigt und standen weit oben auf der Agenda der Recyclingwirtschaft. Das erklärte bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Papierrecycling, Werner Steingaß, in seiner Eröffnungsrede.

Laut Steingaß „beeinflussen die Auswirkungen unsere Märkte nach wie vor. Bis zum Jahr 2017 importierte China rund 30 Millionen Tonnen Altpapier pro Jahr, also die doppelte der in Deutschland anfallenden Menge, aus aller Welt. In der Folge des faktischen Importstopps schmolz diese Importmenge mittlerweile auf ca. sieben Millionen Tonnen, also auf weniger als ein Viertel. Die verschärfte Import-Politik Chinas führt dazu, dass die dortige Papierindustrie den eigentlich dringend benötigten Rohstoff Altpapier seither nicht in der erforderlichen Menge erhält. Die Papierfabriken mussten ihre Produktion drastisch zurückfahren, während die produzierende Industrie in China dringend Verpackungen aus Papier benötigt und mittlerweile vermehrt Fertigware importiert.“ Es sei nicht zu erkennen, dass sich hieran etwas ändert, im Gegenteil, die Importlizenzen würden weiter reduziert, so der Vizepräsident.

Die Papiermaschinen in Chinas Anrainerstaaten laufen derzeit auf Hochtouren. Chinesische Papierproduzenten bauen zudem außerhalb Chinas neue Werke.

Europäischer Lernprozess

Für Europa als Nettoexporteur von ca. 8 Mio. Tonnen Altpapier, die bis zum Inkrafttreten der chinesischen Restriktionen zu einem großen Anteil nach China flossen, haben die neuen Gegebenheiten in China natürlich gleichwohl starke Auswirkungen. Europa versinke jedoch nicht im Altpapier, betonte Steingaß, denn die Branche habe gelernt mit schwierigen Situationen umzugehen: „Die Entsorgungs- und Recyclingbranche in Europa und insbesondere in Deutschland wird aus der Krise, die durch die chinesischen Importrestriktionen verursacht wurde, in ein bis zwei Jahren deutlich gestärkt hervorgehen.“

nötigt werde grenzüberschreitendes Recycling. Innerhalb der EU dürfe es keine hinderlichen Notifizierungsverfahren geben. Auch Nachweisverfahren machen im Bereich des Kupfers ebenso wenig Sinn wie Dokumentationspflichten, wie sie in der klassischen Abfallverbringung von Müll bekannt sind.

Plädoyer für das Sammeln von Altpapier

Die deutsche Papierindustrie forderte die Verbraucher wiederum auf, beim Sammeln von Altpapier nicht nachzulassen. Altpapier sei mit einer Einsatzquote von knapp 75 Prozent der bei weitem wichtigste Rohstoff in der Papierherstellung hierzulande. So seien 2017 über 17 Mio. Tonnen Altpapier wiederverwertet worden, teilte der Verband Deutscher Papierfabriken mit. Damit gehöre Altpapier zu den am stärksten wiederverwerteten Sekundärrohstoffen. Jede dritte Tonne Altpapier in Europa wurde damit in Deutschland recycelt. Wichtig sei, dass die Verbraucher auch in Zukunft intensiv sammeln und Altpapier nicht mit anderen Materialien vermischen und damit verunreinigen.

In Deutschland tragen die Privathaushalte zur Hälfte des Altpapieraufkommens bei. Die andere Hälfte stammt aus der gewerblichen Altpapiererfassung, z.B. durch die Sammlung in Supermärkten.

Insgesamt werden rund drei Viertel des in Deutschland verbrauchten Papiers wieder eingesammelt. Der Rest verbleibt in langlebigen Produkten wie Büchern, Akten oder Möbeln bzw. steht als Hygienepapier nach Gebrauch nicht mehr für das Recycling zur Verfügung. Wegen des hohen Einsatzes von Altpapier als Rohstoff ist Deutschland seit mehreren Jahren sogar Netto-Importeur von Altpapier. **DK**

Im Rahmen des bvse-Mineraliktages in Hamburg wies bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock darauf hin, dass die Verabschiedung der Mantelverordnung für die Branche von grundlegender Bedeutung ist. Dies wurde durch das Ergebnis einer von Vizepräsident Jürgen Weber vorgestellten Blitzumfrage des bvse bestätigt. Gerade einmal 54 % der Umfrageteilnehmer bezeichnen die bisher geltenden inhaltlichen Regelungen der einzelnen Bundesländer als zufriedenstellend. Für 81 % ist der Vollzug jedoch nicht zufriedenstellend.

Eine möglichst einheitliche Regelung, die durchaus länderspezifische Besonderheiten zulassen sollte, ist nach Auffassung von Jürgen Weber, der auch Vorsitzender des Fachverbandes Mineralik – Recycling und Verwertung ist, daher dringend erforderlich.

Keinen genauen Zeitplan für die Verabschiedung der Mantelverordnung konnte freilich Michael Heugel vom Bundesumweltministerium präsentieren. Er betonte aber, dass im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition dieses Thema ausdrücklich auf die Politische Agenda gebracht worden sei.

Baustoffrecycling hat Zukunft

Heugel zufolge bereitet eine länderoffene Ad-hoc Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) und der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) das vorstehende Bundesratsverfahren inhaltlich vor, um keine unnötige Zeit zu verlieren. Nach seinem Eindruck sind die Beratungen in diesem Gremium bisher sehr konstruktiv verlaufen. Der BMU-Regierungsdirektor rechnet daher fest damit, dass es letztlich eine bundeseinheitliche Verordnung geben wird.

Nach Darstellung von Jürgen Weber sehen die Mitgliedsunternehmen des bvse im Baustoffrecycling die Zukunft. 63 % der Unternehmen gaben in der Umfrage an, dass sie in diesem Bereich investieren wollen. Allerdings machte Weber auch deutlich, dass sich die Branche für diesen Weg mehr Rückendeckung durch die Politik erwartet. **DK**



Der Bamberger Landrat Johann Kalb (Mitte) und der zweite Bürgermeister der Stadt Hallstadt, Ludwig Wolf (r.), eröffnen mit den Wertstoffhofbetreuern den neuen Wertstoffhof des Landkreises in Hallstadt.

Bild: LRA Bamberg

Wichtiger Baustein des Abfallwirtschaftskonzeptes:

Neuer Wertstoffhof in Hallstadt

Die erste abgesenkte Grüngutsammelstelle, eine Solaranlage, LED-Beleuchtung, Blühstreifen, viel Platz für die Anlieferung der Wertstoffe: Das und vieles mehr zeichnet den neuen Wertstoffhof des Landkreises Bamberg in direkter Nachbarschaft zum Bauhof und zum neuen Feuerwehrgerätehaus in Hallstadt aus.

„Die Abfallwirtschaft des Landkreises hat ihr Angebot erweitert. Gleichzeitig haben die Kreisgremien im Jahr 2018 beschlossen, dass die Müllgebühren mindestens vier Jahren stabil bleiben“, freute sich Landrat Johann Kalb bei der Eröffnung des Wertstoffhofes über ein leistungsfähiges Abfallwirtschaftssystem. Die Kosten für den neuen Wertstoffhof Hallstadt liegen bei gut 400.000 Euro. Insgesamt sichert ein Netz von elf dieser Einrichtungen im Kreis eine möglichst wohnortnahe Abgabe der Wertstoffe. „Sie sind ein wichtiger Baustein des Abfallwirtschaftskonzeptes.“

Wider die Wegwerf-Gesellschaft

Der Zweite Bürgermeister der Stadt Hallstadt, Ludwig Wolf, stufte den neuen, modern gestalteten Wertstoffhof als „hervorragende Möglichkeit ein, der Wegwerf-Gesellschaft zu begegnen“.

Der bisherige Wertstoffhof genügte den gestiegenen Anforderungen der differenzierten Wertstoffeffassung nicht mehr. Ende 2017 haben die Kreisgremien den Weg frei gemacht für die Realisierung des neuen Wertstoffhofes. Dabei wurde insbesondere Wert darauf gelegt, dass trotz großzügiger Gestaltung eine Weiterentwicklung möglich ist, dass Ein- und Ausfahrt getrennt erfolgen, um Wendemanöver bzw. Gegenverkehr und die damit verbundene Unfallgefahren möglichst zu vermeiden.

Zudem wurden ausreichend große Überdachungen erstellt, um bestimmte Abfälle (z.B. Leuchtstoffröhren, Batterien, Styroporsäcke, etc.) geschützt lagern zu können. Viele Container wurden mit der Öffnung „nach vorne“ platziert, um eine für die Kunden einfache Abgabe von Verwertungsabfällen zu gewährleisten. **□**

BDE-Forderungen zur Europawahl

Unter dem Motto „Gemeinsam. Nachhaltig. Erfolgreich.“ hat der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft seine Forderungen anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament vorgelegt.

Klare Zielvorgaben, konsequente Umsetzung in den Mitgliedsstaaten und Konzentration auf marktwirtschaftliche Prinzipien: Mit diesen Instrumenten kann aus Sicht des BDE die ökologische Modernisierung der europäischen Wirtschaft und die Transformation von der linearen Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft gelingen.

Die Europäische Union habe in den vergangenen Jahren beispielhafte Akzente für eine neue europäische Politik der Kreislaufwirtschaft gesetzt, heißt es in dem Forderungskatalog. Mit der Verabschiedung des Kreislaufwirtschaftspaketes sowie einer umfassenden Kunststoffstrategie habe die EU mehr Recycling ermöglicht, die Produktverantwortung gestärkt, und der Verschmutzung entgegengewirkt. Diese Politik müsse fortgesetzt werden.

Schrittmacher Europa

Wissenschaft, Politik und auch die Zivilgesellschaft hätten verstanden, dass ohne eine Änderung von Produktion und Konsum Energiewende, Klimaschutz und Ressourcensicherung nicht gelingen werden. „Europa kann und muss hier auch weiter Schrittmacher sein. Mit einer starken Beteiligung an der Europawahl sollte die Bevölkerung dies unterstützen und bekräftigen“, heißt es.

Im Einzelnen setzt sich der BDE zunächst für ein Verbot der Deposition von unbehandelten Siedlungsabfällen in ganz Europa ein. Nur so werde überall die Basis für

den Aufbau einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft gelegt. Eine weitere Forderung lautet: „Die EU muss beim Vollzug Ernst machen. Sie muss sich verstärkt für eine pünktliche Umsetzung der Ziele des europäischen Kreislaufwirtschaftspaketes einsetzen.“

Grenzen überwinden

Auch müsse die EU den Binnenmarkt für Abfälle vorantreiben. Durch eine funktionierende, grenzüberschreitende Abfallverbringung in der EU könne die Abfallbehandlung dort erfolgen, wo sie ökologisch und ökonomisch den größten Mehrwert erbringt. Zudem müssten die europäischen Finanzmittel konsequent für den Aufbau von Kreislaufwirtschaften genutzt werden, für Beseitigungsanlagen dürfe es keine Kofinanzierung aus Brüssel mehr geben. Darüber hinaus sei es erforderlich, die Produktverantwortung weiter zu stärken und zu fördern. „So erreichen wir die Mitwirkung der Wirtschaft für eine an der Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Produktionsweise.“

Echter Markt für Rezyklate

Neben einem fairen Wettbewerb plädiert der BDE auch dafür, den Kreislauf für Rohstoffe wirklich zu schließen: Die EU müsse sich weiter dafür einsetzen, dass die Nachfrage für Recyclingrohstoffe gefördert wird und ein echter Markt für Rezyklate entsteht. **DK**

Global Recycling Day:

Im Zeichen der Jugend

Zum zweiten Mal jährte sich der Welt-Recycling Tag, eine Initiative des Bureau of International Recycling (BIR). Der Aktionstag soll Politik und Gesellschaft für das Thema Recycling und Ressourcenschonung sensibilisieren und zum Mitmachen animieren. In diesem Jahr stand das Event ganz im Zeichen der Jugend. Weltweit fanden Aktionen und Veranstaltungen statt, die sich auf die Bedeutung und Kraft von Jugend, Innovation und Bildung für eine bessere Zukunft des Planeten konzentrierten.

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) unterstützt diesen Auftrag und erklärte: „Es gibt noch viel zu tun: Auf EU-Ebene braucht es ein Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle. In Deutschland gibt es trotz entsprechender gesetzlicher Vorgabe leider noch immer keine flächendeckende Biotonne. Ferner sollten Verkaufsverpackungen überall haushaltsnah erfasst werden, um die höheren Recyclingquoten des neuen Verpackungsgesetzes erreichen zu können.“

Recycling-Kreislauf überdenken

Im Zuge des Global Recycling Days wendete sich der Verband Deutscher Metallhändler eigens an die Politik. In einem eigenen Positionspapier fordert er dazu auf, den Kreislauf des Recyclings vom ersten Produktentwurf bis zur Wiederverwendung zu überdenken. Insbesondere die Einführung eigener Grenzwerte für Recyclingware ist hier ein Anliegen des Verbands. Es sei eben nicht sinnvoll für die Praxis des Metallrecyclings, wenn beispielsweise Kabel oder andere langlebige Recyclingprodukte, die nach Jahren oder Jahrzehnten dem Kreislauf wieder zugeführt werden, mit den gleichen Grenzwerten wie Neuprodukte belegt werden. Dieses Prozedere sei lediglich bei kurzlebigen Produkten wie Plastiktüten zielführend, die über den Hausmüll oder auf anderem Wege schnell in den Kreislauf zurückgeführt werden können.

Für grenzüberschreitendes Recycling

Daneben fordert der Verband den Abbau überflüssiger Bürokratie sowie die Einsicht auf Seiten der Politik, dass Metallrecycling purer Umweltschutz ist. Be-

VBS-Regionsversammlungen 2019:

Bayerische Entsorger suchen nach „Kreislaufpiloten“

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) hielt seine traditionellen Regionsversammlungen ab. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr das Thema Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich LKW-Fahrer. Der VBS hatte vor kurzem eine Kampagne gestartet, um potenzielle Interessenten auf die Vorteile einer Beschäftigung in der privaten bayerischen Entsorgungswirtschaft hinzuweisen.

Unter dem Motto „Teil des Kreislaufs“ macht die Initiative darauf aufmerksam, dass es längst nicht mehr nur darum geht, Müll abzuholen und auf der Deponie abzuladen. Kreislaufpiloten liefern hochwertige Rohstoffe an die Industrie und führen sie somit dem Recycling-Kreislauf zu.

„Wir stellen in Gesprächen mit Bewerbern immer wieder fest, dass es vor allem die attraktiven, festen Gehälter und die geregelten Arbeitszeiten sind, mit denen die privaten Entsorger punkten“, sagte VBS-Präsident Otto Heinz aus Anlass der Regionsversammlungen des Verbandes. „Wer einen Lkw-Führerschein hat, aber trotzdem den Feierabend mit Familie und Freunden verbringen will, ist als Kreislaufpilot bestens aufgehoben.“ Unter www.kreislaufwirtschaft.bayern finden LKW-Fahrer und solche, die es noch werden wollen, ausführliche Informationen über die Beschäftigungsmöglichkeiten in der privaten bayerischen Entsorgungswirtschaft.

Die Versammlungen befassen sich mit folgenden weiteren Themen: Umsetzung Gewerbeabfallverordnung, neues Verpackungsgesetz, aktuelles aus dem Systemgeschäft, EU-Plastikstrategie, Europäisches Kreislaufwirtschaftspaket, derzeitige Auslastung bayerischer MVA-Kapazitäten sowie IT-Sicherheit vor dem Hintergrund des Digitalisierungstrends.

In diesem Jahr standen satzungsgemäß Regionssprecherwahlen auf der Tagesordnung. In ihren Ämtern bestätigt wurden die Sprecher der Regionen München/Oberbayern (Andreas Janka), Schwaben (Peter Weißenhorn) und Franken (Rudi Ernst). Mit insgesamt 130 teilnehmenden Mitgliedern waren die Regionsversammlungen einmal mehr gut besucht. **□**

Regensburger Kreistag verabschiedet Resolution zum Hochwasserschutz

Regensburg (RL). Der Kreistag des Landkreises Regensburg hat eine Resolution zum Hochwasserschutz verabschiedet. Darin wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, die in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Belastungen des Landkreises Regensburg durch den Donauausbau und vor allem auch deren bis heute existierenden massiven Auswirkungen auf das Grundwasser anzuerkennen.

Von der Bayerischen Staatsregierung, so der gemeinsam von Landrätin Tanja Schweiger und den Fraktionsprechern Christian Kiendl, Harald Stadler, Rainer Hummel, Maria Scharfenberg, Richard Wild und Johann Jeserer eingereichte Resolutionsantrag, „wird verantwortungsvol-

gierung ein Flutpolder-Konzept an der Donau entwickelt. In den Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern wurde 2018 ein Baustopp für drei Polder hineinverhandelt. Tenor war, dass die Polder keinen Sinn machen. Da wäre der Schaden größer als der Nutzen, hieß es. Bei vielen Menschen in der Region wurden dadurch große Hoffnungen geweckt, endgültig vom Damoklesschwert Flutpolder befreit zu sein.

Enttäuschung über Kabinettsentscheidung

„Umso härter war der Rückschlag für uns, als das bayerische Kabinett im Januar eine Bedarfsanalyse zur Auswirkung der geplanten Polder auf das Grundwasser vorlegte und in diesem Zusammenhang vom Aus der Flutpolder Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof wieder abrückte und vertiefende Untersuchungen ankündigte“, bedauern die Kommunalpolitiker einhellig. Zudem wurde beschlossen, dass bei der vertiefenden Untersuchung besonders im Fokus stehen wird: „inwieweit Flutpolder an den Standorten Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof durch alternative Maßnahmen zu ersetzen sind.“

Unabhängig davon begrüßen die Unterzeichner die Intensivierung und Mittelerrhöhung im Bereich des schnellst möglich umsetzbaren Hochwasserschutzes (HQ-100-Schutz) durch die Bayerische Staatsregierung. Im Sinne echter Solidarität wird die Berücksichtigung der Belange der Regensburger Region gefordert.

Massive Belastungen seit Jahrzehnten

Seit vielen Jahrzehnten trage die Region massive Belastungen. So wurden bereits 1.300 ha für verschiedene Infrastrukturmaßnahmen in Anspruch genommen und über 600 ha natürliche Retentionsräume (ca. 18 Mio. m³) zudem in Stöcklörth, Pfatterer Au und Gmünder Au zur Verfügung gestellt.

Auch große Infrastrukturbelastungen wie Mero, A3-Ausbau, Donauausbau, großflächiger Rohstoff- und Kiesabbau werde geschultert.

Auslöser der Katastrophe 2013 in Fischerdorf sei gewesen, dass man den Regensburgern 1976 den Ausbau der Donau zumutete, Niederbayern jedoch verschonte. „Ein auf ein 30-jährliches Hochwasser ausgelegter Damm kann keinem 100-jährlichen Hochwasser widerstehen“, schreiben die Unterzeichner.

Verlässlichkeit

Bei dem Donauausbau 1976 sei den Anliegern zudem zugesichert worden, dass sie mit keinen weiteren Baumaßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes konfrontiert werden. Der Bevölkerung wurde von der Regierung der Oberpfalz mit Bescheid vom 28.07.2008 verbindlich zugesichert, dass die Fortschreibung des Regionalplans ohne diese Flutpoldergebiete erfolgt. „Wir setzen auf die langjährige Zusage der Ministerpräsidenten Seehofer, Söder und des Umweltministeriums, dass nichts gebaut wird, was Schaden zufügt, sowie auf die Zusage des stellv. Ministerpräsidenten

Hubert Aiwanger, dass es mit ihm keinen Polderbau geben wird“, so die Hoffnung.

Durch die Ergebnisse der Gutachten fühlen sich die Regensburger in ihren Erfahrungen bestätigt. Beim Donauausbau sorgten die geologischen Problematiken für eine Verschärfung der Grundwasserverhältnisse durch Leckagen.

Der befürchtete Grundwasseranstieg, die negativen Erfahrungen mit den Spundungen und den schwierigen geologischen Verhältnissen werden in den Gutachten bestätigt.

Staatsregierung ist gefordert

„Auch wenn aus unserer Sicht der Verzicht auf die Regensburger Polder aus sachlichen Erwägungen heraus längst nachgewiesen ist, fordern wir:

- eine gesellschaftliche Debatte über Machbarkeit und Sinnhaftigkeit im Zusammenhang mit einer angemessenen Kosten-Nutzen-Abwägung. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist wirtschaftlich sinnvoll, durchsetzbar und zumutbar.
- die Erkenntnisse aus dem Hochwasser-Dialogprozess in diese Abwägung einfließen zu lassen, insbesondere die Thematik Flutpolderdemenz und Besiedelung von Hochwasserschutzgebieten.
- die Erkenntnis aus dem Hochwasserdialog anzuerkennen, dass Flutpolder am Ende durch eine vermeintliche Scheinsicherheit mehr Schaden anrichten, als nutzen können.
- eine vertiefende, unabhängige Untersuchung der Alternativen, beispielsweise eines Stufenmanagements.
- eine ernsthafte Prüfung des Rückbaus der über 300 m breiten Donau und damit verbunden eines Retentionsraums für Extrem-Hochwasser einerseits und Ökologie andererseits.
- von der bayerischen Staatsregierung verantwortungsvolles Handeln, wonach der bisherige Grundsatz „Abwägung aller Interessen und gleiche Lastenverteilung“ berücksichtigt wird.
- das Potential des Sylvensteinspeichers auf den Prüfstand zu stellen.
- ebenso, wie der Kreistag von Straubing-Bogen, dass der Staat den Gemeinden für die Errichtung von naturnahen und technischen Rückhalteeinrichtungen eine höhere Förderung als die vor einigen Jahren reduzierten Werte von 65 Prozent gewährt. Hier müsste zumindest eine Anhebung auf 85 Prozent vorgesehen werden.

Landkreis nimmt seine Aufgaben ernst

Der Landkreis Regensburg nehme seine Aufgaben ernst. Mit 300 ha, bzw. 270 km Gewässerrandstreifen belege der Landkreis bereits jetzt den ersten Platz in der Oberpfalz und zweiten Platz in ganz Bayern. Der Landschaftspflegeverband sei vorbildlich und nehme sich der Themen ökologischer Gewässerausbau, Bodenschutz, Wasserrückhalt und Gewässerunterhalt beispielhaft an.

Die Landwirte sorgten mit „immergrünen Äckern“ für hohe Bodenspeicherfähigkeit, weil sie wissen, dass mit einem gut humusversorgten Boden mehr Wasser in der Fläche bleibt.

Deshalb fordert der Landkreis „Solidarität mit unserem Raum, Fairness und Ehrlichkeit“. Den Erhalt eines Freischießens für die Besiedelung von hochwassergeschützten Gebieten auf Grund der geplanten Flutpolderkette sieht man nicht als Solidaritätsbeitrag. □



Gemeinsam für einen sicheren Landkreis München: Landrat Christoph Göbel und Polizeipräsident Hubertus Andrä mit den neuen Polizeikräften im Landkreis München sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Landratsamt. □

Sicher leben im Landkreis München

Empfang im Landratsamt für neue Polizeikräfte

Zum zweiten Mal trafen sich Anfang April neu im Landkreis eingesetzte Einsatzkräfte der Polizei mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Landratsamt München. Ziel der Veranstaltung war es, Berührungspunkte und Schnittstellen zwischen den beiden Behörden kennenzulernen, Organisationsstrukturen aufzuzeigen und den persönlichen Kontakt zwischen den relevanten Anlaufstellen und Ansprechpartnern herzustellen, um im Ernstfall effektiv und zielgerichtet zusammenarbeiten zu können.

„Wenn etwas Schönes zweimal hintereinander passiert, sprechen wir von einer Tradition“, bemerkte Polizeipräsident Hubertus Andrä in seiner Begrüßung an die neuen Einsatzkräfte aus den Polizeiinspektionen im Landkreis München mit einem Augenzwinkern. Zum traditionellen Polizeiempfang hatte Landrat Christoph Göbel nach der Premiere im vergangenen Jahr auch 2019 wieder in den Festsaal des Landratsamts eingeladen. Rund 40 neu im Landkreis München eingesetzte Polizeibeamte waren der Einladung gefolgt und zusammen mit ihren Dienststellenleitern und dem Polizeipräsidenten am Marienhilfsplatz erschienen.

Viele Berührungspunkte, ein gemeinsames Ziel

Berührungspunkte zwischen Polizei und Landratsamt gibt es viele. Katastrophen- oder größere Einsatzlagen sind dabei eher die Ausnahme. Im Tagesgeschäft arbeiten die beiden Behörden dennoch oft Hand in Hand, etwa bei Fällen häuslicher Gewalt, in Schulweg-Fragen oder in Angelegenheiten des Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts.

Wichtiges Thema Mobilität

Eine ganz wesentliche Aufgabe, die sowohl Polizei als auch Landratsamt stark beschäftigt, ist das Thema Mobilität bzw. Verkehr. Auf knapp 450 Kilometern Straße, über 110 Kilometern Schiene und zahlreichen weiteren Wegen und Linien kommt es bei immer noch stetig steigender Verkehrsbelastung meist mehrmals täglich zu brenzligen Situationen, Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung sowie mehr oder weniger schweren Unfällen. Hier arbeiten beide Behörden nicht nur eng zusammen, sondern unternehmen in ihren jeweiligen Wirkungskreisen auch viel dafür, um die Situation zu entschärfen – der Landkreis, indem er bei der Verkehrsentwicklung stark auf schienengebundenen Verkehr setzt, neue Verkehrsmittel und -techniken untersucht und fördert und den Ausbau des Radverkehrs vorantreibt; die Polizei unter anderem über zahlreiche Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen, Verkehrserziehung und allgemeine Verkehrs- bzw. Schwerpunktkontrollen.

Landrat Christoph Göbel betonte insbesondere die Bedeutung dieser Kooperation und den kurzen Draht zwischen den zuständigen Ansprechpartnern für ein sicheres Leben im Land-

kreis: „Seit vielen Jahren pflegen wir eine gute und enge Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen. Dieses vertrauensvolle und professionelle Verhältnis schätzen wir sehr. Das persönliche Engagement, das Sie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis aufbringen, ist bewundernswert – erst recht, wenn man bedenkt, dass Sie immer wieder Situationen ausgesetzt sind, die auch für Sie selbst gefährlich sind“, so Göbel.

Polizeipräsident Andrä freute sich über die entgegengebrachte Wertschätzung, betonte aber auch das nach wie vor hohe Arbeitsaufkommen im Bereich des Polizeipräsidiums München, auch wenn die Region im vergangenen Jahr glücklicherweise von außergewöhnlichen Ereignissen verschont geblieben sei. Anstehende Großereignisse, wie etwa die Europameisterschaft im Fußball mit einigen Spielen in München, an deren Sicherheit auch Polizeibeamte aus dem Landkreis beteiligt seien, würden bereits ihre Schat-

Hohes Arbeitsaufkommen

ten vorauswerfen. Die Einsatzkräfte seien aber nach wie vor hoch motiviert. Einen Beweis für die sehr gute Sicherheit und damit die professionelle Arbeit der Polizei liefere auch der jüngst vorgestellte Sicherheitsbericht. Trotz steigender Einwohnerzahlen sei die Anzahl an Straftaten gesunken, gleichzeitig sei die Aufklärungsquote gestiegen. Dass im Landkreis München sowie in ganz Bayern die Sicherheitslage weit besser ist als in anderen Bundesländern, führt Andrä auch auf die enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden untereinander, aber auch mit dem Ehrenamt zurück. Im Landkreis München funktioniert diese besonders gut. Vor allem in Extremsituationen sei es für eine reibungslose Zusammenarbeit entscheidend zu wissen, wer der richtige Ansprechpartner ist und wie die einzelnen Organisationen funktionieren.

Doch wie alle Menschen, die neu in die Region München kommen, benötigen auch die Polizistinnen und Polizisten ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Sowohl Landrat als auch Polizeipräsident appellierten deshalb an den Freistaat, sich bei der Lösung dieser Herausforderung einzubringen. Auch selbst versprochen Göbel und Andrä, sich hier weiterhin zu engagieren, um auf den Siedlungsdruck zu reagieren. □

Bundesratsinitiative für Mehrgefahrenversicherung:

Kaniber für Absicherung bei Dürre-Schäden

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber will die Bauern besser gegen Dürre-Schäden absichern. Sie startet deshalb eine Bundesratsinitiative zur staatlichen Unterstützung der Mehrgefahrenversicherungen in der Landwirtschaft.

„Ich bin der Auffassung, dass wir die Risikoabsicherung unserer Landwirte durch faire und ausgewogene Rahmenbedingungen verbessern müssen. Eine staatlich unterstützte Mehrgefahrenversicherung in der Landwirtschaft ist dafür am besten geeignet. Denn die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass eine breite Absicherung von Risiken wie etwa Dürre nur dann zu erreichen ist, wenn die Versicherungsprämien für die Bauern bezahlbar bleiben“, sagte Kaniber.

Die Staatsregierung sieht hier den Bund in der Pflicht. Er müsse Mittel über die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) beisteuern. Bayern will seiner Forderung an den Bund nun in der Länderkammer Nachdruck verleihen. Bei einer GAK Finanzierung trägt der Bund 60 Prozent und die Länder 40 Prozent der Kosten. Kaniber favorisiert unter dieser Voraussetzung ein Modell wie in Österreich: Die Landwirte zahlen 50 Prozent der Versicherungsprämie für die Mehrgefahrenversicherung (ohne Hagel), den Rest teilen sich Bund und Land. Ab dem 1. Juli 2019 soll es auch keine Ad-hoc-Zahlungen mehr geben. Die Bürger hätten kein Verständnis für immer neue Hilfszahlungen nach Katastrophen.

Das Risikomanagement für die Landwirtschaft müsse allerdings auf mehreren Beinen stehen, sagte Kaniber. „Ich setze mich für einen Mix an staatlich unterstützten Risikovorinstrumenten ein. Ich fordere neben der erwähnten Bezuschussung von Mehrgefahrenversicherungen den ermäßigten Versicherungssteuersatz für Elementargefahren auch für das Risiko „Trockenheit“. Dieser Satz soll 0,03 Prozent der Versicherungssumme statt 19 Prozent der Versicherungsprämie betragen. Damit werden die Versicherungsprämien für die Landwirte erschwinglicher. □



Auch die Prüfung des Rückbaus der überdimensionierten Donau ist Bestandteil der Resolution. Unser Bild zeigt Landrätin Tanja Schweiger mit Umweltminister Thorsten Glauber bei einem Ortstermin im Januar bei der Staustufe Geisling. Bild: Stefan Lex/LRA

les Handeln gefordert, wonach der bisherige Grundsatz „Abwägung aller Interessen und gleiche Lastenverteilung“ weiter Gültigkeit hat.“ Die Resolution, die der Kreistag einstimmig angenommen hat, ist an Ministerpräsident Markus Söder, Stellvertretenden Ministerpräsident Hubert Aiwanger und Umweltminister Thorsten Glauber gerichtet.

Weil der Landkreis Regensburg mit seinen Flüssen Donau, Naab, Regen und Schwarze Laber ein wasserreicher Landkreis ist, sei seit Jahrzehnten das Engagement im Bereich des Hochwasserschutzes dementsprechend intensiv, heißt es in dem Text. Viele Überschwemmungen und Hochwasserkatastrophen an der Donau führten dazu, den erforderlichen Hochwasserschutz im Zusammenhang mit dem Bau des Rhein-Main-Donaukanals, inklusive des Ausbaus der Staustufe zu realisieren.

Deutlich erhöhte Grundwasserstände durch Rhein-Main-Donaukanal

Seitdem leben die Donauanlieger mit deutlich erhöhten Grundwasserständen. Aufgrund fehlerhafter Bauausführungen und weiterer Infrastrukturmaßnahmen, wie intensivem Kiesabbau, gibt es seit dem Donauausbau etliche Anlieger, die regelmäßig Grundwasser in ihren Häusern haben. „Daher bereiteten uns seit 2005 die Ideen von Flutpoldern in unserem Landkreis Sorge. Mit viel Aufwand haben wir den Dialogprozess begleitet, unsere Sachargumentation und Erfahrungen vorgebracht. Diese besondere Situation lässt den Kreistag des Landkreises Regensburg zu dem ungewöhnlichen Mittel einer Resolution greifen.“

Nach dem Jahrhunderthochwasser 2013 habe die Staatsre-

Regionaltag Ostalb, Ries und Mittelfranken:

Infrastruktur-Ausbau unverzichtbar

Bopfingen im Ostalbkreis. Mit länderübergreifender Zusammenarbeit wollen CDU und CSU das „Herz der Südschiene“ weiter voranbringen. „Baden-Württemberg und Bayern verfügen über die niedrigste Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig höchstem Wirtschaftswachstum und sind damit die Triebfeder der deutschen Wirtschaft“. Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter (CDU) und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sind sich darin einig, dass, auch weil die Großstädte aus allen Nähten platzen, der weitere Ausbau der Infrastruktur ebenso unverzichtbar bleibt, wie unabhängig aller technischen Entwicklungen der Individualverkehr.

Bereits zum 14. Mal kamen Unionspolitiker aus dem Donau-Ries, dem Ostalbkreis und Mittelfranken zum „Regionaltag“ zusammen, um dieses gemeinsame Anliegen zu erörtern und voranzutreiben. Angesichts wechselnder Tagungsorte war Roderich Kiesewetter, Kreisvorsitzender der CDU-Ostalb, diesjähriger Gastgeber, der gemeinsam mit dem Bezirksvorsitzenden der CSU-Mittelfranken, Joachim Herrmann, und Ulrich Lange, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CSU-Kreisvorsitzender aus dem Donau-Ries, zur Tagung einluden.

Mit dabei wieder eine stattliche Anzahl Politiker „der Unionsfamilie“ aller Ebenen wie Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer, die Landtagsabgeordneten Winfried Mack und Wolfgang Fackler, Landrat Stefan Rößle, Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer aus Dinkelsbühl, Bürgermeister Patrick Ruh aus Feuchtwangen und Bürgermeisterin Petra Wagner aus Oettingen, um nur einige der vielen Vertreter der beteiligten Landkreise, Städte und Gemeinden zu nennen.

Innovative Unternehmen schaffen Arbeitsplätze

Die Delegationen von CDU und CSU aus dem Ostalbkreis, Donau-Ries und Mittelfranken waren diesmal zu Gast bei der VAF GmbH (Verkettung, Automation, Fördertechnik), einem expandierenden mittelständischen Familienunternehmen mit über 400 Mitarbeitern, das weltweit agiert und ein führender Entwickler von Automatisierungstechnik für namhafte Automobilhersteller und deren Zulieferer ist.

Geschäftsführer Hermann Stark meinte im Rahmen einer Betriebsbesichtigung: „Alles, was es nicht zu kaufen gibt, gibt es bei uns.“ Bei VAF gebe es keine Massenprodukte, sondern nahezu ausschließlich Sondermaschinen und Sonderanlagen. Mit der Projektierung, Konstruktion und Installation von Produktionsanlagen müsse man stets mit der Zeit gehen. „Wir leben vom technischen Wandel und sind für die aktuellen Umwälzungen in der Branche bestens gerüstet“, so Stark mit dem Verweis darauf, dass sich das Unternehmen schon länger auch auf die Elektromobilität eingestellt habe.

Stolz zeigte der Geschäftsführende Gesellschafter die betriebseigene Lehrwerkstatt, wo derzeit 60 junge Menschen in fünf Berufen ausgebildet werden. Wenn der Arbeitsmarkt es herbeigebe, könnte er sofort viele neue Mitarbeiter einstellen, müsse sich derzeit aber mit Leiharbeitern behelfen. Kiesewetter lobte das Engagement des Unternehmens und betonte, dass der Mittelstand mehr als 80 Prozent der Ausbildungsplätze zur Verfügung stelle. „Am Beispiel der VAF wird sichtbar, was unternehmerischer Wille und Mut zu leisten in der Lage ist“.

Dazu müsse aber die Politik die Rahmenbedingungen schaffen, wozu neben der Beibehaltung des bewährten dualen Ausbildungssystems eine vernünftige Infrastruktur gehöre. Insofern

zeigte sich Kiesewetter darüber erfreut, dass die Bundesstraße 29 neu von der Röttinger Höhe bis Nördlingen dank einer Gemeinschaftsleistung der Union aus Baden-Württemberg und Bayern in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wurde. „Jetzt muss aber schnell das Linienfindungsverfahren beginnen“, was angesichts „grüner Blockadepolitik“ in Baden-Württemberg „vermutlich nur mit bayerischer Unterstützung“ gelänge.

Für Roderich Kiesewetter und Winfried Mack geht es dabei nicht nur um eine durchgängige Anbindung zur bayerischen Landesgrenze, sondern auch um Arbeitsplätze entlang der Entwicklungsschneise und um Entlastung vieler Menschen durch Ortsumfahrungen. „Gerne helfen wir, der Ball liegt aber derzeit in Stuttgart“, meinte Ulrich Lange, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Lange ging dabei auch auf bislang erreichte deutliche Verbesserungen beim Nahverkehr auf der Schiene ein und forderte gemeinsam mit Kommunalpolitikern diesbezüglich weitere Optimierungen.

Umgang mit dem Standort

„Wohlstandskrank“ nannte Lange den derzeitigen Umgang mit den Automobilunternehmen, die gemeinsam mit den Zulieferern eine Schlüsselindustrie des Standortes Deutschland abbildeten. Es dürfe die Frage erlaubt sein, wie wir mit unserem Standort umgehen. Immer neue Vorschriften, Verbote und aktuell auch Enteignungsdebatten seien für das Vertrauen in den Staat nicht förderlich. Für Joachim Herrmann sind viele Vorschläge von Fahrverboten über die Vergemeinschaftung von Schulen und Sozialleistungen in der EU und die Einführung einer CO2-Steuer bis hin zu Enteignungen „keine Ausrutscher“, sie würden vielmehr linksideologischem Gedankengut entspringen und gezielt in die Öffentlichkeit getragen.

Wahrung des Eigentums

So müsse für CDU und CSU die Wahrung des Eigentums auch bei der Neuordnung der Grundsteuer gelten: „Der von den Genossen viel zitierte ‚kleine Mann‘ muss vor der SPD und den Grünen geschützt werden“, so Joachim Herrmann, denn es könne nicht sein, dass zum Beispiel die Grundsteuer für Siedlungshäuser in Ballungszentren unbezahlbar werde. Winfried Mack forderte in diesem Zusammenhang ein unbürokratisches Modell ohne finanzielle Überforderung von Wohnungs- oder Hausbesitzer bzw. Mieter.

Für die Unionspolitiker war klar: Die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Dies wolle man „mit klarem Kompass“ gemeinsam auch beim Europawahlkampf deutlich machen und den Menschen Orientierung geben, wie auch bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, die am 26. Mai gemeinsam mit den Europawahlen stattfinden. pmw



V. l.: MdB Roderich Kiesewetter, MdB Ulrich Lange, Staatsminister Joachim Herrmann, Unternehmerehepaar Stark, MdL Winfried Mack, Landrat Stefan Rößle und MdB Artur Auernhammer. pmw

„Der Landkreis Aschaffenburg summt!“

Engagement für den Bienenschutz

Der Landkreis Aschaffenburg ist jetzt Teil des Projekts „Deutschland summt!“. Landrat Dr. Reuter und Vertreter des Kreis-Imkerverbandes, des Kreisverbandes für Gartenbau und des Landesbundes für Vogelschutz haben die entsprechende Vereinbarung für „Der Landkreis Aschaffenburg summt!“ unterzeichnet.

Vorausgegangen war der Unterzeichnung der Vereinbarung im vergangenen Jahr ein Antrag der CSU-Kreisfraktion, in dem die Mitwirkung am „Summt“-Projekt angeregt wurde; der Umweltausschuss hatte dem Vorschlag einstimmig zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die dafür notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

In der Folge konnten mit dem Imkerkreisverband, dem Kreisverband für Gartenbau und dem LBV wichtige Mitunterzeichner für „Der Landkreis Aschaffenburg summt!“ gewonnen werden.

Erste Maßnahmen

An ersten Kreisstraßen werden bereits Flächen umgebrochen und insektenfreundlich angelegt. Die Abteilungen für Hoch- und Tiefbau im Landratsamt erarbeiten aktuell Konzepte für weitere Landkreis-Flächen. Angedacht sind neben den Kreisstraßen unter anderem die Außenanlagen des Landratsamtsgebäudes, die Grünanlagen am Schloss und im Park Wasserlos sowie in den Schulzentren Alzenau, Hösbach und Bessenbach.

Kernpunkt des Projekts ist zudem ein intensiver Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer mit den Initiativen „Aschaffenburg summt!“, „Alzenau

summt!“, „Blühender Bachgau“ und dem LBV-Projekt „Blühflächen“. Zum Projektstart fand auch bereits eine erste Infoveranstaltung im Landratsamt statt.

Klaus Körber, der Leiter des Fachbereiches Obstbau und Baumschulen der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim reiferte über attraktive und gleichzeitig insektenfreundliche Sträucher und Blühpflanzen, die das Nahrungsangebot für Bienen, Wildbienen & Insekten im Garten erweitern. Der Fokus lag dabei auf dem innerörtlichen und vor allem auch privaten Grün.

Wertschätzung stärken

Ziel von „Der Landkreis Aschaffenburg summt!“ ist es, die Aufmerksamkeit für die Bienen und für Insekten im Allgemeinen zu schaffen und die Wertschätzung für diese zu stärken. Insbesondere sollen weitere Landkreismunicipalitäten, Vereine, engagierte Landwirte und Imker, wirtschaftliche Unternehmen, Kulturverbände sowie wissenschaftliche und pädagogische Einrichtungen dafür gewonnen werden, durch insektenfreundliche Pflanzungen, Ansaaten und deren Pflege zum Schutz der Insekten und Erhaltung der Biodiversität beizutragen.



V.l.: Dr. Corinna Hölzer (Stiftung für Mensch und Umwelt), Katrin Brand (Abteilungsleitung Umwelt), Dr. Ulrich Reuter (Landrat), Otmar Seidel (Ehrenvorsitzender Kreisverband Gartenbau), Anneliese Hofmann (Koordinationsteam Imkerkreisverband), Ellen Kalkbrenner (zweite Vorsitzende LBV), Richard Kalkbrenner (Vorsitzender LBV), Jenny Kummer (Landratsamt), Dr. Michael Neumann (LBV), Dr. Michael Stegmann (Vorsitzender Kreisimkerverband), Thomas Günther (Vorsitzender Kreisverband Gartenbau), Cornelis F. Hemmer (Stiftung für Mensch und Umwelt). □

900 Jahre Wolfring

Der Ortsteil Wolfring in der Gemeinde Fensterbach (Landkreis Schwandorf) kann heuer auf eine 900-jährige Geschichte seit der ersten urkundlichen Erwähnung zurückblicken. Verteilt über das gesamte Jubiläum findet eine Vielzahl interessanter Veranstaltungen statt. Höhepunkt war das Festwochenende Anfang Mai mit einem umfangreichen Programm und zahlreichen Attraktionen.

Den Festauftritt stellte im Januar ein Jubiläumsempfang dar, der von einem historischen Vortrag von Dr. Wolfgang Janka, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, zum Thema „Die Herkunft des Ortsnamens Wolfring und seine ursprüngliche Bedeutung“ umrahmt wurde.

Bunte Festmeile

In eine bunte Festmeile wandelten sich an besagtem Mai-Festwochenende Schlossstraße und Dorfstraße. Hierbei hielt das Mittelalter nochmals seinen Einzug in der kleinen Ortschaft, verschiedene Mittelaltergruppen waren zu Gast und es wurde ein mittelalterliches Feldlager aufgebaut. Besondere Freude herrschte dabei über den Historischen Verein Ebermannsdorf, der mit seinem „Freiherrn Josef Gilch“ zu Besuch kam und am Lagerleben teilnahm.

Zudem begeisterten verschiedene Schausteller die zahlreichen Zuschauer mit ihren Künsten. Dabei warteten sowohl örtliche Vereine als auch Fieranten, die ihre Waren ausstellten und verkauften, mit einem kurzweiligen Programm auf. Unterschiedlichste Plätze luden zum Verweilen ein. Das musikalische Rahmenprogramm mit einem Dutzend Musikgruppen bot an beiden Festtagen für jeden Geschmack das Richtige. Kasperltheater und Luftballonfliegen standen für

die Kinder auf dem Programm.

Jubiläumskonzert

Einen weiteren Höhepunkt des Festjahres bildet im Juli ein Jubiläumskonzert des weltweit bekannten und erfolgreichen Blechbläser-Ensembles „Harmonic Brass“ aus München. Das erfolgreichste europäische Blechbläserquintett, bestehend aus Trompeten, Tuba, Horn und Posaune, begeistert seit 1991 die Menschen rund um den Globus.

Im September wiederum gastiert die Bigband der Bundeswehr in Fensterbach im Rahmen eines OpenAir Konzerts. Eine Trailerbühne und Top-Soundeffekte erwarten das Publikum. Der Reinerlös dieser Veranstaltung kommt der Jugendarbeit in der Gemeinde zugute.

Der Abschluss findet Ende September im Zuge der Schutzengelbruderschaft und des Patroziniums der Kirche St. Michael in Wolfring statt, das zusammen mit dem katholischen Pfarramt veranstaltet wird. Bürgermeister Christian Ziegler freut sich auf rege Teilnahme aus nah und fern. DK

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse
GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken
GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Stuck-Radierungen für Landkreis Passau

Er zählt zu den wichtigsten Malern und Bildhauern des Jugendstils und Symbolismus: der 1863 in Tettenweis geborene Franz Stuck. Seine Ur-Enkelin Regina Heilman-Thon hat jetzt dem Landkreis zwei Radierungen ihres berühmten Vorfahren übereignet. Mit den Werken „Sinnlichkeit“ und „Luzifer“ möchte sich die Münchner Vergolderin unter anderem für das Engagement des Landkreises bedanken, stets die Verbindung des Malerfürsten zu seiner Heimat zu dokumentieren.

Der Landkreis hatte seinem berühmten Sohn 2013 eine Jubiläumsausstellung auf Schloss Neuburg eingerichtet, bei der über 200 Exponate präsentiert wurden. Die Ausstellung „Franz von Stuck und Dominikus Dengl“ (2018) zählte zu den besucherstärksten Präsentationen in der Landkreislagerie.

Herausragende Persönlichkeit

Landrat Franz Meyer und Kulturreferent Christian Eberle sicherten zu, weiterhin auf die gute Zusammenarbeit mit Regina Heilman-Thon zu setzen. Franz von Stuck (er wurde 1906 geadelt) zähle zu den „ganz Großen“, die der Landkreis hervorgebracht habe, sagte Regierungsdirektor Armin Diewald. Welchen Ehrenplatz die Radierungen erhalten, ist noch offen. Beide Werke haben ihren Ursprung in bekannten Ölgemälden Stucks. So ging „Luzifer“ 1891 an den bulgarischen Königshof; „Sinnlichkeit“ gehört zu den bekanntesten Bildern des Symbolismus. Als Drucke wurden beide Werke auf Initiative Stucks in den 1890er Jahren aufgelegt. □



Beim Festabend im Maximilianeum kamen Vertreter aus Politik und Wirtschaft zusammen. Von links: Landrat Gerhard Wägemann, Politischer Sprecher des Forums Wissenschaft der Metropolregion Nürnberg und Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen, Vize-Präsident des Bayerischen Landtags Karl Freller, Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg, Franz Stahl, 2. stv. Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Erster Bürgermeister der Stadt Tirschenreuth, Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Wirtschaftsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg, Dr. Harald Fichtner, Politischer Sprecher des Forum Kultur und Oberbürgermeister der Stadt Hof, Armin Kroder, 1. stv. Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Landrat des Landkreises Nürnberger Land, Landrat Dr. Oliver Bär, Landkreis Hof.

Bild: Rolf Poss

Metropolregion Nürnberg:

Delegation platziert Anliegen in München

München hat hochrangigen Besuch aus der Europäischen Metropolregion Nürnberg bekommen. Um sich Gehör auf Landesebene zu verschaffen, ist eine rund 100-köpfige Delegation mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur aus der Metropolregion nach München gereist. Die Oberbürgermeister, Landräte, Unternehmenschefs sowie Kulturschaffende hatten jeweils dicke Pakete an konkreten Anliegen und Forderungen geschnürt und präsentierten gemeinsam Projekte der Metropolregion in fünf Staatsministerien.

Am Abend begrüßte Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Delegierten beim Abendempfang der Metropolregion im Maximilianeum. Dabei betonte der Ministerpräsident die besondere Innovationskraft der Region sowie das selbstbestimmte Miteinander.

„Die ‚Klassenfahrt‘ der Metropoliten in die bayerische Landeshauptstadt hat Netzwerkbildung ermöglicht und uns weiter vorangebracht. Nicht zuletzt haben die Ministeriumsbesuche verdeutlicht: Die Metropolregion ist stark und leistungsfähig und ein Platz für Kreativität“, erklärte Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, den Aufschlag der Metropolregion in München.

Schulische Belange

Mit konkreten Zusagen konnte die Delegation aus dem Kultusministerium nach Hause fahren. Wo bislang Berufsschul-Kompetenzzentren fürchten mussten, dass bei zu geringer Schülerzahl Ausbildungsklassen nicht zustande kommen und an andere Standorte abgegeben werden, konnte Kultusminister Prof. Michael Piazzolo Entwarnung geben, indem er versprach, hier in Zukunft flexibler zu agieren. Der Staatsminister plädierte zudem an die Eltern, auch die berufliche Ausbildung zu schätzen, die immerhin ein internationaler Exportschlager sei.

Was die Hochschulen in der Metropolregion anbelangt, kam von Wissenschaftsminister Bernd Sibler der Appell zur weiteren hochschulübergreifenden Zusammenarbeit. Durch die Nutzung von Synergien und bereits vorhandenen Strukturen sei zukünftig mit einer Förderung des Freistaats zu rechnen. Dass das jetzt schon geschieht, zeige die Zusammenarbeit der medizinischen Fakultäten der Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bamberg. Besonderen Respekt wurde der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Region gezollt, hier habe die Metropolregion große Stärken.

Im Wirtschaftsministerium tra-

fen die Delegierten auf Staatsminister Hubert Aiwanger sowie Staatssekretär Roland Weigert. Beide zeigten sich beeindruckt von der Geschlossenheit, mit der die Vertreter der Metropolregion ihre Anliegen vorbrachten. So trug das Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Forderungen zur Umsetzung einer dezentralen Energiewende und für wirksamen Klimaschutz vor. Der von Fachexperten entwickelte Maßnahmen-Katalog ist deutschlandweit einmalig und enthält Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen in der Region und zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030. Ziel ist die CO₂-Reduzierung um rund 40 Prozent gegenüber dem aktuellen Stand.

Energiewende

Die Metropolregion appelliert an das Ministerium, die rasche Umsetzung des Maßnahmenplans zu unterstützen. Die Ministeriumsvertreter begrüßten das gut ausgearbeitete Maßnahmenpaket und stellten weitere Gespräche dazu in Aussicht. „Die Energiewende wird uns massiv fordern, aber die Umsetzung wird nur dezentral und nicht ohne die kommunale Beteiligung möglich sein“, machte sich Staatsminister Aiwanger die Forderungen der Metropolregion zu eigen.

Außerdem stellte die Wirtschaftsdelegation Ideen und Projekte vor, um die Metropolregion nachhaltig fit für die Zukunft zu machen und Fachkräfte anzulocken. Dabei geht es den Akteuren vor allem darum, den Engpassfaktor Fachkräfte zu beheben. Dazu gibt es bereits ein erfolgversprechendes Pilotprojekt zwischen Metropolregion und Invest in Bavaria zur Anwerbung von polnischen Fachkräften in Großbritannien. Dort zeigt sich, wie gut Bayern und die Metropolregion Nürnberg sich als Marken gegenseitig verstärken.

Auch im Digitalministerium zeigte man sich beeindruckt von der Leistungsfähigkeit der Metropolregion Nürnberg. Beson-

ders das Nürnberg Digital Festival hat es Ministerialdirektor Dr. Michael Strepp angetan. Das Festival, das an zahlreichen Standorten mit 170 Veranstaltungen über mehrere Tage stattfindet, zahle beispielhaft auf die Ziele Bayerns im Bereich der Digitalisierung ein, so Strepp.

Social Business Hub

Offene Türen rannte die Metropolregion im Sozialministerium ein, immerhin ist das Ministerium Veranstalter der Messe ConSozial und federführend Mitveranstalter der Berufsbildungsmesse, die beide in Nürnberg stattfinden. Bei Staatsministerin Kerstin Schreyer warb die Metropolregion mit dem Vorschlag, sie als „Social Business Hub“ in die Cluster-Offensive des Freistaats aufzunehmen. Dazu befähigen nicht nur die zahlreichen leistungsfähigen Akteure der Sozialwirtschaft, ihre beispielhafte Vernetzung, sondern auch die zahlreichen Veranstaltungen im „Social Cluster“ der NürnbergMesse.

Die Ministerin zeigte sich dieser Idee ebenso aufgeschlossen wie jener zur Weiterentwicklung der Imagekampagne der Metropolregion für Fachkräfte und ihre Familien. Schreyer betonte, wie wichtig Familienfreundlichkeit für die wirtschaftliche Entwicklung sei, ihr Haus unterstütze jede Initiative, die Bayern noch familienfreundlicher mache.

Im Zeichen der Innovationskunst

Am Abend lud die Metropolregion Nürnberg in den Senatssaal des Maximilianeums ein. Rund 250 Gäste kamen zum Get-together der Metropolregion – darunter Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landtags-Vizepräsident Karl Freller und Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Unter dem Motto „Innovationskunst“ präsentierte sich die Region mit ihrem technisch-wirtschaftlichen Potenzial. Natürlich durften dabei auch die kulinarischen Aushängeschilder der Region rund um Bratwurst, Bier, Wein und Brotzeit nicht fehlen.

Der Auftritt der Metropolregion Nürnberg in München gehört zu einer Reihe von Delegationsreisen, die Vertreter der Region bereits nach Berlin, Brüssel und Prag geführt haben. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Ups, jetzt hat der Freistaat, ja ganz Deutschland, einen neuen Skandal: Das Mathe-Abitur war schwer! Und wegen einer Online-Petition von überforderten Schülern und überbehütenden Eltern drehen die Medien hohl.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verabschiedete gerade die Leiterin unseres Gymnasiums, die ihm von der eifrigen und eifernden Diskussion um die diesjährigen Prüfungsangaben berichtet hat.

Klar, an Mathe scheiden sich die Geister. Diejenigen, denen das mathematische Prinzip einleuchtet und die das logische Knobeln lieben, schütteln den Kopf über diejenigen, die auf Partys ihre Lässigkeit durch ein hingeworfenes „aber in Mathe war ich immer unterirdisch“ zu unterstreichen versuchen. Hinge-

Wo bleibt die fundierte Meinungsbildung?

gen fragen sich diejenigen, denen Zahlen halt nicht so viel zu sagen haben, mit gewissem Recht, ob das Fach nicht etwas zu viel Stellenwert an allen Schularten hat. Der Bürgermeister jedenfalls konnte sein Abi noch ohne Matheprüfung bauen und aus ihm ist auch etwas Brauchbares geworden.

Aber unabhängig, wie die Sache nun ausgeht, ob es bei den Ergebnissen bleibt oder ob gnadenhalber die Korrektur korrigiert wird: Eine Begründung, warum die Prüfung angeblich so unmenschlich schwer war, gibt zu denken: Die textlichen Angaben für die Aufgaben seien zu lang gewesen. Bitte wie? Kriegen es 17- oder 18-Jährige am Ende von zwölf Schuljahren nicht mehr auf die Reihe, aus einer Textaufgabe die wichtigen Informationen herauszufiltern?

Tatsächlich scheint es ein Trend der Zeit zu sein, sich nicht mehr mit langen Texten, gründlichen Analysen oder differenzierten Argumentationen auseinandersetzen zu wollen. Das Internet schafft zwar die Möglichkeit, schier unbegrenzt an Informationen und Diskussionsbeiträge heranzukommen und mit den Sozialen Medien gelingt es, in Echtzeit Gedanken, Argumente und Meinungen mit Menschen aus aller Welt auszutauschen. Aber es scheint so, als würden immer weniger Leute das für eine vertiefte eigene Meinungsbildung

oder für hinterfragende Analysen nutzen.

Ein Phänomen, das auch die Netzgemeinde offensichtlich zunehmend mit Unbehagen registriert. Nicht umsonst stand das vor ein paar Tagen zu Ende gegangene große Stelldichein der Nerds, die re:publica19, unter dem Motto „tl;dr“ (too long, didn't read), weil diejenigen, die sich ernsthaft mit den Herausforderungen

der Digitalisierung beschäftigen, auch wissen, dass unsere komplexe Welt sich nicht auf 140 oder 280 Zeichen reduzieren lässt.

Dabei tröstet es nicht, dass zum Beispiel dem amerikanischen Präsidenten nachgesagt wird, er lese weder lange Memos, noch interessierten ihn komplexe Lageberichte. So könne eine schmissig gemachte Fernsehreportage auf Fox-News die amerikanische Politik vielleicht nachhaltiger beeinflussen, als ein seriöser Forschungsbericht.

Dieser Sieg der Oberflächlichkeit ist ein direkter Angriff auf unsere Werte, unsere Zivilisation und unsere Demokratie, denn eine aufgeklärte Gesellschaft wie wir sie haben, lebt von einer fundierten Meinungsbildung und von Entscheidungen auf der Basis von rationalen Erwägungen. Wenn uns die Fähigkeit abhandenkommt, uns mit einem Text länger als ein paar Minuten zu beschäftigen und unsere eigenen Schlüsse aus ihm zu ziehen, dann sieht es langfristig düster aus.

Mein Chef, der Bürgermeister, macht ähnliche Erfahrungen gerade jetzt im Europawahlkampf: Wenn man einen Sachverhalt mit mehr als drei Sätzen erklären muss, schalten viele Leute auf Durchzug. Fatal bei komplexen Themen und gut für die großen Vereinfacher, die für jedes Problem gleich einen Sündenbock anbieten können, ob nun Brüsseler Bürokraten oder Zuwanderer. Dabei wird man klare und nachvollziehbare, vor allem aber erklärbare Entscheidungen nie ohne gründliche Vorbereitung und Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Aspekten einer Sache treffen können. Denen, die unwillig sind, sich mit komplexen Fragen zu beschäftigen, sei ein Wort Albert Einsteins ans Herz gelegt: „Alles sollte so einfach wie möglich gemacht werden, aber nicht einfacher.“

Ihre Sabriua

Leihgroßeltern in Altmühlfranken

Gemeinsam mit den Wunschenkeln und deren Familien unternahmen die Leihgroßeltern in Altmühlfranken kürzlich einen Ausflug zum Müßighof in Absberg. Begrüßt wurde die Gruppe von Erlebnisbäuerin Margit Rohm und einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nach einem kurzen Überblick über die verschiedenen Stationen des Hofes erhielten die Familien mit ihren Wunschgroßeltern Einblicke in die biologische, soziale Landwirtschaft des Müßighofes.

Den Anfang machte das Gewächshaus, dort wird saisonales Gemüse angebaut und anschließend im hofeigenen Laden verkauft. Große Begeisterung bei den Kindern fand die Waschstraße für Radieschen. Die Kleinen konnten es kaum erwarten, die sauberen Radieschen zu probieren und auch die Gurken aus biologischem Anbau waren im Nu in den Mündern verschwunden. Manche Mütter waren ganz erstaunt, dass die Kinder die Radieschen so lecker fanden, denn „zu Hause essen sie diese nicht.“

Auch für Tierfreunde bot der Ausflug allerhand: Laufenten, Hühner, Ziegen und Esel füttern war ebenso beliebt wie mit den Hasen schmuse oder die Alpakas streicheln. In der Scheune gab es eine kleine Stärkung bei Tee und weiteren gesunden Snacks. Auch für reichlich Spielzeug war gesorgt.

Darüber hinaus gab es noch das Bauernhofmuseum zu entdecken. Natürlich durfte auch der Besuch im gemütlichen Bistro nicht fehlen - nachdem sich nicht nur der Nachwuchs von den Hofbewohnern und den Tieren begeistern ließ, freuten sich alle auf ein leckeres und gesundes Mittagessen.

Der Müßighof liegt idyllisch am

westlichen Ufer des kleinen Brombachsees gegenüber der Badehalbinsel Absberg. Hier wird nicht nur nach strengen ökologischen Richtlinien produziert, sondern zeitgleich ein toller Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderung geschaffen. Seit dem Jahr 1930 ist der Müßighof Teil des regionalen Zentrums von Regens-Wagner in Absberg.

Die rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ausflugs waren sich einig, dass der Müßighof immer einen Ausflug wert ist. Die Projektkoordinatorin Vanessa

Hüttinger dankt dem Team des Müßighofes für den erlebnisreichen Tag.

Das Projekt Leihoma – Leihopa des Landratsamtes Weißenburg-Gunzenhausen unterstützt Familien und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind von null bis drei Jahren, die keine eigenen Großeltern vor Ort haben. Sind Sie neugierig geworden und möchten eine nette Familie mit Ihrer Zeit unterstützen? Frauen und Männer, die sich eine ehrenamtliche Tätigkeit als Leihgroßeltern vorstellen können, erhalten bei Vanessa Hüttinger entweder telefonisch unter 09141/902-412 oder per E-Mail an leihoma-leihopa@altmuehlfranken.de ausführliche Informationen. Auch Eltern, die auf der Suche nach Wunschgroßeltern sind, können sich dort melden. □

Altötting mit dem Signet „Bayern barrierefrei“ ausgezeichnet

Über eine Million Wallfahrer pilgern jedes Jahr zur Schwarzen Madonna in der Gnadenkapelle von Altötting. Die Stadt hat Erfahrung mit den Bedürfnissen der Pilger und in den vergangenen Jahren viel für jene unternommen, die auf barrierefreie Angebote angewiesen sind. Dafür hat Sozialministerin Kerstin Schreyer die Stadt mit dem Signet „Bayern barrierefrei“ ausgezeichnet.

In Altötting sind alle Kirchen und Museen barrierefrei zugänglich. Der zentrale Kapellplatz ist barrierefrei erschlossen, der denkmalgeschützte Bahnhof wurde barrierefrei umgebaut. Verschiedene Straßen erhielten ein Blindenleitsystem. Als besonders gelungenes Beispiel für Barrierefreiheit hob die Ministerin das neue, 2013 eröffnete Kultur+Kongress Forum hervor. Schon seit vielen Jahren gibt die Stadt überdies einen eigenen Behindertenführer als Broschüre heraus. □

Landkreis Günzburg:

Kiermasz weiter an der Spitze der KPV

Bei den turnusmäßigen Neuwahlen der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im Landkreis Günzburg wurde der gesamte Vorstand im Amt bestätigt. Themen wie Grundsteuer, Betreuung, Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum und die anstehenden Kommunalwahlen standen im Fokus der Kreisversammlung. Die Mitglieder der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU setzen dazu auf Kontinuität.

Bei ihrer gut besuchten Kreisversammlung in der Brauereigaststätte in Autenried haben sie die gesamte Vorstandschaft im Amt bestätigt. „Kommunalpolitik bedeutet für uns unmittelbarer Einsatz für das Wohl der Menschen in unserer Region“, so der wiedergewählte Vorsitzende Matthias Kiermasz.

Kommunale Anliegen finden in München Gehör

Der Kammeltaler Rathaus-Chef konnte neben dem Ehrenkreisvorsitzenden Hans Joas auch Staatsminister Dr. Hans Reichhart und Staatsminister a. D. Alfred Sauter, MdL, herzlich willkommen heißen. Beide sind nach wie vor in der Kommunalpolitik aktiv

und ein Beleg dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen der Landespolitik und der kommunalen Ebene meist reibungslos funktioniert.

„Die Anliegen der Kommunen finden in München Gehör“, versicherte Staatsminister Dr. Hans Reichhart, der zugleich Marktgemeinderat und Kreisrat ist, in seinem Grußwort. Landtagsabgeordneter Alfred Sauter verwies auf die aktuellen Zahlen zur geringen Arbeitslosigkeit in der Region. „Mindestens genauso wichtig ist: Es gibt bei uns praktisch keine Jugendarbeitslosigkeit“, so Sauter. Junge Menschen werden gebraucht und haben eine exzellente Perspektive gerade auch in Handwerk und Industrie, auch wenn



V.l.: Matthias Kiermasz (Vorsitzender), Gabriele Wohlhöffler, Landrat Hubert Hafner, Roland Kempfle, Ilse Thanopoulos, MdL Alfred Sauter, Staatsminister Dr. Hans Reichhart und Stefan Baisch (Stellvertreter).

Bild: Hajo

der Nachwuchsmangel unsere Unternehmen vor große Herausforderungen stelle.

Aktuelle Herausforderungen

Eine zeitgemäße Betreuung unserer Jüngsten, verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen durch möglichst wenig bürokratische Lösungen bei der Grundsteuer und natürlich die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bleiben aktuelle Herausforderungen in der Kommunalpolitik.

Als Sachaufwandsträger bleiben die Städte und Gemeinden auch in der Digitalisierung gefordert. Eine Umweltpolitik mit Augenmaß und gute Grundlagen für die heimische Wirtschaft dürfen keine Gegensätze sein und unsere Mitbürger sollen in den Genuss kluger Mobilitätskonzepte genauso kommen wie

einer angemessenen medizinischen Versorgung in Wohnortnähe.

Für die KPV gelte es nun, nach einem intensiven Europawahlkampf die Weichen für die Kommunalwahlen im Jahr 2020 zu stellen. Hier werde sich die KPV wie in den vergangenen Jahren intensiv einbringen. „Gute Konzepte und gute Kandidaten – das ist die Herausforderung gerade in dieser Phase des personellen Umbruchs“, so Kiermasz abschließend.

Bei den Neuwahlen wurden unter Leitung von Landrat Hubert Hafner neben Matthias Kiermasz als Vorsitzenden und seinen Stellvertretern Sandra Dietrich-Kast und Stefan Baisch auch die Beisitzer Rita Botzenhart, Robert Hartinger, Roland Kempfle, Georg Schwarz, Robert Strobel, Ilse Thanopoulos, Peter Walburger und Gabriele Wohlhöffler im Amt bestätigt. Hajo

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Radlmaier e. K., Babensham, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bildungsbüro der Stadt Weiden:

Lebenslanges Lernen im Blick

Das Bildungsbüro der Stadt Weiden i.d.Opf. erhält zukünftig professionelle Unterstützung der Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement, einem Angebot der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Oberbürgermeister Kurt Seggewiß und Florian Neumann, Leiter der Transferagentur Bayern Nord, unterzeichneten kürzlich eine Kooperationsvereinbarung, die Ziele der Zusammenarbeit festlegt.

Das Bildungsbüro der Stadt Weiden umfasst je eine Stelle für Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring und ist in der Stabsstelle für Presse-, Öffentlichkeitsarbeit, Stadtentwicklung und Statistik direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt. „Das Bildungsbüro ist eine einmalige Chance, die Stadt Weiden in ihrer weiteren Entwicklung zur Bildungsstadt datenbasiert und mit der Arbeit in Netzwerken und Gremien zu unterstützen“, sagte Oberbürgermeister Kurt Seggewiß. „Das Bildungsbüro übernimmt damit eine wichtige strategische Aufgabe für die Stadtentwicklung.“

Aufbau wichtiger Netzwerke

„In den vergangenen Jahren wurden im Bereich der Bildungsangebote für Neuzugewanderte wichtige Netzwerke aufgebaut und mit dieser Hilfe zum Beispiel gemeinsam mit dem Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab das Angebot der Integrationsklassen

verbessert“, sagte Florian Neumann, Leiter der Transferagentur Bayern Nord. „Wir freuen uns, dass die Stadt ihr Engagement nun auf weitere wichtige Bildungsbereiche ausweitet und unterstützen dabei gerne.“

Leistungen für Kommunen

Die Transferagentur bietet zahlreiche Unterstützungsleistungen für Kommunen an, wie Prozessbegleitung beim Strukturaufbau, Qualifizierungsveranstaltungen sowie eine aktive Vernetzung der Kommunen untereinander. Aktuell unterstützt das Team der Transferagentur Bayern in Nürnberg und München insgesamt 54 Kommunen beim Bildungsmanagement und –monitoring sowie Ansprechpersonen für die Bildungsintegration Neuzugewanderter in 71 Kommunen. 32 Kommunen erhalten hierbei bundesweite Förderunterstützung durch das BMBF über das Programm „Bildung integriert“. □

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 31. Mai 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Bau
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 • www.fahnen-koesinger.de

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Bau



ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale
Themen direkt mit Personen,
die ähnliche Herausforderungen
meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten • Turnhallen • Mehrzweckhallen
Maschinenhallen • Wertstoffhöfe • Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de • info@laumer.de



GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen
über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Hydraulik Anbaukomponenten



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren,
Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen,
Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen,
Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggstr. 15 • 86971 Peiting • Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de • www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Clever investieren - doppelt sparen
mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- /
Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe



Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.



ELECTRIC DEPARTMENT

GTM +electric

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachsmähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

WELTNEUHEIT - DER ERSTE PROFESSIONELLE ELEKTRISCHE AUFSITZMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW
 Messertrieb: voll elektrisch - 3 kW
 Batterie: 6 Akkupacks, 54 V / 144 Ah
 Laufzeit: 6-8 Std., je nach Einsatzverhältnissen
 Ladezeit: 4 Std. - mit integriertem Ladegerät
 Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung
 Mähwerk: 80 cm, Zwischenachs-Sammelmähwerk, manuelle Schnitthöhenverstellung - 4 stufig

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit

GSR +electric

Profi-Frontmäher mit Mulch- / Heckauswurfmäherwerk 112 cm breit

WELTNEUHEIT - DER EINZIGARTIGE ELEKTRISCHE FRONTMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW
 Messertrieb: voll elektrisch - 9 kW
 Batterie: 8 Akkupacks, 54 V / 192 Ah
 Laufzeit: 6-8 Std., je nach Einsatzverhältnissen
 Ladezeit: 5 Std. - mit integriertem Ladegerät
 Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung
 Mähwerk: 112 cm, komb. Mulch- und Heckauswurfmäherwerk, elektrische Schnitthöheneinstellung, elektrische Wartungsposition

Powerbank PB ULTRA+

- + einfaches Nachladen
- + verlängerte Autonomie
- + mehr Arbeitsstunden
- + lädt jedes Akku-Werkzeug

Leistung: 8 kW
 Spannung: 230 V



Turbogras

Nullwendekreis-Frontmäher mit ausgezeichneter Manövrierfähigkeit für extrem enge Verhältnisse

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
 Diesel 16,3 kW (22 PS)
 Antrieb: Hydrostat, Hebel-Steuerung
 Fangbox: 350 ltr. oder 500 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
 Sammelmähwerk: 110 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 110 - 150 cm, Schlegelmäher, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



Turbolader S / M / H

Multifunktions-Lader mit Knicklenkung

vielseitige Maschine für den Einsatz im Garten- und Landschaftsbau, in der Kommune, in Baugewerbe und Landwirtschaft

S-Serie: der günstige Einstieg
 M-Serie: die komfortable Mittelklasse
 H-Serie: die leistungsstarke Oberklasse

Motor: 16,3 kW bis 32,4 kW (22 bis 44 PS)
 Antrieb: hydrostatischer Allrad-Antrieb
 Hubhöhe: max. 308 cm

Anbaugeräte: Schaufeln, Palettengabel, Mähwerke, Schlegelmäher, Heckenschere, Umkehrfräse, Grabenfräse, Bohrgeräte, Schneeschild, Schneefräse usw.



Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
 Tel. 08071/9293-15
 Mobil 0170/2867905
 bachmaier@radlmaier.de

PLZ: 82-85 und 92-94



Jörg Köhler
 Tel. 08071/9293-50
 Mobil 0151/40188530
 koehler@radlmaier.de

PLZ: 63, 80-82, 85-87, 89-92 und 95-97



Günther Radlmaier
 Tel. 08071/9293-65
 Mobil 0171/2632797
 guenther@radlmaier.de

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
 Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.



Gianni Ferrari



Vertriebspartner für Bayern



Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
 Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.

Griesmeier 1 - 83547 Babensham

Griesmeier 1 - 83547 Babensham
 Tel. 08071/9293-0 - www.radlmaier.de - info@radlmaier.de



GTM

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachs-Mähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

Motor: Benzin 11,5 bzw. 11,9 kW (15,5 bzw. 16 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr., Bodenentleerung
Mähwerk: 80 cm Sammelmähwerk

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit



GTR

wendiger Frontmäher im kompakter Bauweise

Motor: Benzin 11,9 bzw. 14,8 kW (16 bzw. 20 PS)
Antrieb: Hydrostat
Mähwerk: 112 cm Frontmähwerk und 280 ltr. Behälter

Zubehör: Schneeschild, Schneefräse



GTS

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 kW (22 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 480 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk: 96 oder 112 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



GT

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Diesel 20,7 kW (28 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 550 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 126 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse

Turbo Z

Nullwendekreis-Frontmäher

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw. 29 kW (22 bzw. 40 PS)
Antrieb: Hydrostat

Zubehör: Mulchmäherwerke 112 - 185 cm, Vertikutierer, Schlegelmäher 110 - 180 cm, Schneeschild, Schneefräse, Leichtkabine



PG / SR

der ideale Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände
PG: Sammelmäher SR: Mulchmäher
Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw. 20,7 kW (22 bzw. 28 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox (nur PG): 600 ltr. oder 800 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk: 112, 126 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Kabine mit Heizung und Lüftung, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



Turbo 1R / 2R / 4R

Profi-Frontmäher mit Turbine und Grasfangbehälter Allradantrieb (Turbo 1RWT und 4RT)

Motor: Diesel 20,7 bis 32,6 kW (28 bis 44 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 900 ltr. bis 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 130, 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



Turbo 4 Fifty

unserer stärkster Profi-Frontmäher Allradantrieb und 2,4 Liter Hubraum

Motor: Diesel 37 kW (50 PS)
Antrieb: Hydrostat, 2-stufig
Fangbox: 1.400 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



Turbo 2T / 4T Cruiser

Profi-Frontmäher mit klimatisierter Komfortkabine Allradantrieb (Turbo 4T Cruiser)

Motor: Diesel 32,6 kW (44 PS)
Antrieb: Hydrostat, elektronisch geregelt
Fangbox: 1.100 ltr. bzw. 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion



NEUES ZUBEHÖR FÜR DIE PG-Serie und Turbo-Serie

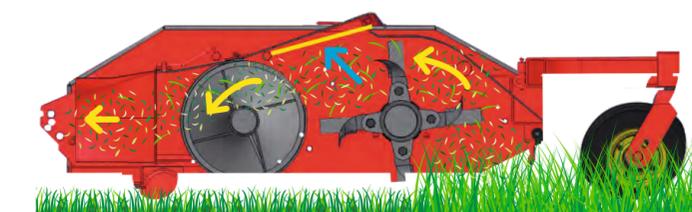


EINE DER WICHTIGSTEN NEUHEITEN DES JAHRES 2019

GF3x1PLUS ist der erste, vollständig von Gianni Ferrari entwickelte und hergestellte Mulcher. Es wurden 3 Patente dafür erteilt! In der Grundausstattung wird das Gerät mit 28 Paar Y-Messern geliefert. Zwei einfache und günstige Zubehör-Kits sind erhältlich: Bechermesser (28 Stück) für beste Schnittqualität, sowie Vertikutiermesser, die mit beiden Messertypen kombinierbar sind.



MÄHEN UND AUFSAMMELN



GF3x1Plus, Einfaches Umschalten mittels Hydraulikzylinder zwischen Mähen mit Aufsammeln oder Mähen und Ablegen. Die bewegliche Platte gibt den Weg für das Mähgut zum Aufsammeln frei oder leitet es direkt auf den Boden ab.

MULCHEN



ABMESSUNGEN (mm)		
Länge	Breite	Höhe
1300	1570	530

SCHNITTBREITE (mm)
1350



Beim TURBO1 ist die Umschaltung zwischen Aufsammeln und Ablegen **mechanisch**. Ein handlicher Hebel ersetzt den Hydraulikzylinder der PG-Version, die Bedienung erfolgt links am Gerät.